

elan

6 Frankfurt/M 1
März 3/69
1,- DM

D 2835 E

MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE



elan-Exklusiv

**Was Nasser
wirklich will**

Osterdemonstrationen

**Widerstand
'69**

Etablierter Pop:

**Jimi
Hendrix**



HERAUSGEBER
Pfarrer Willi Heintzeler
Bernhard Jendrejewski
Rolf Jürgen Priemer
Karl Hubert Reichel
Karl Heinz Schröder
Pastor Horst Stuckmann
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dortmund
(verantwortlich)

LAYOUT
Dmitrij Werschbikij

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESELLSCHAFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 13,—
einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dk. /
GROSSEBRIETANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fm. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zlote /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UDSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT/M.

BEILAGENHINWEIS

Einem Teil unserer Auflage liegt ein
Prospekt des Arbeitskreises für Ama-
teur-Kunst bei. Wir bitten um freund-
liche Beachtung.

Ulrich Sander



Lieber Leser,

die vorliegende Ausgabe des elan ist wieder ziemlich vollgestopft mit Politik. Hin und wieder schreiben uns Leser, wir sollten uns verstärkt auch anderen Interessensgebieten junger Menschen zuwenden. Schreiben auch Sie uns einmal gelegentlich Ihre Meinung.

Kapitalistische Praxis, Bundespräsidentenwahl in Westberlin, Wahlkampf, Haftbefehl für Angenort und Freispruch für NS-Rehse, Faschismus in Spanien, Nahost — das hat Einfluß auf die Zukunft, das bestimmt doch wesentlich auch unser Leben. Da kann man nicht Betrachter sein. Es gibt nur die Alternative: Politisch Handelnder sein oder politisches Opfer der Handlungen anderer. Die deutsche Arbeiterbewegung war zu lange Amboß, wo sie hätte Hammer sein müssen, meinte Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß. Und heute?

Noch immer stehen Hunderte junger Demonstranten vor Gericht, weil sie im vergangenen Jahr gegen den Bonner Reaktionskurs und den Hamburger Meinungsmanipulator demonstriert hatten. Wo die Staatsmacht brutalen Terror gegen die Demonstranten ausübt, provozierte dies Zusammenstöße. Aber verurteilt werden die Demonstranten. In Stuttgart verweigerte die Staatsanwaltschaft sogar die Behandlung einer Strafanzeige junger Protester gegen drei Personen, die Flugblattverteiler verprügelt und verletzt hatten. Staatsanwalt Jung: „Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht nicht. Die Anzeigerstatter haben die Beschuldigten selbst zu deren Eingreifen gereizt, indem sie rote Fahnen in eine Blumenrabatte vor dem Bahnhof gesteckt hatten.“ Bürger schützt eure Anlagen! Wer sie mit roten Fahnen verunziert, den treffe die Selbstjustiz des gesunden Volkskerns!

Weitere Beweise, daß seit Schaffung der Großen Koalition nicht nur ein Rechtsruck, sondern ein langer Marsch in präfaschistische Zustände eingesetzt hat:

- In Westberlin, außerhalb der Bundesrepublik, soll ein Bundespräsident gewählt werden von einer Bundesversammlung, deren Zusammensetzung und Tagungsort nur einen Schluß zuläßt: Dieser Präsident wird nicht für die Bundesrepublik sondern gegen die DDR gewählt.
- Bundesinnenminister Benda hält eine Kooperation der Bundesrepublik mit dem „befreundeten Ausland“ gegen die international organisierten Linkenradikalen und Anarchisten“ für wünschenswert. Vorher hatte Kiesinger sich bei einem „befreundeten Land“ für Demonstrationen der Linken entschuldigt. Gemeint ist Spanien, dessen Goebbel, Verzeichnung: Informationsminister, mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde. Ein Antikomintern-Pakt in Neuauflage entsteht. An der Vorbeugehaft wird weiter gearbeitet. An die Unterzeichnung des Atomwaffen-sperrvertrages denkt man in Bonn nicht. Und Schröder bastelt an einem kapitalistisch-„freiheitlichen“ Modell für ganz Deutschland.
- Übrigens: Auch deshalb halten wir die Teilnahme an den Osterdemonstrationen am 29./30. März für vordringlich. Sie auch?

Herzlichst Ihr

Ulrich Sander

Jimi Hendrix Experience

Jürgen Schmeißer:

Etablierte Pop-Avantgarde

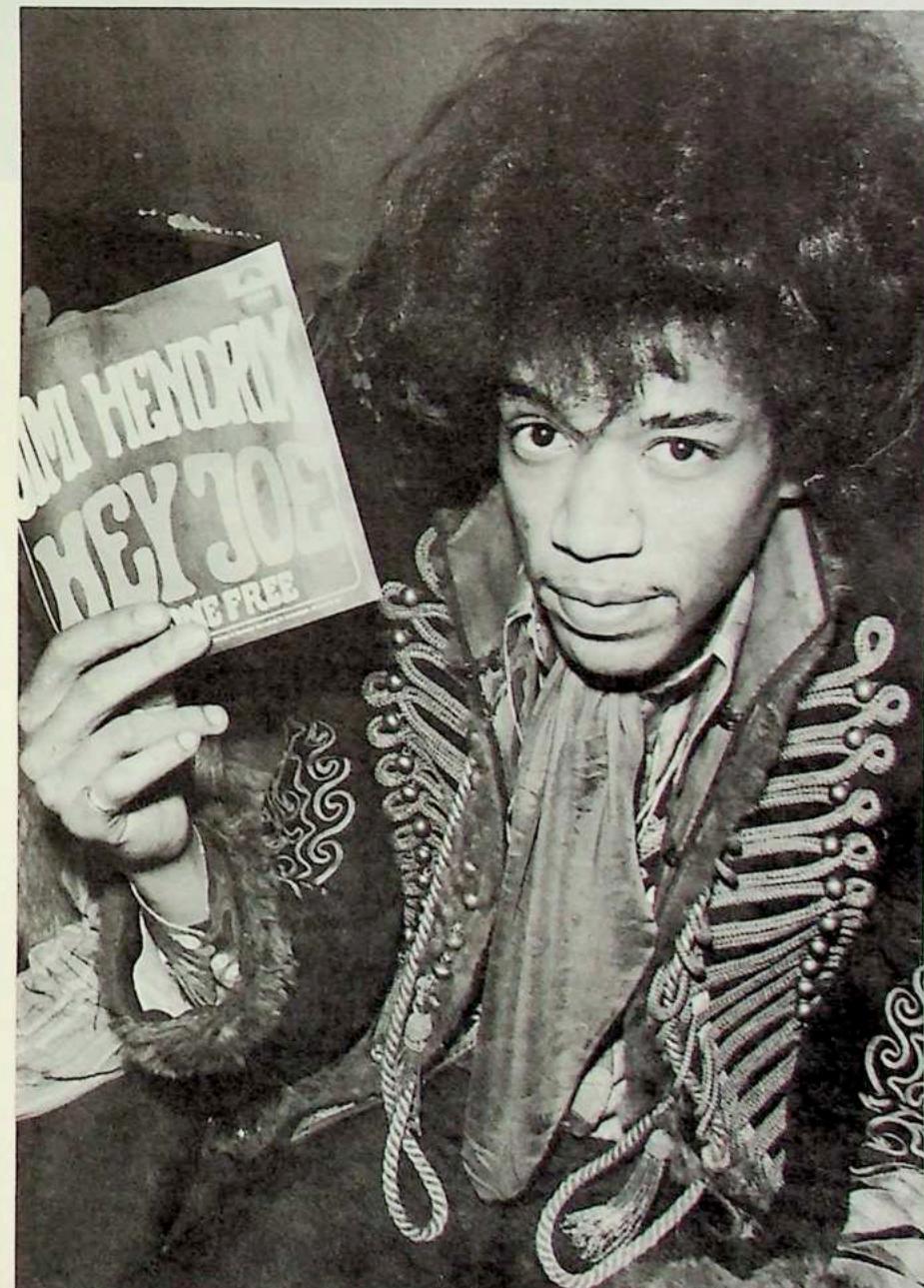
Vor drei Jahren wurde ein neuer Musikstil geboren. Jimi Hendrix, Enkel eines Cherokee-Häuptlings und ehemaliger US-Fallschirmspringer, machte mit wilden Bühnenshows und perfekten Bluesvariationen von sich reden. Ex-Animal Chas Chandler hatte den damals unbekannten Backing-Musiker nach England geholt und rührte nun kräftig die Reklametrommel. Die ungewöhnliche Persönlichkeit und die überragende Musikalität seines Schüttlings taten das Übrige.

Inzwischen hat der elementare Sound der Jimi Hendrix Experience (Jimi Hendrix Erfahrung) an Aussagekraft noch gewonnen. Die Schallplattenalben der drei Vollblutmusiker Jimi Hendrix (Solo und Rhythmus), Noel Redding (Bass) und John Mitchel (Drums) wurden Verkaufserfolge, ihre Show wurde zum Standard, jedoch ohne die Weiterentwicklung ihrer Musik in Frage zu stellen.

Schon im Herbst letzten Jahres wollte Hendrix nach Deutschland kommen. Jedoch reisten die Pop-Avantgardisten lieber in die mehr Gewinn bringenden USA.

Im Januar war es dann doch endlich so weit: Der altehrwürdige Saal der Hamburger Musikhalle bildete die Kulisse für den Start der ersten großen Deutschlandtournee der Hendrix Experience. Die beiden Veranstaltungen waren schon eine Woche vorher ausverkauft. Aus allen Teilen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens kamen die Fans. Hunderte warteten vor den Eingängen der Musikhalle, um wenigstens einen Blick vom Pop-King zu erhaschen. Der Schwarzmarkt blühte. Eine 5,-DM-Hörplatzkarte wurde für 20,- DM verhökert.

Fritz Rau, einer der Veranstalter zu elan: „Wir hätten das Doppelte für die Ein-



trittskarten verlangen können und hätten trotzdem das Haus voll gehabt. Wir haben übrigens die Musikhalle der größeren Ernst-Merck-Halle vorgezogen, weil die akustischen Verhältnisse hier besser sind. Es wäre schade, wenn der Hendrix-Sound irgendwie verwässert bei den Zuhörern ankommen würde."

Die Hamburger Polizei war mit einem erstaunlich kleinen Aufgebot erschienen, wahrscheinlich war es den Ordnungshütern zu kalt. Etwas zu tun bekamen die Polizisten nur, als frierende Fans im Briefkasten des Hintereingangs einen Kanonenbeschuss installierten. Die Missetäter wurden trotz Polizeieinsatzes nicht gefasst.

Die Stimmung vor der Musikhalle war trotz der beißenden Kälte gehoben. Zwei Studenten stimmten die Internationale an. Jimi und seine Männer ließen allerdings lange auf sich warten. Erst eine Viertelstunde vor ihrem Auftritt trafen die Stars im 600er-Pullmann-Mercedes ein.

Vor Hendrix traten die Eire Apparent auf, eine irische Gruppe, die von Jimi gefördert wird. In England hatten die Eire Apparent vor etwa einem halben Jahr mit „Follow me“ schon einmal einen Achtungserfolg zu verzeichnen. Wer nun aber frei nach „Follow me“ eine Schnulzengruppe vermutete, wurde hart enttäuscht. Die Eire Apparent gaben sich alle Mühe ihrem Förderer nachzueifern. Nach einem schwungvollen Start mit „Prize of love“ hatten sie allerdings Pech: Eine Gitarre fiel aus. Buh-Rufe aus dem Publikum waren die Folge.

Als Hendrix angekündigt wurde, brauste Beifall auf. Und Jimi war in Höchstform! Er prügelte seine Gitarre, er liebkoste sie, ließ sie sprechen. In der ersten Vorstellung gewährte er eine Zugabe nach der anderen, so daß die wenigen eingeladenen Presseleute der Boulevardblätter eine halbe Stunde auf den Star warten mußten.

„Ein fantastisches Publikum“, äußerte Hendrix nach dem Auftritt. Und wirklich unterschied sich das Publikum wesentlich von dem, welches man auf sonstigen Pop-Veranstaltungen gewohnt ist. Die Fans wollten ihr Idol hören. Während seiner Songs war es in der Halle mucksmäuschenstill, was wohl hauptsächlich der Tatze zu verdanken war, daß das Bee Gees-Publikum unter 16 fast vollständig fehlte. Jimis brillante Gitarrensolos wurden allerdings häufig von aufbrandendem Beifall begleitet. Nach jedem Song gab es riesigen Applaus.

Auf der anschließenden Pressekonferenz präsentierte sich Hendrix höflich—zuvorkommend. Noel und Mitch gaben sich gelangweilt. Sie verließen häufiger den Raum, Noel, um auf dem Gang zu lustwandeln, Mitch um sein Schlagzeug neu zu stimmen.

elan sprach zwischen den beiden Auftritten mit Noel, der allerdings mit keinem Wort auf die Trennungsgerüchte einging, die sich hartnäckig halten.



AM TELEFON JIMMY HENDRIX

Frage: Bist Du mit dem Erfolg Deiner Deutschland-Tournee zufrieden?

Jimi: Unbedingt. Wir haben nicht damit gerechnet, so begeistert begrüßt zu werden.

Frage: Was hat Euch am meisten gefallen?

Jimi: Daß die Fans dem Stadium des sinnlosen Schreis während der Auftritte entwachsen sind. Sie sind ruhig geblieben, um unsere Musik zu hören.

Frage: Werdet Ihr wiederkommen?

Jimi: Ja, geplant ist eine neue Tournee im Herbst.

Frage: Wie sehen Eure nächsten Pläne aus?

Jimi: Auf unserem Programm stehen zunächst zwei neue Langspielplatten. Eine davon werden wir live bei einem Konzert aufnehmen. Die andere entsteht in den Studios. Vielleicht gehen wir auf Englands tour.



Mit Protest nicht viel im Sinn:
John Mitchel (Mitch), Jimi Hendrix, Noel Redding

Uns macht live eben Spaß!

Gespräch mit
Hendrix-Mann Noel Redding

elan: Was ist der hauptsächliche Grund Eures Erfolges: Eure Bühnenshow oder Eure Musik?

Noel: Beides wirkt zusammen. Das Hauptsächliche an unserer Musik ist die Improvisation. Du wirst gemerkt haben, daß fast alle Solos auf unseren Platten ganz anders klingen, als wir sie heute auf der Bühne gespielt haben. Uns machen live-Auftritte eben Spaß.

elan: Ist irgendeine Botschaft (message) in Euren Songs?

Noel: Nein, das heißt viele Leute sehen eine darin. Aber ich finde, es ist einfach Musik, unsere Musik. Unsere Songs sind kein Protest gegen irgendetwas. Allerdings könnte man in unserem Stil der Interpretation eine Art des musikalischen Protestes gegen herkömmliche Popmusik sehen.

elan: Warum habt ihr zu Beginn Eurer Zusammenarbeit gerade das alte Volkslied „Hey Joe“ aufgenommen?

Noel: Wir nahmen den Traditional „Hey Joe“ auf, weil er uns zu dem Zeitpunkt am geeignetsten für unsere Zwecke erschien. Als wir merkten, daß die Platte ankam, konnten wir unseren Weg weitergehen.

elan: Welche, glaubst Du, ist Eure beste Platte?



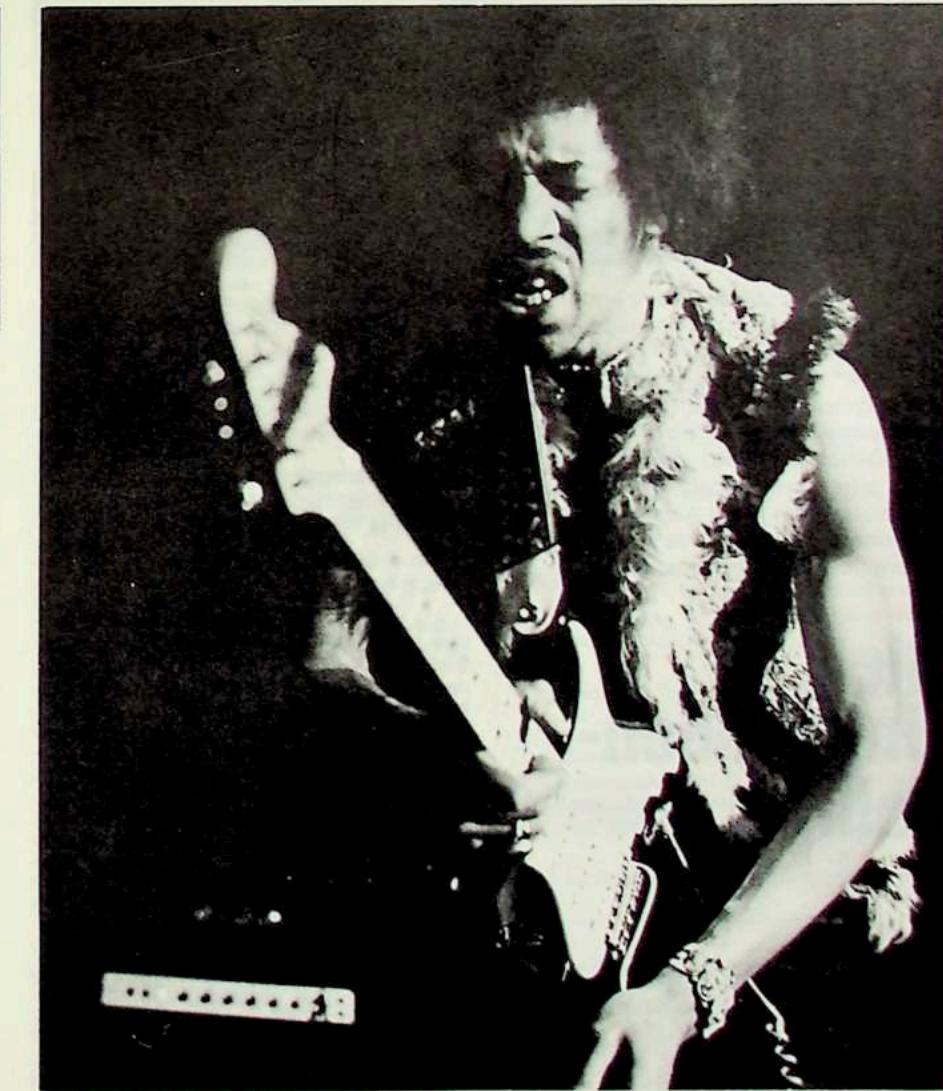
Wirbel um die Tasche der Hendrix-LP „Electric Ladyland“: Als erste deutsche Zeitschrift zeigt elan das Original-Cover aus England.

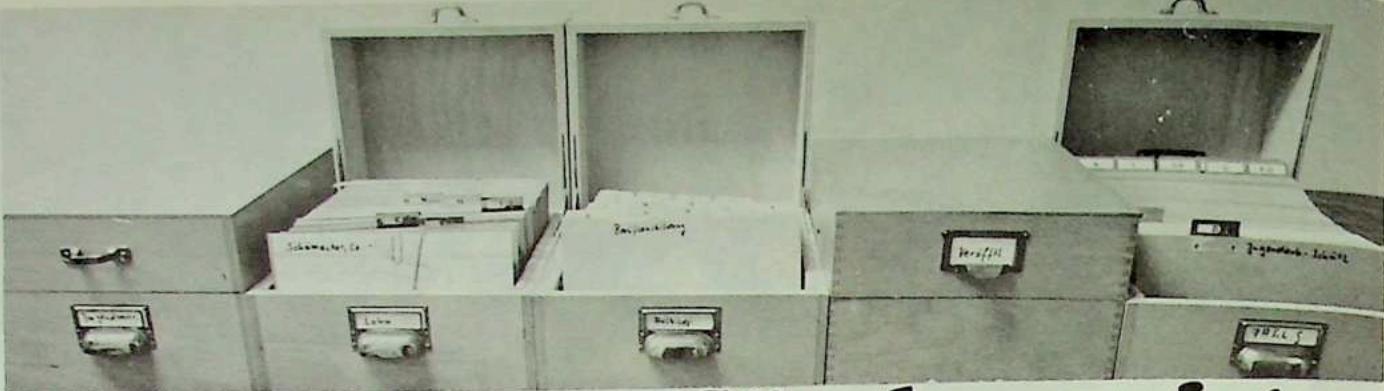


Noel: Die besten Platten von uns sind die, welche noch nicht veröffentlicht sind. Wir sind so progressiv in unserer Musik, daß man die noch kommenden Aufnahmen einfach als die besten bezeichnen muß. Unser Stil ist eine ständige Weiterentwicklung. Wenn wir die Aufnahmearbeiten für eine Schallplatte abgeschlossen haben, gefällt sie uns schon nicht mehr.

elan: Die letzte LP „Electric Lady Land“ ist in Deutschland mit einem entschärften Cover auf den Markt gekommen. Was sagt Ihr dazu?

Noel: Schon in England weigerten sich einige Plattenhändler das Cover auszustellen. Ich kann allerdings nicht begreifen, warum. Das rein künstlerisch aufgemachte Cover läßt bei normalen Menschen wirklich keine sinnlichen Spekulationen zu. Schade, daß einige Leute immer noch den unbekleideten weiblichen Körper als Tabu ansehen.





Unternehmer — Sündenregister



Essen. Kettwiger Straße. Temperatur weit unter Null. Das beeindruckte jedoch nicht die „Arbeitsgemeinschaft gewerblicher Lehrlinge“. Mit Sandwichschildern und Sprechchören demonstrierten Lehrlinge und Jungarbeiter für eine verbesserte Berufsausbildung und die Verabsiedlung eines entsprechenden Gesetzes. Sie setzten damit ihre Aktionen fort, die mit einer Fragebogenverteilung unter Essener Lehrlingen begonnen hatte.

Die Untertanen-Fabrik

Abschluß der Demonstration, die auch von der Essener Gruppe der SDAJ und dem club international unterstützt wurde, waren eine Kurzkundgebung und eine „Gedenkminute“ für die 100 Jahre alt gewordene „Oma Gewerbeordnung“.

Werner Maletz (elan) formulierte in einer kurzen Ansprache die Forderungen der Lehrlinge.

Wer kennt sie nicht, die Badische Anilin und Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen? Einer der größten Chemiegianten, die es überhaupt gibt. Ein Konzern mit eigenen Straßen, Busverkehr, Eisenbahn, mit einer eigenen Polizei und wie es scheint, auch eigenen Gesetzen.

Wer als Lehrling in der BASF anfangen will, muß sich den Gesetzen des Konzerns beugen. Von den Eltern der Lehrlinge verlangt die BASF eine Vollmacht, die besagt, daß der Junge so erzogen werden darf, wie es die Firma wünscht. Sage niemand, diese Feststellung sei übertrieben. Folgende Fakten beweisen ihre Richtigkeit:

Die Eltern der Lehrlinge bekommen von der BASF einen Brief geschickt, den sie durch ihre Unterschrift inhaltlich voll und ganz anerkennen müssen, wenn ihr Sohn in der BASF lernen will. Brief ist schon zuviel gesagt. Es handelt sich um klare Direktiven:

Lehrjahre — das sind Jahre des Lehrherrn! So und ähnlich berichteten Lehrlinge und Jungarbeiter im Rahmen der Aktion Sündenregister über ihre Berufsausbildung.

Gruppen der Gewerkschaftsjugend, die SDAJ, viele Lehrlingsarbeitsgemeinschaften haben in gezielten Aktionen vor Betrieben und Berufsschulen den elan-Fragebogen verbreitet. Eine erste Zwischenbilanz zeigt: Lehrzeit müßte hierzu lande Leerzeit heißen. So viele Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte mißbraucht.

Die Aktion Sündenregister wird fortgesetzt. Alle Fälle von Unternehmer-Sünden müssen an die Öffentlichkeit!

Hier präsentieren wir weitere Berichte aus der Situation junger Arbeiter. Kollegen, macht mit!

„Gewöhnen Sie Ihren Jungen an Pünktlichkeit. Alles was er morgens mitzunehmen hat, soll abends schon bereitgelegt werden. Er soll zeitig zu Bett gehen und früh genug aufstehen... Nur so kann er mit der nötigen Aufmerksamkeit den Belehrungen seines Ausbilders folgen.“

„Achten Sie auch auf äußere Sauberkeit. Gründliches Waschen und ordentliches Kämmen sind unerlässlich. Sorgen Sie dafür, daß die Haare so kurz geschnitten sind... Eine Künstlermähne (Beatle-Frisur), gezüchtete Backenhaare oder sogenanntes Philosophenbartchen sind eines frischen und lebendigen Lehrlings unwürdig und können somit nicht gestattet werden.“...

„Wir verlangen von jedem Lehrling vorbildliche Ordnung... Weisen Sie ihm zu Hause einen günstigen Platz an, wo seine Hefte, Bücher usw. immer griffbereit liegen. Geben Sie ihm die Möglichkeit, an einem zweckmäßigen

Arbeitsplatz ohne Störung seine Hausaufgaben zu machen... Hält der Junge zu Hause Ordnung, so wird er auch stets an seinem Arbeitsplatz auf Ordnung sehen.“

„... Es ist absolut falsch und beeinträchtigt das Leistungsvermögen in der Lehrausbildung, bereits während der Lehrzeit an Kursen und Lehrgängen, außerhalb des Lehrbetriebes teilzunehmen... Dagegen sind wir nach Lehrzeitende gerne bereit, nach den gegebenen Möglichkeiten ein berufliches Vorwärtskommen zu fördern.“

„... Verlangen Sie von ihm die restlose Ablieferung seiner Erziehungsbeihilfe und bestimmen Sie die Höhe seines Taschengeldes.“ „Geben Sie Ihrem Jungen die Möglichkeit, sich in frischer Luft zu bewegen. Es ist selbstverständlich, daß allen Lehrlingen... das Rauchen sowie Alkoholgenuß nicht gestattet werden kann. Auch nicht... außerhalb des Werksgeländes.“

„... Wir wünschen, daß nur diejenigen Lehrlinge das Werktor passieren, welche das Mittagessen zu Hause einnehmen.“

„Ermahnen Sie Ihren Jungen immer wieder zur Disziplin und Folgsamkeit gegenüber den Anweisungen seiner Ausbilder.“ Dieser Brief der BASF an die Eltern schließt mit der höhnischen Bemerkung:

„Wir nehmen an, daß Sie für diese Hinweise das nötige Verständnis aufbringen und hoffen, daß bei gemeinsamer Zusammenarbeit Ihr Sohn seine Lehrzeit als tüchtiger Facharbeiter und als lebensfroher und gesunder Mensch beendet.“

Dies waren nur einige Auszüge aus dem Schreiben, die an und für sich nicht mehr kommentiert zu werden brauchen. Doch noch zwei Bemerkungen:

So sieht das Konzept aus, nach dem BASF seine Untertanen züchtet. Kritiklose Betriebsbürger, die der Obrigkeit in Arbeit und Freizeit zu Willen sind. Das ist die „Sozialpartnerschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“, wie die Unternehmer sie verstehen. Nebenbei will man auch noch den Eltern der Lehrlinge vorschreiben, wie sie ihre Kinder erziehen sollen.

„Wir müssen wochenlang die gleichen Arbeiten machen. Flaschenköpfe, Stutzen drauf und Gummis“, beklagen sich Lehrlinge. „Diese Arbeiten wurden vor zwei Jahren noch von Arbeitern im Betrieb gemacht, aber das kostet soviel Geld für den Betrieb. Lehrlinge sind nicht so teuer.“

Gegen diese Zustände starteten Mitglieder der Dortmunder SDAJ eine Aktion. Sie stellten sich mit einem Tonbandgerät bei Arbeitschluß vor die Lehrwerkstatt und bekamen die Vorwürfe dort bestätigt.

Sie hörten noch mehr: Lehrlinge werden zum Toilettenreinigen abkommandiert und bekommen bei nüchternen Anlässen Kopfnüsse verpaßt!

Mit dem Ergebnis der Tonbandinterviews wurde ein Flugblatt an die Holstein & Kappert-Lehrlinge gerichtet.

„Brauchst Du einen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an.“ Nach dieser Parole wird ganz offensichtlich bei Holstein & Kappert verfahren.

„Wir meinen: beerdigt endlich die Oma Gewerbeordnung von 1869. Wir brauchen ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz, das uns echte Ausbildung und nicht Ausnutzung garantiert.“ So hieß es dort unter anderem. Das Flugblatt machte viel Wirbel im ganzen Betrieb. Nervös reagierte Geschäftsführer Dr. Backhaus: „Die Lehrlingsausbildung des Unternehmens befindet sich in voller Übereinstimmung mit der Gewerbeordnung.“ (Ruhrnachrichten, 19. 2. 69)

Natürlich! Aber gerade das wird von Lehrlingen, Gewerkschaftsjugend und SDAJ kritisiert. Denn die Oma Gewerbeordnung ermöglicht eben Zustände, wie sie auch bei Holstein & Kappert herrschen.

Zum Beispiel Holstein & Kappert

edition suhrkamp

jeder Band 3 Mark

Februar:

302 Marius Nikolinakos, Kostas Nikolinaou (Hrsg.): Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland
Erstausgabe.

303 Roland Barthes: Literatur oder Geschichte
Erstausgabe. Aus dem Französischen von Helmut Scheffel.

304 Hans Magnus Enzensberger: Landes- sprache. Gedichte

305 Materialien zu Bertolt Brechts „Die Mutter“ (nach Gorki)
Erstausgabe. Zusammengestellt von Werner Hecht.

306 Bronislaw Baczko: Weltanschauung, Metaphysik, Entfremdung. Philosophische Versuche
Erstausgabe. Aus dem Polnischen von Karol Sauerland.

März:

307 Peter Handke: Die Innenwelt der Außenwelt der Innenwelt
Erstausgabe.

308 Lelio Basso: Zur Theorie des politischen Konflikts
Erstausgabe. Aus dem Italienischen von Christel Schenker.

309 Cecil Bödker: Zustand Harley. Erzählung
Erstausgabe. Aus dem Dänischen von Hanns Grössel.

310 Gustav Mayer: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie
Erstausgabe. Mit einem Vorwort von Hans-Ulrich Wehner.

311 Armando Cordova / Silva Michelena
Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung
Erstausgabe. Aus dem venezolanischen Spanisch von Heinz Rudolf Sonntag und Elena Sonntag.

Bitte fordern Sie unser Sonderprospekt an.

Suhrkamp Verlag

6 Frankfurt/Main · Postfach 2446

Bundeswehr in der Berufsschule

Nachdem sich schon an den Universitäten und allgemeinbildenden Schulen gezeigt hat, daß unser Bildungssystem weder demokratisch ist, noch den Erfordernissen eines hochtechnisierten Industriestaates entspricht, wird nun immer mehr deutlich, daß die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik ebenfalls keinen Wert auf eine zukunftsorientierte Berufsausbildung legen. Nicht genug damit, daß die Lehrlinge in den meisten Betrieben unter dem Deckmantel der praktischen Ausbildung als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden, auch die theoretische Ausbildung in den Berufsschulen wird immer mehr vernachlässigt.

Unternehmer-Zynismus

Todesanzeige der Firma Friedr.-Wilh. Halbach, Abbruch-Erbewegung, im Wuppertaler Generalanzeiger für ihren bei einem Betriebsunfall tödlich verunglückten 21-jährigen Kraftfahrer:

„Er führte den Beweis, daß unsere heutige Jugend unserer aller Zukunft meistern wird, wenn dies auch mitunter bei der Wahrnehmung sich radikal gebender, machthungriger und geltungsbedürftiger jugendlicher Müßiggänger bezweifelt wird.“

Heiner Fiegen



Mach mit bei der „Aktion Sündenregister“

Bitte ausschneiden und einsenden an Redaktion elan 46 Dortmund, Brüderweg 16 (Telefon 57 20 10).

Ich bitte um Übersendung von Fragebogen „Unternehmer-Sündenregister“. Name: Ort: Straße:

8

Firma: Opel-Häusler
Ort: München
Vorfall: Wegen starker Beschäftigung mit ausbildungsfremden und Hilfsarbeiten sind die Lehrlinge nicht in der Lage, ihr Berichtsheft wahrheitsgemäß zu führen. Sie werden zu „Korrekturen“ angehalten. Beliebte Strafe für kleine Vergehen ist, Lehrlinge zur Sonderarbeit am arbeitsfreien Samstag zu verdonnern.

Firma: Schlosserei Pape
Ort: Hamburg
Vorfall: Lehrlinge werden strafweise zur Samstagsarbeit geladen. Lehrlinge müssen Überstunden leisten, die mit 1 DM „vergütet“ werden!

Firma: Hugo Miebach GmbH.
Ort: Dortmund
Vorfall: 5 kaufmännischen Lehrlingen des 3. Lehrjahres wurde unmittelbar vor der Gehilfenprüfung zum 30. März 1969 gekündigt! Dank dafür, daß die Firma sie 3 Jahre als billige Arbeitskräfte ausgenutzt hat.

9

In der Dortmunder Berufsschule haben z. B. die kfm. Lehrlinge anstatt der nach dem Gesetz vorgesehenen wöchentlichen 9 Berufsschulstunden nur 4 Stunden Unterricht (davon 1 Stunde Religion). Das Ergebnis ist, daß die Lehrlinge in ihrer Freizeit den über 50%igen Stundenausfall selbst nacharbeiten müssen, um die Lehrabschlußprüfung zu bestehen. Die meisten Lehrlinge sehen sich außerdem gezwungen, einen von der IHK veranstalteten

sogenannten Vorkursus für die Lehrabschlußprüfung zu besuchen. Die Teilnehmergebühr von DM 50,- müssen die Lehrlinge selbst bezahlen.

Die Krone wird dem Ganzen durch sogenannte Informationsbesuche der Bundeswehr in der Berufsschule aufgesetzt. Anstatt nun diese ohnehin stark gekürzte Unterrichtszeit vernünftig auszunutzen, erscheint kürzlich ein Oberfeldwebel der Bundeswehr in unserer Berufsschule, um uns über die Bundeswehr und das Wehrpflichtgesetz „aufzuklären“. Auf Fragen über die NS-Gesetze, insbesondere über Art. 87 a GG (Einsatz der Bundeswehr gegen die Bevölkerung bei Unruhen) und ähnliche in dem Zusammenhang gestellte Fragen, wollte oder durfte der Oberfeldwebel nicht antworten und verließ schließlich, als wir auf eine Stellungnahme drängten, den Raum. Diese Informationsbesuche halte ich für einen Versuch, die arbeitende Jugend auf Regierungskurs zu bringen. Es ist den Verantwortlichen völlig gleichgültig, daß dadurch wertvolle Unterrichtszeit versäumt wird. Dies zeigt deutlich, daß die Herrschenden in unserem Staate die Jugend für ihre eigenen Interessen mißbrauchen wollen.

Heiner Fiegen

Firma: Hoesch-Westfalenhütte

Ort: Dortmund

Vorfall: Lehrlinge müssen strafweise am arbeitsfreien Samstag arbeiten, weil sie ihr Berichtsheft vergessen hatten und dieses während der Arbeitszeit auf Anweisung holen mußten.

Firma: Aller GmbH.,

Ort: Hamburg

Vorfall: Flachdrucker-Lehrlinge werden hauptsächlich mit Hilfsarbeiten beschäftigt. Es kommt vor, daß sie aus betrieblichen Gründen die Berufsschule versäumen müssen. Die Lehrlinge müssen Berichte über ihre Tätigkeit im Berichtsheft „frisieren“.

Firma: Graphische Kunstanstalt Schulz
Ort: Hamburg

Vorfall: Der für die Ausbildung zuständige Meister kümmert sich fast gar nicht um die Lehrlinge. Sie werden weitgehend mit Botengängen und anderen Hilfsarbeiten beschäftigt. Beim Ausfüllen des Berichtsheftes wird Wert darauf gelegt, daß diese Hilfsarbeiten nicht eingetragen werden.

Betriebsjugendvertreter-Wahlen

Kollegen, nutzt die Wahl!

Betriebsjugendvertreterin
Doris Wichard



Doris (18) ist Jugendvertreterin in der Dortmunder Firma Holstein & Kappert (1500 Beschäftigte).

In den kommenden Wochen werden in allen Betrieben, in denen ein Betriebsrat tätig ist, Jugendvertreterwahlen stattfinden. Wieder einmal werden für 2 Jahre die Vertreter von den Jugendlichen gewählt. Warum haben wir nun eine Jugendvertretung in den Betrieben so nötig?

In den Lehrverträgen, die heute abgeschlossen werden, ist immer noch die Rede vom ordentlichen, höflichen Verhalten und respektvollen Benehmen gegenüber den Ausbildern und Vorgesetzten, vom freudigen Ausführen jeder Arbeit. Diese Klauseln lassen natürlich dem Lehrbetrieb einen großen Spielraum zur Ausbeutung der Lehrlinge für berufsfremde Arbeiten und für Kündigung des Lehrverhältnisses der unbedeutend kritischen jungen Menschen.

In den Lehrverträgen wird also schon festgelegt, daß ein Ausbilder als Autorität anerkannt werden muß, der zu oft nicht die Fähigkeiten besitzt, die zur Ausbildungstätigkeit gehören, wie Menschenkenntnis, Kenntnis im Unterweisen und Interessieren der Lernenden. (Ausbilder, deren Hand oft recht locker sitzt und die aus Ungeduld ihre Schlagkraft häufiger unter Beweis stellen.)

Besonders im Handwerk werden Lehrlinge schon vom 1. Tag an produktiv eingesetzt. Nicht selten werden sie als Hilfskräfte der Gesellen angesehen. Wieviel Elektriker und Installateure müssen 3 Jahre lang Löcher für Leitungen stemmen? Wieviel Lehrlinge müssen täglich Kaffee kochen, Wagen waschen, Fenster putzen, Rasen mähen?

In einer Dortmunder Firma z. B. wurde vor einigen Monaten einem kaufm. Lehrling gekündigt, weil er sich weigerte, das Büro zu putzen. Wäre dieses auch in einem Betrieb mit Betriebsrat und einer aktiven Jugendvertretung passiert? Sicherlich nicht.

Aber auch in der Industrie sieht es nicht besser aus. In wievielen Lehrwerkstätten, die in der Öffentlichkeit als vorbildlich gelten, wird produktiv gearbeitet, werden Arbeitsgänge verrichtet, die ihrer Einfachheit halber Hilfsarbeitskräften zugeleitet werden müssen.

Hier liegt ein großes Betätigungsfeld der Jugendvertretung. Hier müssen Aktionen gestartet werden, durch die auch die nicht betroffenen Lehrlinge und Arbeiter informiert werden, was in ihrem Betrieb geschieht. Hier muß durch die Jugendvertretung Druck auf die Geschäftsleitung ausgeübt werden.

Die Jugendvertreterwahl hat nicht zuletzt die Aufgabe, das Interesse der Jugendlichen an betrieblichen Problemen hervorzurufen und zu stärken. Sie soll der Jugend die Möglichkeit geben, soziale Verantwortung zu übernehmen. Sie soll die Fähigkeit zum politischen Denken vermitteln, eine Fähigkeit, die auf dem bisherigen Ausbildungsweg überhaupt nicht hervorgerufen, ja sogar unterdrückt wurde. Die arbeitende Jugend erhält endlich die Möglichkeit, ihre Rechte und Belange selbst zu vertreten.

Man sollte also als Wähler die Möglichkeit auf keinen Fall entgehen lassen. Man sollte jeden Kandidaten genau unter die Lupe nehmen und feststellen, in wie fern er sich wirklich für seine Wähler einsetzt, in wie fern er ohne Rücksicht auf Verluste auch mit Vorgesetzten verhandelt. Oder ob er nur ein Mensch ist, der sich beliebt machen will, der den Posten des Vertreters aus Prestigegründen anstrebt.

In vielen Betrieben wird die Jugendvertretung nur als eine unnötige Belastung des Betriebsrates gesehen. Man muß sich mit den Vertretern auseinandersetzen, sie informieren, wenn Probleme anliegen. Die Erwachsenen neigen dann dazu, die Jugendarbeit zu blockieren, die Vertreter mit organisatorischen Aufgaben auszulasten und jegliche Aktivität

zu zerreden. Hier ist es Aufgabe der Vertretung, nicht locker zu lassen, den Jugendausschuß, der ja häufig auf Grund seines Alters recht wenig über die Probleme der Jugend weiß, zu aktivieren. Man darf sich niemals in eine passive Rolle drängen lassen.

Dazu gehört natürlich der nötige Kontakt der Vertreter zueinander, wie der Vertretung zu den Jugendlichen. Gerade für die Lehrlinge gilt es, häufig die Jugendvertreter aufzusuchen, sich mit ihnen über anliegende Probleme, auch wenn sie nur geringfügig erscheinen, zu unterhalten, sie auf alle Vorkommnisse im Betrieb hinzuweisen und sie kräftig anzustoßen, wenn keine Initiativen auf dem besprochenen Sektor eingeleitet werden.

Die Jugendvertretung ist auf Schützenhilfe der gesamten betrieblichen Jugend angewiesen, wenn es heißt, eine Sache durchzuboxen, die dem Unternehmer nicht gerade angenehm ist. Wir wissen ja, daß es noch keinen zureichenden Schutz für den Jugendvertreter gibt, daß er ohne weiteres gekündigt werden kann, wenn seine Arbeit auf dem Sektor Betriebspolitik zu unbedeckt wird. Ein Aufhänger dafür findet sich immer. Es muß also die gesamte Jugend des betreffenden Betriebes sich solidarisch mit ihm erklären, wenn die Arbeit erfolgreich verlaufen soll, auch die Teile, die im Moment noch nicht betroffen sind. Nur so wird die Jugend als vollwertiger Faktor mit in alle Überlegungen der leitenden Spitze einbezogen, wenn sie sich nicht degradieren läßt, ein Straflingsleben im Betrieb zu führen, wenn sie gegen jede Mißachtung des Betriebsverfassungsgesetzes angeht.

Denn es wird immer wieder von den Unternehmern versucht werden, die von uns auf ihre Kosten errungenen Besserungen abzubauen. Es wird immer wieder von ihnen die Initiative ausgehen, die guten alten Zeiten neu einzuführen, in denen der Lehrling Lehrgeld bezahlen mußte und der Meister uneingeschränkt über ihn bestimmen konnte.

Wir sollten daher auch den letzten noch passiven Jugendlichen im Betrieb mobilisieren und ihm die Notwendigkeit des Mithinkens und Mitwirkens klar machen.

● Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen unter 18 Jahren

● Wer kann gewählt werden?

Wählbar sind alle Jugendlichen von 16 bis 24 Jahren

● Wo wird gewählt?

Gewählt wird in allen Betrieben, in denen — ein Betriebsrat besteht und — mehr als 5 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind

● Wie viele werden gewählt?

In Betrieben bis zu 50 beschäftigten Jugendlichen 1 Vertreter
In Betrieben mit über 50 bis 100 beschäftigten Jugendlichen 3 Vertreter
In Betrieben mit über 100 beschäftigten Jugendlichen 5 Vertreter

● Wie wird gewählt?

Gewählt wird durch Persönlichkeitswahl. Alle Kandidaten stehen in alphabetischer Reihenfolge auf einer Liste. Die Kandidaten mit der jeweils höchsten Stimmenzahl sind gewählt. Die Wahlen sind frei und geheim

● Wer führt die Wahl durch?

Die Wahlen werden von einem Wahlvorstand durchgeführt, der vom Betriebsrat berufen wird

● Für welche Amtszeit wird gewählt?

Die Amtszeit der Jugendvertreter beträgt zwei Jahre. Scheidet ein Jugendvertreter vorzeitig aus dem Betrieb aus, so rückt der Kandidat mit der nächsthöheren Stimmenzahl nach

Fünf Gründe für den Widerstand



1 Für Atom- waffensperr- vertrag

2 Für Verringe- rung der Rüstungs- lasten-Frieden in Vietnam

3 Für DDR- Anerkennung

4 Gegen Neo- nazismus, Not- standspolitik, Vorbeugehaft - für Mitbestim- mung und Demokratisie- rung

5 Gegen faschistische Regime

28.-30. März, eine Woche vor Ostern: Osterdemo- strationen

Abrüstung jetzt bei der Vorbereitung der Osterdemonstrationen 1969 die öffentliche Meinung u. a. auch für die Unterschrift der Bundesrepublik zum Atomwaffensperrvertrag mobilisieren.

Arno Klönne

1

Nachdem bereits 89 Staaten den Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet haben, darunter auch Italien und die Beneluxländer, kann sich die Bundesregierung in Bonn nicht länger um eine Stellungnahme zu diesem Vertrag herumdrücken. Die CDU und eindeutiger noch die CSU sind offenbar entschlossen, die Unterschrift zum Atomwaffensperrvertrag zu verewigen. Die Argumente, die sie hierfür anführen, erweisen sich bei näherer Beobachtung als propagandistische Irreführung der Öffentlichkeit: Einerseits wird darauf hingewiesen, die Bundesrepublik habe ja bereits von sich aus auf Atomwaffen verzichtet, – andererseits wird erklärt, der westdeutsche Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag sei angesichts der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion unzumutbar. In Wahrheit geht es also offenbar noch immer um den Versuch, die militärische Schlagkraft der Bundesrepublik durch Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen weiter zu steigern. Franz-Josef Strauß, in dem viele schon den Kanzler einer neuen, noch weiter nach rechts gerückten Bundesregierung nach den kommenden Wahlen sehen, hat keinen Zweifel daran gelassen: er wünscht Mitverfügung über Atomwaffen als Mittel zur Veränderung des Status quo in Europa!

Solche Ambitionen vereiteln jede Entspannung in Europa, sie zementieren die Existenz der Militärblöcke und für die Bundesrepublik sind sie selbstmörderisch.

Der Atomwaffensperrvertrag sei ein „Super-Versailles“ – so sagen die Propagandisten der CDU/CSU. Tatsächlich gibt es hier Parallelen, aber sie liegen anders: So wie einst die Propaganda gegen den Versailler Vertrag dem Nationalsozialismus in den Sattel half, so kommt die Propaganda gegen den Atomwaffensperrvertrag dem neuen Faschismus zugute. Am Ende einer solchen Politik steht immer der Krieg. Deshalb wird die Kampagne für Demokratie und

festzustellen: Die nächste Krise

Die Bundesrepublik wurde zur stärksten Militärmacht im Westen unseres Kontinents aufgerüstet, die nicht bereit ist, Macht- und Gebietsverluste als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hinzunehmen. Diese Entwicklung ist auch im Zusammenhang der politischen Ökonomie unserer Gesellschaft zu sehen. Das innere Gesetz eines Wirtschaftssystems, das nicht demokratischen Entscheidungen, sondern den privaten Interessen weniger unterliegt, treibt auch bei uns dahin, private Profitabsichten über die Rüstungsproduktion zu realisieren und im formierten Rüstungsstat den Ausweg aus den Schwierigkeiten dieses wirtschaftlichen Systems zu suchen.

Zentraler Ausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Die letzten Krisen – Dollarkrise, Pfundabwertung und Krise des Franc – belegen eindrucksvoll die These der Kampagne für Abrüstung, daß Rüstungspolitik und Stabilität einander ausschließen. Das wird am Zusammenhang zwischen Vietnam-Krieg und Dollarkrise sowie zwischen der französischen Force de frappe und den Franc-Kalämitäten besonders deutlich. Aber ich halte es für wichtig, aus der jüngsten Krise und speziell aus dem Verhalten der Bundesregierung den anderen Ländern gegenüber eine wichtige Schlufffolgerung abzuleiten: Hier wird der Druck demonstriert, den eine Regierung der Bundesrepublik wirtschaftlich und damit natürlich politisch wieder ausüben vermag.

Darüber hinaus bleibt wegen des enorm gesteigerten Rüstungshaushaltes der Bundesrepublik zur Entwicklung der DM festzustellen: Die nächste Krise

kommt bestimmt – wenn der Rüstungskurs nicht gestoppt wird.

Rudolf Schultz

Der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik übersteigt bereits einen Betrag von 20 Milliarden DM jährlich, und es ist zu befürchten, daß man nach den Bundestagswahlen 1969 weitere soziale Belastungen zu Gunsten einer Steigerung der Rüstung durchsetzen will.

Forderung der Kampagne: Drastische Senkung der Rüstungslasten, Herabsetzung der Wehrdienstzeit als Schritt zur Abschaffung der Wehrpflicht, Einstellung jeder Unterstützung der amerikanischen Kriegspolitik in Vietnam, uneigennützige Hilfeleistung an die Entwicklungsländer.

Aufruf zu den Osterdemonstrationen



3

Ich stimme dem Aufruf zu den Osterdemonstrationen zu und meine, daß in ihm die vordringlichsten politischen Forderungen enthalten sind, die vernünftige Menschen heute gegenüber der westdeutschen Politik erheben müssen. Unter ihnen möchte ich vor allem diejenige der endlichen Anerkennung der DDR nennen, das heißt eines Verhandlungsangebotes der Bundesregierung an die DDR-Regierung, was diese Anerkennung impliziert. Eine Ostpolitik, die nicht als einen ihrer ersten Schritte die Anerkennung der DDR einschließt, kann im Osten wie im Westen – trotz aller Gegebenheiten – nur als Versuch der Auflösung des Ostblocks zugunsten des Westblocks angesehen werden. In einer solchen angeblichen neuen Ostpolitik liegt unsere westdeutsche Mitschuld an der Besetzung der CSSR.

Prof. Dr. Helmut Gollwitzer

Forderung der Kampagne: Anerkennung des territorialen Status quo in Europa und Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, um normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen

Staaten zu ermöglichen und Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensregelung in Europa herzustellen.

Aufruf zu den Osterdemonstrationen

4

Wir erheben nachdrücklich und öffentlich Protest gegen die Absicht der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD, eine sogenannte Vorbeugehaft einzuführen. Wir erblicken darin rechtspolitisch die Wiederaufnahme von Praktiken des Nationalsozialismus und sehen den Weg bereit für die Neueinrichtung der sogenannten Schutzhaftlager. Die beabsichtigten Regelungen einer Vorbeugehaft laufen auf eine Generalermächtigung hinaus, die nach den Äußerungen des SPD-Abgeordneten und Berliner Polizeipräsidenten Hübner und nach den Forderungen der CSU auch gegen potentielle „Demonstrationstäter“ angewandt werden sollten.

Der wahre Adressat dieses Vorhabens sind also offenbar die Gegner der Regierungspolitik; die Vorbeugehaft würde einer Regierung jederzeit die Möglichkeit geben, die demokratische Opposition auszuschalten. Was im Rahmen der „Notstandsgesetze“ als allzu auffällig nicht über die Bühne des Bundestages gehen konnte, soll nun offenbar in unverdächtiger Verpackung nachgeholt werden. Die Vorbeugehaft verstößt gegen einen Kernbestand der freiheitlichen Demokratie, nämlich gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.

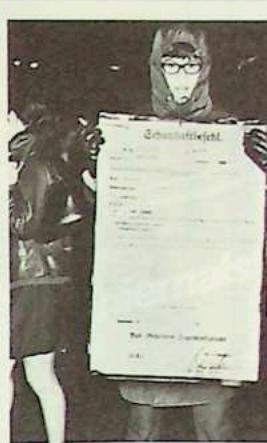
Kommt es zur Einführung einer solchen Klausel, so ist der direkte Widerstand gegen diese Bestimmungen und die Verweigerung jedes Vollzugs entsprechender Anordnungen Recht und Pflicht der Demokraten.

Wir erklären, daß wir uns diesem, den Rechtsstaat unterminierenden Vorhaben, nicht beugen werden und fordern unsere Mitbürger auf, unserer Erklärung zuzustimmen.

Prof. Dr. W. Abendroth; Kurt Bachmann, Bundessprecher d. DKP; William Borm, FDP-MdB; Günter Eich, Schriftsteller; Prof. Dr. Walter Fabian; Bernd Engelmann; Max von der Grün; Prof. Dr. Werner Holmann; Prof. Dr. Walter Jens, Adolf Kummernus, Martin Niemöller, Hans A. Nikel, Arno Ploog; Kurt Sprenger, Naturfreunde-Bundesjugendleiter; Fritz Weinhold, Gewerkschaftssekretär, u. v. a.

Immer öfter fragen die Dienstleistenden bei der Bundeswehr: Müssen Bundeswehrsoldaten demnächst auf ihre Mitbürger schießen? Diese Frage ist nicht absurd. Nach Artikel 87 a der Notstandsverfassung kann die

Bundesregierung die Bundeswehr im „Spannungsfall“ oder im Falle des „inneren Notstands“ mitteilen im Frieden gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. So etwa „zum Schutze ziviler Objekte“ oder, wie Bundesinnenminister Benda sagte, „gegen zivile Störer“



zen ist der Widerstand aller demokratiebewußten Kräfte entgegenzusetzen. Demonstrationen und Kundgebungen müssen unsere Bereitschaft zum Kampf gegen den anhaltenden Abbau der Grund- und Freiheitsrechte verdeutlichen und unser Verlangen nach umfassender Demokratisierung von Schule, Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft der Öffentlichkeit bewußt machen. Die Osterdemonstrationen bieten eine gute Gelegenheit.

Heiner Bremer, stellv. Bundesvorsitzender der Jungdemokraten

Die NPD ist kein isolierter Fleck in einer sonst intakten demokratischen Landschaft. Der Aufstieg der NPD ist eine Folge und zugleich ein Element dieser gesamtpolitischen Entwicklung in unserem Lande. Die NPD ernstet, was Regierungspolitiker in Bonn seit Jahren gesäßt haben. Die Forderungen der Kampagne: Offensive politische Auseinandersetzung mit der NPD und mit allen anderen offen oder verdeckt faschistischen Tendenzen. Forderung der Kampagne: Verhinderung jeder Anwendung der Notstandsgesetze, Verhinderung aller Repressionen gegenüber der demokratischen Opposition, Durchsetzung einer konsequenten Mitbestimmung, also der demokratischen Kontrolle in den Betrieben und Verwaltungen, Universitäten und Schulen, auf allen Ebenen der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Aufruf zu den Osterdemonstrationen

5

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat die demokratischen Kräfte und Gruppen unter den Spaniern und Griechen in der Bundesrepublik aufgerufen, an den Vorbereitungen und Veranstaltungen der Osterdemonstrationen 1969 mitzuwirken. Diese diesjährigen Osterdemonstrationen werden neben weiteren Zielen in noch stärkerem Maße als die früheren Ostermarsche gegen die faschistischen Diktaturen insbesondere in Griechenland und Spanien opponieren. Die Verhängung des Ausnahmestandards durch das Franco-Regime in Spanien und die Eskalation der diktatorischen Maßnahmen in Griechenland durch neue Terrorurteile sind eine verschärfte Kampfansage der Reaktionären und Faschisten an die Demokraten. Nur die gemeinsame solidarische Aktion kann den Vormarsch der Reaktion in Europa stoppen: entschiedener Widerstand gegen Notstandsgesetze, Vorbeugehaft, Neonazismus und alle existierenden und sich entwickelnden faschistischen Diktaturen.

Klaus Vack



SOMMER '69

Reisen in die Sowjetunion



Moskau 5.4. — 10.4. 1969
Vollpension, Besichtigungen, Fremdenführer
Flug ab und bis Berlin nur 460,- DM

Moskau Zum 1. Mai 1969 (28.4. — 3.5. 1969)
Vollpension, Besichtigungen, Maiparade,
Theaterbesuch, feierliches Abendessen am
1. Mai, Flug ab Berlin und Bahnfahrt ab
Essen oder Zusteigebahnhof nur 520,- DM

Moskau 23.5. — 31.5. 1969 (Pfingsten)
Vollpension, Besichtigungen, Theaterbesuch,
Flug ab Berlin und Bahnfahrt ab Essen oder
Zusteigebahnhof nur 622,- DM

Moskau 4.11. — 10.11. 1969
Zu den Revolutionsfeierlichkeiten 1917—1969
Vollpension, Besichtigungen, Theaterbesuch,
Flug ab Berlin und Bahnfahrt ab Essen oder
Zusteigebahnhof nur 511,- DM

Jalta — die Perle der Krim
Urlaubsauftenthalt 16.7. — 5.8. 1969
Vollpension in Jalta, Flug Berlin — Kiew —
Simferopol und Bus bis Jalta, sowie Bahn-
fahrt ab Essen oder Zusteigebahnhof
nur 870,- DM

Weitere preiswerte Reisen in die UdSSR
(1 Woche Aufenthalt und Flug ab Berlin u.
zurück ab 499,- DM) laufend ab 15.3. 1969

Reisen nach Ungarn und in die DDR führen
wir ständig durch. Prospekte werden unver-
bindlich zugeschickt.

Weitere Flug- oder Bahnreisen in alle Welt
über Agenturverträge mit „Neckermann“,
„Ameropa“, „Luca“ und viele mehr.

FERIEN- UND STUDIENFAHRTEN
Reisedienst Essen GmbH
43 Essen, Hindenburgstraße 38/40
Telefon 23 81 77

Sommer 1969

Ferien für Motortouristen
vom 14. Juni bis 13. September
in die schönsten Gegenden der CSSR.

Böhmerwald, Stausee Lipno, Marienbad,
Riesengebirge, Erzgebirge.

Unterkunft in Hotels oder Bungalows pro
Woche oder mehrere Wochen je nach Katego-
rie von DM 201,20 für 2 Personen. In Bun-
galows ab DM 81,40 a Person (Halbpension).

Erforderlich: gültiger Reisepass
Visa werden besorgt
Anmeldung und Reisepässe
für Visa an

Reisedienst Fritz Schaper
3 Hannover,
Stadtteilfiddamm 61 a
Ruf 55 07 69

38, 39, 40. Das Reiseieberthermometer
steigt — nicht nur bei denen, die noch ih-
ren Winterurlaub verbringen, sondern auch
bei jenen, die bereits den Sommerurlaubs-
fahrtplan vorbereiten.

Während Oma meint, in ihrer Jugend sei
man höchstens in den bayerischen Wald
gefahren, zählen heute nach kräftigem Spa-
ren Flugreisen in die USA (Star-Jugendrei-
sen Studienfahrt, 4 Wochen DM 1899,-),
nach Kuba (CVJM-Reisen, 3 Wochen 1400,-
DM), nach Sibirien (Reisedienst Essen, 14
Tage DM 1990,-), genauso zum Reisepro-
gramm junger Menschen, wie Mittelmeer-
kreuzfahrten und Ponytreks (durch Irland;
Naturfreundejugend Rheinland, 2 Wochen
ohne Anreise ca. DM 200,-). Da können
manche Eltern noch so jammern, die Fe-
riereisen, sind nicht mehr up to date,
wo Großmutter, Mutter und Kind allemunter
beisammen sind. Jugendreisen erfreuen
sich wachsender Beliebtheit. So konnte der
CVJM-Reisedienst, Kassel, 1969 sein Fahr-
tenprogramm um 84% vergrößern gegen-
über dem Vorjahr, und die Deutschen Ju-
gend-Reisen erhöhten ihr Angebot auf 140
Reisen.

Doch nicht nur die Fernreisen — mit ihren
doch für den Durchschnittsbürger uner-
schwinglichen Preisen — gehören zu auf-
fallenden Angeboten für Sommer 1969.
Mehr und mehr nehmen auch die Hobby-
reisen in den Angeboten ihren Platz ein.
So bietet Starjugendreisen einen 14-tägi-
gen Urlaub mit einer einwöchigen Segel-
schule am Bodensee für 400,- bis 450,-
DM bei Halbpension.

Deutsche Jugendreisen nimmt für Reiter-
ferien im Hessischen 235,- DM für 2 Wo-
chen bei Halbpension und ohne Anfahrt.
Eine Autorallye durch Skandinavien will die
hessische Naturfreundejugend durchführen,
während die Naturfreundejugend Rheinland
eine dreiwöchige Fußwanderung (mit Zelt)
durch Lappland anbietet.

Wachsenden Zuspruchs erfreuen sich auch
1969 die Reisen in sozialistische Länder.
Das zeigt das CVJM-Reiseprogramm, bei
dem diese Reisen mit an erster Stelle ste-
hen, genauso wie die Angebote zahlreicher
Reisedienste. Eine Attraktion die zum
einen darauf beruht, daß hier ein großer
Nachholbedarf besteht, zum anderen aber
auch sicher in den günstigen Preisangebo-
ten begründet liegt.

So bietet der Reisedienst Essen eine Wol-
gakreuzfahrt für 698,- DM und einen drei-
wöchigen Urlaub am Plattensee (Ungarn)
für 590,- DM.

Interessante Ferien im Bungalow für Freunde
der Freikörperkultur bietet der Oböna-
Reisedienst. 15 Tage auf Korsika für 298,-
DM, 10 Tage in Valaita (Jugoslawien) mit
Vollpension 286,- DM. Die Hinfahrt erfolgt
mit dem Bus, die Rückreise per Flugzeug.
Den Wünschen zahlreicher PKW-Fahrer
kommt der Reisedienst Schaper entgegen,
der Quartiere mit Halb- oder Vollpension
in der CSSR vermittelt (ab 81,40 DM wö-
chentlich).

Zum erstenmal führt auch die Sozialistische
Deutsche Arbeiterjugend Urlaubs- und Stu-
diendfahrten durch, die sicherlich bei vielen
jungen Menschen Interesse finden werden.
Nicht zuletzt durch die günstigen Preisange-
bote. So kostet eine 2-wöchige kombinierte
Studien-Erholungsreise nach Ungarn 2750 DM

Was fehlt in fast allen Angeboten, sind preis-
werte Reisen für junge Familien, die nun
einmal nicht so viel für den Urlaub flüssig
machen können. Hier gibt es eigentlich nur
eine größere erfreuliche Ausnahme: Bulga-
rien. Das Reiseland im Süden Europas, das
kostenlose Ferien für Kinder zwischen 2
und 6 Jahren am Sonnenstrand bietet. Viele
nicht ganz so Finanzkräftige werden also
trotz allem wieder auf Omas Reisen in den
Bayerischen Wald zurückgreifen müssen.
Den finanziellen Möglichkeiten entspre-
chend sollte man also genau prüfen, wo
man was am preisgünstigsten geboten be-
kommt

Unterlagen und Prospekte senden:

Bulgarisches Fremdenverkehrsamt,
6 Frankfurt/Main, Roßmarkt 23
Cedok (Reisebüro der CSSR)
6 Frankfurt/Main, Neue Mainzer Str. 24
CVJM-Reisen, Kassel, Wilhelmshöhe, Postfach 149
DFK-Reisen, 635 Bad Nauheim, Ringstraße 23
Deutsche Jugend-Reisen, 5 Köln, Tunisstraße 23
Hummel-Reisen, 3 Hannover, Postfach
Naturfreundejugend Hessen,
605 Offenbach, Buchrainweg 161
Naturfreundejugend Rheinland,
5 Köln, Dauner-Weg 16
Osttourist, 5 Köln, Schildergasse 111
Reisedienst Essen, 43 Essen, Hindenburgstraße 38
Reisedienst Schaper, 3 Hannover, Stadtteilfiddamm 61 a
Rumänisches Touristenamt,
6 Frankfurt/Main, Neue Mainzer Straße 1
Scharnow Reisen, 3 Hannover, Postfach 5427
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend,
43 Essen, Altenessener Straße 188
Star-Jugend-Reisen, 41 Duisburg, Königstraße 72
Touropa-Reisen, 8 München 22, Prinzregentenstr. 18
Ungarisches Reisebüro „IBUSZ“,
6 Frankfurt 1, Baseler Straße 46
Reisedienst Lieselotte Schmidt
6 Frankfurt/M. 90, Kreuznacher Str. 35

NFJ : Deutsch-französische Jugendbegegnungen für alle!

Die Naturfreundejugend Deutschlands ist da-
ran interessiert, besonders nichtorganisierten
Jugendlichen die vom Deutsch-Französischen
Jugendwerk subventionierten Sportlehrgänge
zugänglich zu machen. Die Bundesjugendlei-
itung: Es kann nicht angehen, daß nur die in
Vereinen und Jugendorganisationen enga-
gierten Jugendlichen aufgrund ihres Infor-
mationsvorsprungs die preisgünstigen Veransta-
ltungen belegen. Gerade Jugendliche, die
nicht einem Verband angeschlossen sind,
müssen die Möglichkeit erhalten, mit Jugend-
lichen aus anderen Ländern zusammenzu-
treffen, um deren Probleme und Lebensauf-
fassungen kennenzulernen. Die Naturfreunde-
jugend Deutschlands bietet deshalb allen
Jugendlichen zwischen 16 und 30 Jahren die
Teilnahme an ihren deutsch-französischen
Begegnungen an.

Interessenten wenden sich an: Naturfreunde-
jugend Deutschlands, Bundesjugendleitung,
7 Stuttgart-Untertürkheim, Großglockner-
straße 28, Tel. 337687/88

FKK-Urlaub

per Flug, Bus, Bahn und für PKW-Führer
zu den schönsten FKK-Geländen nach
Korsika — Frankreich — Österreich
Jugoslawien — Bulgarien

Exklusiv:
Unsere FKK-Luxus-Kreuzfahrt
40seitigen bebilderten Prospekt
DFK-Reisedienst

OBÖNA-Reisen

E 635 BAD NAUHEIM, Tel. 060 32/4972



OSTERN IN PRAG

Studienreise vom 4. — 8. April

Preis ab Frankfurt 153,— DM

Leistungen: Omnibusfahrt, 4 Tage Voll-
pension, Besichtigungen unter Fach-
führung, ein Theaterbesuch, Unfall- u.
Krankenversicherung in der CSSR.

PFINGSTEN IN BUDAPEST

Omnibusfahrt vom 19. — 26. Mai

Preis ab Frankfurt 277,— DM

Leistungen: Fahrt, 2 Übernachtungen
mit Frühstück in Neunkirchen, 5 Tage
Vollpension in Ungarn, Stadtbesichti-
gungen und Besuch der internationalen
Messe.

SDAJ Urlaub für junge Leute

Preisgünstigen Sommerurlaub bieten
wir in

Ungarn Luxemburg DDR Frankreich Polen

Reisepaß wird benötigt! Visa werden
besorgt!

Nähere Auskünfte erteilt

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
— Bundesvorstand —

43 Essen, Altenessener Straße 188
Telefon 29 02 09

Reisedienst Lieselotte Schmidt

6 Frankfurt 90, Kreuznacher Straße 35,
Telefon: 77 10 66

Weshalb ich die ADF unterstütze

Max von der Grün



Das Unbehagen an den Verhältnissen in der Bundesrepublik ist eher größer als geringer geworden. Die Unzufriedenheit über die Politik der großen Koalition, die mehr Umarmung als Auseinandersetzung und Klärung politischer Unzulänglichkeiten betreibt, ein Unbehagen also nicht allein mehr der Intellektuellen, auch das Unbehagen in der Arbeiterschaft wächst. Zu viel drängt auf eine Lösung: Sozialgesetzgebung, Hochschulreform, Strafrechtsreform, Mitbestimmungsgesetzgebung usw. Da von den bisherigen Parteien eine Änderung der Mißstände nicht zu erwarten ist – sie hätten genug Zeit gehabt, wenn sie den Willen dazu gehabt hätten – andererseits aber Schaffung von Unruhe durch SDS und APO wiederum nur das herrschende Partiensystem stützt und stärkt, wurde die ADF gegründet, die Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt, eine Sammlungsbewegung linker Parteien und auch Parteiloser, eine Sammlungsbewegung vor allem all solcher, die mit der bisherigen Politik der Bundesregierung nicht einverstanden sind, nicht einverstanden sein können. Es sollen Alternativen aufgezeigt werden. Nun, ich bin nicht gegen Schaffung von Unruhe, im Gegenteil, aber Unruhe muß verbunden sein mit Aufklärung, und Unruhe muß sich letztlich irgendwohin kanalisieren lassen, muß einen Ziel bekommen, wenn sie letztlich nicht als Krawallmacherei diffamiert werden soll. Ich selbst werde, so weit es in meiner Kraft steht und mir Zeit dazu bleibt, die ADF unterstützen. Nicht nur ich, viele Autoren Deutschlands werden das tun, viele Gewerkschafter und Betriebsräte, weil sie der Überzeugung sind, daß auf parlamentarischem Wege etwas geändert werden kann und schon damit etwas erreicht ist, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, die Macht zu kontrollieren.

Aufklärungsarbeit gehört an erste Stelle, nicht Beschwichtigung, Vertuschung oder Verniedlichung der anstehenden Probleme. Es ist die Zeit da, wo man ganz hart und mit Schärfe sagen muß, wie die Dinge in unserem Staat liegen, wohin der ständige Mißbrauch dieser Autorität letztlich führt – nämlich in einen neuen Faschismus unter dem Mantel des freiheitlichsten Grundgesetzes aller Zeiten.

Die Schwierigkeiten der ADF sind enorm, schon deshalb, weil die Linke in Deutschland immer unter Selbstzerfleischung gelitten hat. Einigkeit war nie ihre Stärke, zuviel ideologischer Ballast wurde mitgeschleppt, zu wenig an die Praktizierung der Ideen gedacht. Philosophische Diskurse machen noch keine Politik.

Das soll anders werden. In vielen Städten haben sich Aktionszentren gebildet, die eine systematische Aufklärungsarbeit betreiben. Leute gehen von Tür zu Tür – wie ich es letzthin im Saarland erlebte – vor allem in Arbeitervierteln, um sie über die wirklich anstehenden Probleme, insbesondere die Arbeiter betreffenden, aufzuklären, – also der umgekehrte, der eigentlich demokratische Weg: Regieren von unten auf, sich nicht einem Dirigismus von oben herab beugen, wie es seit Jahren von CDU und SPD praktiziert wird.

Ich selbst bin mir mit ein paar Kollegen darüber einig, daß es ein schwieriger Prozeß sein wird, denn Entscheiden fordert ja als erstes Informiertsein. Informiertsein bringt erst die Voraussetzungen zu kriti-

im gleichen Moment 2,5 Milliarden freimachen für neue Aufrüstung der Bundeswehr – für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Universitäten ist kein Geld da. Ist das Politik der Entspannung, der Befriedigung?

Insbesondere wird sich die ADF auch auf Universitäten konzentrieren müssen und auf Betriebe, weil hier jene Schichten des Volkes anzutreffen sind, die stärker als andere mit den politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten unseres Staates konfrontiert werden, nicht nur in ihrer Eigenschaft als Einzelperson, sondern immer mehr als Gruppe innerhalb eines Interessenbereiches.

Da in der Bundesrepublik keine revolutionäre Basis besteht – es gibt nur punktuelle Rebellion – muß der Boden für eine Veränderung der Gesellschaft geschaffen werden. Änderung kann in der gegenwärtigen Situation und der herrschenden Gesellschaftsstruktur nur herbeigeführt werden durch Information, ausgehend nicht von den augenfälligen Ergebnissen, sondern von Ursachen. Erkennen der Ursachen bringt Erkennen der Zusammenhänge.

Ich gebe auch zu, Schriftsteller haben in unserem Staat nie eine dominierende Rolle gespielt, sie wurden meistens als Nichtskönnner und Außenseiter betrachtet, sie werden immer noch nicht als integrierender Bestandteil der Gesellschaft angesehen, nur als Miesmacher und Nestbeschmutzer. Aber was die Herrschenden als „Nestbeschmutzen“ deklarieren, ist in Wirklichkeit nur Kritik am Bestehenden, Inhumanen. Wenn jedoch Kritik schon etwas Fluchtwürdiges ist, dann stimmen die Relationen nicht mehr. Man kann auch nach dem Motto verfahren: Köpft den Kritiker, dann sind wir alle Sorgen los. Das jedoch wäre Diktatur, aber die lehnen selbst unsere Politiker ab – oder vielleicht nur, weil es nicht ihre eigene Diktatur ist?

Die ADF hat einen großen Nachteil: In ihr wirken zum Teil sehr konträre politische Kräfte. Die ADF hat einen großen Vorteil: Eben weil in ihr konträre politische Kräfte wirksam sind, wird es keine Formierung geben, keine Anpassung, die sich von der Parteispitze Direktiven aufzwingen läßt.

Die ADF ist ein Experiment, ein Appell an jene denkenden Schichten unseres Volkes, die weder materiell noch ideologisch korrumpt sind, die ihr Unbehagen an den Verhältnissen artikulieren wollen. Die ADF ist ein Aufruf zur Alternative, ein Weg, den fortschreitenden Umarmungsprozeß der etablierten Parteien zu brechen, zumindest zu stören, den etablierten Parteien Alternativen aufzuzwingen. Ein Experiment aus der politischen Not geboren, und: Keine Experimente hat noch nie gegolten.

Aber es gilt noch was anderes: Die Rechte war sich in unserem Staat in der Ablehnung der Linken immer einig. Die Linken gaben in ihrer ideologischen Zerrissenheit der Rechten immer die Trümpfe in die Hand. Ich frage mich: Muß das so sein? Können diese Konflikte nicht innerhalb der Parteien geregelt und beigelegt werden? Es ist nicht nur zu wünschen, es ist notwendig geworden, wollen wir diesen Staat nicht ganz jenen überlassen, die Menschen nur als Wahlfutter betrachten und als Schachfiguren auf ihrem politischen Feld. Die nächste Bundestagswahl kommt bestimmt.

Zwei Jahre wurde ich in Untersuchungshaft gehalten, bevor ich 1955 zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde. Als ich ins Zuchthaus in Münster eingeliefert wurde, da setzte man zu lebenslänglich verurteilte Verbrecher gegen die Menschlichkeit auf freien Fuß. Im vergangenen Jahr hat der Bundesgerichtshof das Urteil gegen mich überprüfen müssen. Es ist beim Zuchthausurteil geblieben.

Aber wenn es um Kriegsverbrecher geht, dann ist die Justiz von einer fast unvorstellbaren Milde: der ehemalige SS-General Harster, von 1941 bis 1943 in den Niederlanden Chef des „Sicherheitsdienstes“, hat nachgewiesenermaßen 85 000 Juden in den Tod geschickt, unter ihnen Anne Frank, die durch ihr Tagebuch weltbekannt geworden ist. SS-General Harster konnte, als ob nichts geschehen wäre, nach dem Kriege Oberregierungsrat werden.

Zur gleichen Zeit im vergangenen Jahr, als der Bundesgerichtshof beschloß, daß es bei einer Zuchthaussstrafe gegen mich bleibt, wurde der Nazirichter Rehse, der an mehr als 200 Todesurteilen mitgewirkt hat, freigesprochen. Eine offen neonazistische Partei, die NPD, erhält Steuergelder. Das Verbot gegen die KPD aber, die Partei, die im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht hat, wird – als Druckmittel gegen alle demokratischen Kräfte – aufrechterhalten.

Ich wurde am 9. Januar 1924 geboren. Mein Vater war ein kleiner Eisenbahnbeamter. Ich hatte noch vier ältere Geschwister, kam 1930 zur Volksschule, im Jahre 1934 zur Oberschule für Jungen in Düsseldorf – das war finanziell nur dadurch möglich, daß mein Großvater mit einsprang.

Meine Eltern waren recht christliche Leute. Sie waren erbitterte Gegner der Nazis und der faschistischen Unterdrückung und deshalb damit einverstanden, daß ich mich einer katholischen Jugendorganisation anschloß.

Diese wurde aber bereits 1934 auf Anordnung der Nazis aufgelöst. Wir Jungen hatten damals selbstverständlich unseren Jugendleiter gefragt, ob man sich nicht dagegen wehren könnte. Doch da erhielten wir die Antwort: „Die Nazis sperren jeden ein, der nicht nach ihrem Willen handelt. Jetzt müssen wir schweigen und tun, was die Nazis wollen.“ Das war für uns Jungen natürlich keine befriedigende Antwort.

Aber erst später verstanden wir, wie schlecht und falsch es ist, wenn man dem Unrecht gegenüber schweigt.

So etwa mit dem Jahre 1938 begann dann die Naziideologie auf mich einzuwirken, nicht etwa durch die Hitler-Jugend, sondern durch die Schule. Im Biologieunterricht erhielten wir stundenlange Erklärungen über die „Minderwertigkeit“ der slawischen Rasse und die besondere „Hochwertigkeit“ der „nordischen“ Rasse. Im Erdkundeunterricht hatten wir einen jungen Lehrer, der uns erklärte, warum es notwendig sei, einen Teil Polens deshalb zu annexieren, weil es Rumpfdeutschland von Ostdeutschland trenne, daß es notwendig sei, die Tschechoslowakei zu annexieren. Im Zeichenunterricht gao es einen Lehrer, an den ich mich besonders gut erinnere: dessen Steckenpferd war es, aus den Nazizeitungen Artikel vorzulesen mit den bekanntesten Greuelberichten über die Sowjetunion. Dann

Jupp Angenfort:

ICH BEUGE MICH NICHT!



Jupp Angenfort ist der „Richard Kimble“ der Kommunisten. Nach vier Jahren Haft ist er ständig auf der Flucht. Für elan berichtet er über sein Leben.

ließ er von den Schülern Bilder malen, auf denen die Sowjetunion als Weltfeind Nr. 1, als blutiger Drache dargestellt wurde, der Städte und Dörfer verwüstete und kleine Kinder fraß.

So blieb Schmutz an mir haften. Bei Kriegsausbruch war ich zwar kein begeisterter Nazihänger, aber es war doch so, daß ich mir sagte: Der Kampf ist jetzt nun einmal da, die Nazis sind auch da, vielleicht wollen sie tatsächlich das Beste für Deutschland.

Im Oktober 1943, inzwischen Soldat, wurde ich durch ein Stoßtrupppernehmen der sowjetischen Armee gefangen genommen. Bei meiner Gefangennahme wehrte ich mich, weil ich tatsächlich den festen Überzeugung war, daß man uns erschießen würde.

Ich wurde nicht erschossen. Am ersten Tage der Kriegsgefangenschaft brach das ganze Lügengedäule zusammen, mit dem man uns in den Krieg und in die Schlacht gejagt hatte. Und es drängte sich mir die Frage auf: Wer hat denn ein Interesse daran, uns so zu belügen, uns mit diesen Lügen in den Krieg zu jagen?

Es ist eine Tatsache, daß die Hitlerleute mit dem Antikommunismus nicht nur einen Krieg gegen die Sowjetunion führen wollten, sondern daß ihnen der Antikommunismus dazu diente, jede Opposition im Innern des Landes niederzuschlagen.

Ich habe mich also in der Folgezeit im Lager an Versammlungen beteiligt und antifaschistische Bücher der verschiedensten Art gelesen. Dann ging ich auf eine antifaschistische Schule für Kriegsgefangene, wo man uns die Wahrheit sagte, wie es zu jenem Krieg gekommen ist und wie man ihn hätte verhindern können.

1949 bin ich nach Deutschland zurückgegangen, mit dem festen Willen, den Lügen entgegenzutreten, mit denen man uns in den Krieg gejagt hat: den Lügen über die Sowjetunion und über den Kommunismus.

Im Januar 1950 bin ich in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten, Mitglied der FDJ Westdeutschlands wurde ich im Juli 1950.

Im Frühjahr 1951 wurde ich zum 1. Sekretär des Zentralbüros der Freien Deutschen Jugend (Westdeutschlands) gewählt. Damals war ich bereits Abgeordneter des Landtages von NRW.

Etwa zur gleichen Zeit, als ich unter Bruch meiner Immunität im Jahre 1953 auf offener Straße in Duisburg verhaftet wurde, wurden die Führer der Terrororganisation „Bund Deutscher Jugend“, die sich die Aufgabe gestellt hatten, im Falle eines militärischen Konflikts unliebsame demokratische Politiker zu ermorden, trotz erdrückender Beweismaterialien von der Generalbundesanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt. Ein Prozeß fand nie statt.

Mich hingegen brachte man nach Karlsruhe, wo mir 1955 ein Prozeß wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ gemacht wurde. In jener Zeit wurden Hunderte von Verfahren gegen FDJler geführt, und es sind über 1000 Jahre Freiheitsstrafen gegen FDJler aus dem Grunde verhängt worden, weil sie gegen die Wideraufrüstung eingetreten sind.

Die FDJ bestand eher als die Bundesrepublik. Kein Mensch hatte seit 1945 an ihren Zielen Anstoß genommen, auch nicht die Bundesregierung. Die Ziele der FDJ hatten sich nicht geändert. Aber geändert hatte

Revolutionäre Lieder aus aller Welt

Revolutionäre Lieder Deutschlands
17 cm DM 9,-
Bestell-Nr. LDY-4096

Französische Revolutionslieder
17 cm DM 9,-
Bestell-Nr. LD 45-3001

Lieder des Spanienkrieges
30 cm LP DM 19,-
Bestell-Nr. LDX-S-4279



Lieder der russischen Revolution
30 cm LP DM 19,-
Bestell-Nr. LDX-S-4343

Revolutionäre Lieder Mexikos
30 cm DM 19,-
Bestell-Nr. LDX-S-4309

Lieder der cubanischen Revolution
30 cm LP DM 19,-
Bestell-Nr. LDX-S-4288

Alleinvertrieb für die Bundesrepublik Deutschland



Weltkreisverlags GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Bestellungen über jede gute Plattenhandlung oder direkt beim Weltkreisverlag

sich die Politik der Bundesregierung; die sich etwa 1951 von den Prinzipien der Völkerverständigung, des Friedens und der friedlichen Wiedervereinigung lossagte, die dazu überging, die Remilitarisierung durchzuführen und die Politik der Stärke zu proklamieren.

Der Bundesgerichtshof wertete in seinem Urteil das Auftreten der Freien Deutschen Jugend gegen die Remilitarisierung, für Frieden und Demokratie als "Vorbereitung zum Hochverrat" und "Staatsgefährdung". Mit diesem Urteil wurde grundgesetz- und völkerrechtswidrig meine antimilitaristische Tätigkeit und Gesinnung kriminalisiert. Es war ein politischer Willkürakt zur Einschüchterung all der Kräfte, vor allem unter der Jugend, die damals der Remilitarisierung entgegnetraten.

Das Urteil und seine Vollstreckung löste eine Protestflut im In- und Ausland aus. Diese erzwang 1957, nachdem ich schon vier Jahre inhaftiert war, einen Erlass des Bundespräsidenten Heuss, durch den der Strafvollzug mit vierjähriger Bewährungsfrist ausgesetzt wurde.

Bundespräsident Lübke hob, obwohl die Verjährungsfrist bereits verstrichen war, den Erlass seines Vorgängers wieder auf: 1962 wurde ich erneut verhaftet, um noch 20 Monate Zuchthaus zu verbüßen. Gleichzeitig wurde wegen Tätigkeit für die verbotene Kommunistische Partei Deutschlands ein neues Strafverfahren gegen mich eingeleitet. Nur weil es mir gelang, aus dem Gefängnis zu fliehen, wurde verhindert, daß gegen mich ein neues Strafurteil auf Grund von grundgesetzwidrigen Bestimmungen des politischen Strafrechts erging. Diese Bestimmungen mußten inzwischen vom Bundestag entweder geändert oder neu formuliert werden.

Trotz Handschellen gelang es mir 1962 in München, unterzutauchen und elf Tage später die DDR zu erreichen. Entscheidend für das Gelingen meiner Flucht war die Solidarität. In diesen elf Tagen brauchte ich zum Beispiel bei keinem Kommunisten zu wohnen. Besonders junge Menschen halfen mir. Alle wußten, wen sie vor sich hatten und warum sie mir halfen. Die Großfahndung verlief bekanntlich ergebnislos.

*

Der Bundesgerichtshof hat am 4. Dezember 1968 in einem Beschuß die Strafe gegen mich nicht für erledigt erklärt, sondern nur um ein Jahr ermäßigt. Der Bundesgerichtshof hat an der Strafart Zuchthaus festgehalten. Da die Frist für die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erst mit Verbüßung der vollen Strafe zu laufen beginnt, bedeutet dies in meinem Falle, daß mir nach dem Beschuß des Bundesgerichtshofes für insgesamt etwa 18 Jahre die Wahrnehmung elementarer Bürgerrechte verwehrt sein soll.

Kommunisten und anderen Gegnern der Regierungspolitik kann es ähnlich ergehen wie mir. Sie werden so jahrzehntelang zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt. Sie dürfen nicht wählen, keine öffentlichen Ämter bekleiden. Im Gegensatz dazu können belastete Naziaktivisten seit Gründung der Bundesrepublik wählen und gewählt werden und sogar höchste Ämter bekleiden. Mit dem Beschuß gegen mich soll allen jungen Arbeitern und Studenten, allen So-



Jupp Angenfort wird von der Polizei gesucht.

Die Generalbundesanwaltschaft hat Haftbefehl erlassen. Trotzdem tritt Jupp auf, spricht immer wieder zu vornehmlich jungen Menschen. Wie auf unserem Bild in Düsseldorf.

zialisten und Demokraten, die sich zum Widerstand gegen die Regierungspolitik zusammenfinden, klargemacht werden, daß auch sie mit Zuchthaus bestraft werden können.

Ich habe mich geweigert, wie angeordnet, am 31. Januar die siebenmonatige Reststrafe im Kriegsverbrecher-Zuchthaus (!) in Berlin anzutreten. Ich beuge mich der Justizwillkür nicht! Ich weise auch das Ansinnen zurück, beim Bundespräsidenten Lübke ein Gnadenbegruß einzureichen. An einen Mann, der sich in der Hitlerzeit belastet hat, der den Nazis beim Bau und der Einrichtung von Konzentrationslagern behilflich war, werde ich mich nicht wenden. Ich weiß, daß die letztlich einzige wirksame Hilfe für verfolgte Kommunisten, Sozialisten, Demokraten in der Unterstützung durch die breiten Schichten des werktätigen Volkes, im Protest der demokratischen Öffentlichkeit liegt.

Ich appelliere an die demokratische Öffentlichkeit, Solidarität mit den Studenten und jungen Arbeitern zu üben, die in diesen Tagen verfolgt werden oder vor Gericht stehen. Vor 1933 haben Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die damalige Rechtsentwicklung nicht zusammengefunden. Die Folge war, daß sie gemeinsam in Schutzhaft, in Vorbeugehaft, in Konzentrationslager kamen. Diese Entwicklung darf sich nicht wiederholen. Freunde und Genossen, fordert Freiheit, fordert Demokratie! Wendet Euch gegen Vorbeugehaft, gegen den Nazismus, gegen die Rechtsentwicklung!

Die KP Kanadas und der demokratische Fraktionsführer Mike Mansfield, britische Parlamentarier und CSSR-Ministerpräsident Cernik, die Berliner Arbeiterin Ingrid Kubacki ebenso wie Bischof Scharf, der FU-Konvent, die Leitung der FNL-Delegation in Paris, westdeutsche Gewerkschaftsjournalisten und die SPD-Landtagsabgeordneten Höhne und Radke – sie alle haben in diesen Tagen eines gemeinsam: sie halten die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin für ein "höchst gefährliches Spiel" (Welt der Arbeit). Und nicht nur sie. Das Tübinger Wickert-Institut ermittelte, daß 80 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger der Meinung sind, der Bundespräsident müsse "nicht unbedingt" in Westberlin gewählt werden. Die Bundesregierung, der neue starke Mann an der Spitze unseres Parlaments, die NPD und die etablierten Parteien sind anderer Meinung. Als wollten sie einen neuen Beweis für die Glaubwürdigkeit ihrer friedlichen Ostpolitik liefern, bestehen sie darauf, rund 160 km aus der Bundesrepublik Osten zu fahren, um dort ein neues Staatsoberhaupt zu küren, das am Ort seiner Wahl nichts zu suchen hat. Die Bürger Westberlins müssen einem Wahlkampf zusehen, zu dem sie selbst keinen Kandidaten benennen könnten, denn Artikel 54 GG bestimmt: „Wählbar (in das Amt des Bundespräsidenten) ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt.“ Die Westberliner besitzen dieses Wahlrecht nicht. Und für sie gilt auch nicht das Grundgesetz, das haben die Vorbehalte der westlichen Besatzungsmächte klar gestellt, zunächst mit Nr. 4 des Genehmigungsschreibens von 12. Mai 1949 und später noch sehr oft.

NUR EIN UNIKUM?

Selbst der CDU-nahe „Rheinische Merkur“ muß gestehen: „Es ist ein Unikum, daß das Oberhaupt eines Staates außerhalb jenes Bereiches gewählt wird, wo die Souveränitätsrechte eben dieses Staates ohne Abstriche und Einschränkungen gelten – und auch außerhalb des staatlichen Schutzbereiches.“ Die herrschenden Bonner Kreise können keinen Grund nennen für die Einberufung der Bundespräsidenten wählenden Bundesversammlung nach Westberlin. Wie sollten sie auch, jedes laut gewordene Argument der Berlinfahrer würde auch dem letzten Zaudernden klarmachen, was geplant ist: eine gefährliche Provokation. Sebastian Haffner im „Stern“: „Wenn heute die Bundesversammlung nach Berlin einberufen wird, dann ist das eine reine Trotzgeste. Die Bundesrepublik würde damit einen Besitzanspruch auf Westberlin demonstrieren und sonst nichts.“

In kleinem Kreise, bei einem CSU-Frühshoppen in München, präzisierte Marcel Hepp (Strauß-Intimus und „Bayern-Kurier“-Chef): Wenn wir auf Berlin verzichten, bedeute dies auch einen Verzicht auf Magdeburg und Königsberg.

DIE BERLINER SIND DIE OPFER

Die tapferen Westberliner, wie BILD sie gern nennt, sollen auch diesmal still dulden ihre Rolle als 2,5-Millionen-Kollektivmärtirer im Kampf um die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 spielen: Westberlin „hat seine Behauptungskraft in schweren Zeiten bewiesen, und es strotzt vor Lebenswillen.“ (SPD-Presseinstellung, 14. 2. 1969). Einige strotzen nicht. So die Arbeiterin Ingrid Kubacki aus Berlin-Rudow: „Die Absicht, den Bundespräsidenten in Westberlin zu wählen, ist für mich eine gefährliche Provokation, die nur dazu führt, unsere Stadt noch mehr zu isolieren. Ich denke vor allem an die wirt-

PROVOKATION

oder Warum die Bundesversammlung in Berlin nichts zu suchen hat

Von Ulrich Sander

schaftliche Situation Westberlins. Die Arbeitsplätze werden nach Westdeutschland verlegt, und alte Nazis kommen nach Westberlin. Nach meiner Ansicht hat gerade die arbeitende Bevölkerung allen Grund, die geplante Bundesversammlung in Westberlin zu verhindern.“

Zu ähnlichen Überlegungen kommt die SPD-nahe „Hamburger Morgenpost“: „Ein Industriegebiet von 2,5 Millionen Einwohnern ist auf die Dauer weniger durch eine D-Mark-Pipeline – die hauptsächlich den Spekulanten nützt – zu sichern, als durch ein Arrangement mit der Umwelt.“ Die Umwelt, das ist die DDR, der seit zwölf Jahren die Oberhoheit über die Verkehrswälle nach Westberlin unterstehen, seit die Sowjets ihrem Bündnispartner die Souveränitätsrechte gaben. Diese „Umwelt“ sitzt am längeren Hebel: In Verordnungen sperrte sie die Landwege nach Westberlin für alle Personen, die an der illegalen Bundesversammlung teilnehmen wollen, wie auch für alle Mitglieder der NPD und der Bundeswehr. Kurz darauf machte die Sowjetunion klar, daß sie absolut hinter allen Maßnahmen der DDR steht und daß sich „äußerst unerwünschte Folgen für die Situation in diesem Gebiet und dementsprechend für die Interessen der Westberliner Bevölkerung“ ergeben können (Note an die Bundesregierung).

ABSICHT: ÄNDERUNG DES STATUS QUO

Die DDR-Regierung in einer eigenen Note an Bonn (7. 2. 1969): „Die Absicht, den neuen westdeutschen Präsidenten in Westberlin, d. h. außerhalb des Staatsgebiets der westdeutschen Bundesrepublik und auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wählen zu lassen, stellt einen groben

Schröder:
Will Leuchtturm sein

v. Hassel:
Niemals DDR anerkennen

Bruch des Völkerrechts dar.“ Im einzelnen stellt die DDR-Regierung und mit ihr viele Gegner der Bonner Expansionspolitik folgende Absichten Bonns fest:

- „Änderung des Status quo in Europa“
- „Mißbrauch der Verbindungswege... von und nach Westberlin“
- rechtswidrige Teilnahme der Westberliner Abgeordneten an der Bundesversammlung
- „Mitwirkung der Neonazis“ an der Bundesversammlung.

„Das alles,“ so die Note, „steht in eklatantem Widerspruch zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und anderer Vereinbarungen der Antihitlerkoalition, die vorsehen, den deutschen Militarismus und Nazismus für immer auszurotten und nicht zuzulassen, daß von deutschem Boden aus jemals wieder der Frieden und die Sicherheit anderer Völker bedroht werden.“

Kein „Gewohnheitsrecht“, das aus der Tat sache früherer Bundesversammlungen in Westberlin abgeleitet wird, und keine – wenn auch schwache und vorsichtige, auf Grund der wirtschaftlich und politischen Stärke des NATO-Partners BRD erfolgte – Schützenhilfe der Westmächte kann darüber hinwegtäuschen, daß die für den 5. März geplante Bundesversammlung in Westberlin illegal und gefährlich ist. Sie steht am Schluß einer Kette von Provokationen, die auf den Widerstand der DDR und der UdSSR stoßen müßten, wenn sie nicht die Veränderung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges auf kaltem Wege zulassen wollten.

DER STATUS VON BERLIN

Ein solches Kriegsergebnis ist der Status von Berlin. Als sich die Alliierten des Zweiten

NPD-Adolf:
Schröder ist der Richtige



Weltkrieges einigten, die Erfüllung der Beschlüsse von Potsdam und Jalta – Enteignung der Kriegsverbrecher, Entnazifizierung und Entmilitarisierung sowie Behandlung Deutschlands als wirtschaftliches Ganzes – von Berlin aus zu kontrollieren, war die Zugehörigkeit Berlins zur sowjetischen Besatzungszone nicht in Zweifel gezogen worden. Das bestätigte erneut ein Bericht des alliierten Kontrollrates vom Februar 1947 an den Rat der Außenminister, in dem formuliert wurde, daß Berlin zwar von den vier Großmächten besetzt, aber „gleichzeitig die Hauptstadt der sowjetischen Besatzungszone ist.“

Dementsprechend stand das später von Groß-Berlin abgespaltene West-Berlin unter fortwährendem Besatzungsrecht. Vertreter West-Berlins waren nicht an der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Auf Intervention der drei westlichen Stadtkommandanten wurden im Jahre 1950 solche Passagen aus der Westberliner Verfassung gestrichen, die besagten „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland“ oder „Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend“. Die Kommandanten genehmigten dazu nur Artikel 1 dieser Verfassung, in dem es heißt: „Berlin ist eine deutsche Stadt und ein deutsches Land.“ Auch in den Pariser Verträgen (Fassung vom 23. Oktober 1954), die die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Militärrallianz (NATO) regeln, behalten sich die Westmächte ihre Rechte über Berlin vor.

Der Westberliner APO-Rechtsanwalt Horst Mahler stellte zum heutigen staatsrechtlichen Status von Westberlin fest: „West-Berlin ist seit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 aufgrund völkerrechtlich-verbindlicher Vereinbarungen zwischen den vier Siegermächten Teil eines besonderen Territoriums, das sich nach dem Zerfall der Viermächte-Kontrolle zu einer selbständigen politischen Einheit entwickelt hat, die staatsrechtlich weder Teil der Bundesrepublik Deutschland noch Teil der DDR geworden ist. West-Berlin untersteht ausschließlich dem Befehl der drei westlichen Besatzungsmächte.“ (Berliner Extra Dienst, 13. 11. 68). In dem Schriftsatz, mit dem Mahler gegen die völkerrechtswidrige Amtshilfe Westberliner Behörden bei der Festnahme eines aus der

Bundeswehr desertierten jungen Mannes protestiert, kommt er weiter zu der grundsätzlichen Feststellung: „Nach herrschender Staats- und Völkerrechtslehre gehört zum Konstituens eines Staates – sei es ein Einheitsstaat oder ein Bundesstaat – die zentrale Regierungsgewalt und die einheitliche außenpolitische Vertretung. Indem in dem Vorbehaltsschreiben (der westlichen Alliierten – U. S.) betont wird, daß Groß-Berlin vom Bund nicht regiert werden darf, ist zugleich klar gestellt, daß dieses besondere Gebiet keine staatliche Einheit mit der Bundesrepublik Deutschland bildet.“

Indes fochten die völkerrechtlichen Realitäten den forschen Kai-Uwe von Hassel nicht an. Kaum im Amt des Bundespräsidenten lud er die 1036 Wahlmänner der Bundesversammlung, darunter 22 Neonazis der NPD, zum 5. März in die Westberliner Ostpreußenhalle ein. Von Hassel, der am 21. Oktober 1968, noch als Vertriebenenminister, auf einem Vertriebenen- und Flüchtlingskongress gefordert hatte, Bonn müsse „alles vermeiden, was zu einer völkerrechtlichen Anerkennung des zweiten Deutschland führen würde“, möchte entsprechend dem Programm Kiesingers, nachdem der Status quo in Europa verändert werden müsse, den Fuß in die Tür zur DDR stellen. Diese Tür heißt Westberlin.

DEMONSTRATION MIT DER NPD

Hinter dieser expansiven Absicht tritt der eigentliche Zweck der Bundesversammlung, die Wahl, zurück, und das planen die Urheber durchaus. Schließlich ist die Wahl eines Bundespräsidenten eine vergleichsweise unkomplizierte Angelegenheit, die bequem an einem Sonntagmorgen am künftigen Sitz des Präsidenten, in Bonn, erledigt werden könnte. Doch wer wollte sich eine so gute Gelegenheit für eine provokatorische Großmachtdemonstration entgehen lassen? Nicht die etablierten Parteien.

Provokatorisch aber auch, wer da wählt und was da zur Wahl steht. Unter der Führung Adolf II. (von Thadden) dürfen erstmal unsere neuen Nazis der NPD ihre staatserhaltende Kraft unter Beweis stellen. Sie haben sich schon entschieden: für Dr. Gerhard

Schröder, alter SA-Mann, wie viele aus den NPD- und CDU/CSU-Reihen. Schröder, gefragt, ob er denn bedenkenlos die Bundespräsidentenwahl annehmen würde, falls die 22 NPD-Stimmen den Ausschlag für ihn gäben, meinte kaltschnäuzig: „Ich kann mir meine Wähler doch nicht aussuchen.“ (Spiegel, 17. 2. 1969). Und der CDU-Sprecher Arthur Rathke ergänzte: „Der CDU ist es völlig gleichgültig, was die NPD tut.“ (Frankfurter Rundschau, 19. 2. 1969). In elegischer Stimmung hatte Schröder im Zweiten Deutschen Fernsehen seine Zuschauer mit der Mitteilung zu verblüffen versucht, „daß das Amt des Bundespräsidenten mit dem Leuchtturm vergleichbar ist.“

Leuchtturm? Nicht vielleicht doch eher Leuchtkugel, die als Bundesversammlung in Berlin die Umgebung erhellen soll: Wo kann die nächste Lücke erspäht werden? Wie geht es weiter mit der Veränderung des Status quo? „Die CDU sei die Basis auch für eine freiheitlich-demokratische Gestaltung einer gesamtdeutschen Entwicklung. Darauf vorbereitet zu sein, sei heute so wichtig wie 1945. Einer der wichtigsten Beweggründe für die Fortdauer und die Stärkung der CDU sei, ein nichtsozialistisches Gesamtdeutschland zu verwirklichen.“ So der Bundesverteidigungsminister und Präsidentschaftskandidat Dr. Gerhard Schröder laut Frankfurter Rundschau vom 30. 1. 69 (Frankfurter Ausgabe). Das Konzept ist fertig: Das „ganze Deutschland“ soll es sein, kapitalistisch, in den Grenzen von 1937. Das ist das alte Programm Konrad Adenauers, das x-mal gescheitert ist und sich in Westberlin am 5. März eine neue Abfuhr holen will: „Wir wollen keine Vermischung, sondern wir möchten, daß die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können.“ (Adenauer am 8. 5. 1949 im Parlamentarischen Rat).

Wer am 5. März die Bundesrepublik verlassen will, um fern in Westberlin gemeinsam mit den Neonazis einen Präsidenten für diese „Zustände“ und diese „Einheit“ zu wählen, der macht Kriegspolitik, auch wenn er den sich liberal gebenden, aber ansonsten großkoalierten, notstandsbesessenen Gustav Heinemann wählt. Und wer nicht dagegen aktiv wird, begünstigt Kriegspolitik. ■

druckt

von DIN A 6 bis

DIN A 2

Bücher,

Broschüren,

Prospekte,

Kataloge,

Briefbogen,

Preislisten,

Drucksachen

aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main

Hosch

elan Blätter für den Jugendleiter

März 3/69

Wohin, DBJR?

CDU, SPD und Sportjugend-Führung formieren die Jugend-Riege / Von Ulrich Sander

Die Deutsche Sportjugend, genauer gesagt der DSJ-Arbeitsausschuß (Bundesvorstand), wünscht eine „Aktivierung der Arbeit des Bundesjugendringes“, seine „Politisierung“ und die Aufhebung des vielgelästerten Einstimmigkeitsprinzips. Dies ließ der Arbeitsausschuß jetzt die Mitgliedsverbände des Bundesjugendringes wissen. Wie einsichtig ist man geneigt zu urteilen. Waren es doch DSJ-Vertreter, die Jugendkontakte zu sozialistischen Ländern und die Festival-Teilnahme ebenso wie Aktionen für Frieden in Vietnam und gegen die NPD in den Jugendringen gern mit dem Hinweis auf den politischen Charakter solcher Unternehmungen zu blockieren versuchten.

Doch der Pferdefuß wird sichtbar, wenn man die demagogische Forderung nach einer Parlamentarisierung des Bundesjugendringes prüft, die der DSJ-Arbeitsausschuß als Voraussetzung für Aktivierung und Politisierung ebenfalls erhoben hat. Die DSJ-Führung möchte gern die 3,6 Millionen jungen Mitglieder der Sportvereine der Bundesrepublik vertreten und bei einer Parlamentarisierung allen Mitgliedsorganisationen des DBJR genau an ihren Mitgliedszahlen bemessene Vertreterzahlen zulassen.

Hier soll nicht untersucht werden, wie schwierig einheitliche Mitgliederkriterien der Jugendverbände herzustellen sind (unterschiedliche Altersbegrenzung Mitgliedschaft in Jugendgruppen hier und offenere Bindungen dort usw.), hier sei vielmehr die Frage gestellt, wie es denn mit Parlamentarismus und Demokratie in der Deutschen Sportjugend bestellt ist. Schlecht, weil kaum vorhanden, lautet das Ergebnis der Prüfung. Wohl wird der DSJ-Arbeitsausschuß von Delegierten der Fachverbände gewählt; er erlangt damit aber allenfalls die Be-

Sportjugend“ hat ihre Berechtigung und Verdienste als Koordinations- und Beratungszentrum für die Sportjugendleiter und Jugendtrainer, aber keinesfalls als Instrument zur Majorisierung der anderen Jugendverbände in politischen und jugendpolitischen Fragen. Darauf würde aber das Parlamentarismus-Modell der DSJ-Führung hinauslaufen, das mehr als 50 Prozent der „Abgeordneten“ im Bundesjugendring für die DSJ beansprucht. (Nebenbei gesagt: auch den gleichen Anteil an Förderungsmitteln.) Dies obgleich der Sport auch aus anderen Töpfen als den Bundes- und Landesjugendplanen gefordert wird.) Es hieße, sich die Sache zu einfach machen, wollte man den Reformvorschlag der DSJ-Führung als Vorstoß einiger ehrgeiziger Funktionäre werten. DSJ-Bundeskreis Fritz Mevert hat auf den „Olympischen Aufwind für München 1972“ hingewiesen, und der weht zweifellos schon jetzt recht kräftig. Wer die Bonner Diskussion und die Springer-Presse verfolgt, dem entgeht nicht, daß diese Kreise den „olympischen Aufwind“ nicht nur für hohe olympische Ideale blasen, sondern um nationaler Demonstration willen um Modelle der einheitlich formierten bundesdeutschen Gesellschaft ohne Klassen. Jede Medaille eine gewonnene Schlacht gegen den Kommunismus. Die vermeintlich unpolitische, brave, aber in der Praxis stets reaktionäre und regierungsfreimütige DSJ-Führung soll in diesem Spiel den Jugendpart machen – ganz exclusiv. Sie allein vertritt schon jetzt die deutsche Jugend in den Vorbereitungsgremien für das Jugendprogramm und das internationale Jugendlager in München. Die anderen Jugendverbände haben dabei ebenso wenig ein Mitspracherecht, wie bei der Entscheidung der „deutschen Jugenddelegation“ nach Tokio und Mexiko-City und wie bei der Japanfahrt der deutschen Jugend.

Sowohl CDU als auch SPD sind nicht unglücklich über den Vorstoß der Sportjugendführung, der – um das Maß voll zu machen – noch mit einer Austrittsdrohung der DSJ für den Fall verbunden wurde, daß die Vorstellungen der DSJ

Führung nicht verwirklicht werden. Der SPD-Pressestellen schiebt den Mitgliedsverbänden des DBJR die Schuld für eine „Krise“ zu, da sie „eine gewisse Fehleinschätzung der jugendpflegerischen Arbeit der Sportjugend“ an den Tag gelegt hätten. Und im Rheinischen Merkur kann der Junge-Union-Redakteur und CDU-Bundestagskandidat Gerhard Reddemann die Freude über den Keil kaum verbergen, den die DSJ-Führung in den DBJR treibt: „Seit aber Berufsjugendliche (Reddemann ist selber einer – U. S.) und Linksfunktionäre den Entschluß getroffen haben, sich und ihre Organisationen in APO-Nähe anzusiedeln oder anderen Linksauf den Hof zu machen, lockerte sich die einigende Klammer. Die Sportler, von ihrem Selbstverständnis her der Jugendverbänden mehr als der Revolutionspflege zugetan, widersetzen sich entschieden dem Drang zur einseitigen Politisierung.“ Weil in den Jugendverbänden die Bereitschaft sinkt, dem Bonner großen Konzert den jugendpolitischen Backgrund-Chor zu liefern, sollten rechte Sportjugendführer den neuen Dirigenten machen. Das Ziel: „Sing out München 72“.

Der massive Gleichschaltungsversuch, der gegenwärtig per DSJ vorangetrieben wird, sollte die Arbeitjugendverbände veranlassen, ihre Vorstellungen von einer DBJR-Reform zu überdenken und aufeinander abzustimmen. Politisierung um der Politisierung willen kann nicht das Ziel sein. Ebenso wenig eine Einheitsideologie, die auch bei Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips doch immer noch an reaktionäre Positionen einer DJO, einer Beamtenbundjugend, einer DSJ-Führung und anderer Gruppen bindet. Die Ausstrittsdrohung kann diesen Kreisen zum permanenten Werkzeug werden, wenn ihnen Ausmaß und Richtung der Politisierung mißfallen. Was not tut, ist die gemeinsame Abwehr von Verstaatlichungstendenzen und das ständige Ringen um Aktionen zum Wohle der Jugend und mit der Jugend – auf der breitesten Basis, die sich unter den demokratischen Jugendverbänden im Bun-

FORTSETZUNG SEITE 21

Revolte gegen Formierung

Was wollen die Studenten? / Von Bernd Schönauer

„Das geht wie eine Seuche durch die ganze Welt... Lassen wir uns nicht täuschen. Was da vor sich geht, ist das Werk einer auf das Entschiedenste zum Umsturz unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung drängenden Minorität an unseren Universitäten.“ So sprach Kiesinger am 22. Januar im Bürgersaal des Rathauses in Münster. Die Vertreter der CDU/CSU haben in den letzten Wochen ihre Pläne vorgelegt, nach denen gegen protestierende Studenten vorgegangen werden soll: nämlich mit Polizeieinsatz, mit Streichung der Stipendien für „radikale Rädelsführer“ und Entfernung von der Universität.

Die „Elite der Nation“ – so wurde der Großteil der Studentenschaft bis vor wenigen Jahren bezeichnet. Denn immer, wenn es galt, das herrschende kapitalistische System zu verteidigen, dann waren Studenten mit an der Spitze. 1919 kämpften sie in den Freikorps gegen die revolutionären Arbeiter. 1933 halfen sie aktiv beim Aufbau des Nazi-Regimes mit. Nur wenige proletarische und auch bürgerliche Studenten, wie die Geschwister Scholl, erkannten, was da an den Universitäten vor sich ging. Doch die studentische Opposition blieb klein.

Nach dem 2. Weltkrieg änderte sich in dieser Hinsicht vorerst nicht viel. Zwar wurden auch die Universitäten offiziell „entnazifiziert“. Der Geist, in dem die Studenten erzogen wurden, änderte sich kaum. Die Herrschenden in Wirtschaft und Staat hatten lange Zeit keine Schwierigkeiten an den Hochschulen.

Das studentische politische Engagement war so lange gewünscht, als es im Sinne der Herrschenden geschah. Beispiele hierfür sind die Fluchthelferaktionen Berliner Studenten nach dem Mauerbau, studentische Demonstrationen zum 17. Juni und „Päckchen nach drüben“ – Aktionen. Damals jubelte „Bild“ über unsere Studenten.

Das Blatt wendete sich. Was war geschehen? Die herrschende Lehre an den westdeutschen Hochschulen war unkritisch und reaktionär. Demzufolge wurden die Studenten auch nicht auf eine kritische Einstellung gegenüber Staat und Gesellschaft orientiert. Ihre Einstellung änderte sich, als sie merkten, daß das Gelernte für die Ansprüche, die im Beruf gestellt wurden und die sie sich selber stellten, nicht mehr genügte. Der fortschrittliche Teil durchschauten das hohle Gerede vieler Professoren, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmte. An ihrer eigenen Lage erkannten sie, wie wenig demokratisch Universitäten, Staat und Gesellschaft sind.

Die immer wieder verschleppte Hochschulreform war die materielle Ursache der Studentenproteste. Die von den Studenten geforderte Reform bezog sich nicht nur auf besseres Essen in der Mensa, auf größere Hörsäle und höhere Stipendien, sondern auch auf Mitbestimmung an der Universität. Auf Chancengleichheit für Arbeitnehmer und Abschaffung reaktionärer Bildungsinhalte. Bittschriften und Petitionen zur Hochschulreform wurden von den Herrschenden stillschweigend übergangen. So schritt der fortschrittlichste Teil der Studenten zur Tat. Rek-

toratsübergaben, die wie ein Zeremoniell aus dem Mittelalter anmuten, wurden gesprengt. Der Rektor wurde nicht mehr mit „Magnifizenz“ und der Institutsleiter nicht mehr mit „Spektabilität“ angesprochen.

Die Mitbestimmung wurde aber dadurch nicht größer. Zwar durften an den großen Universitäten zwei Studenten an den Senatssitzungen teilnehmen. Was da besprochen wird, unterliegt aber der Schweigepflicht. Ihre Position ist ungefähr vergleichbar mit der der Gewerkschafter in den Aufsichtsräten der Montanindustrie.

Die von oben verordnete Hochschulreform wurde vom progressiven Teil der Studenten abgelehnt. Eigene Vorstellungen wurden entwickelt:

- Öffentlichkeit aller Sitzungen
- Wahl des Rektors durch alle Universitätsmitglieder (Studenten, Assistenten, Professoren und Angestellte)
- Berufung von Professoren in Mitbestimmung der Studenten
- Mitbestimmung von Assistenten, Studenten und Angestellten zu gleichen Teilen (Viertelparität).

Die Herrschenden sind nicht bereit, auf diese demokratischen Vorschläge einzugehen. Andererseits benötigen sie gut ausgebildete Kader für Funktionen in Staat und Wirtschaft. Auch sie sehen, daß die Universitätsstruktur veraltet ist und den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht mehr genügt.



„Wenn die Professoren nicht imstande sind, Vorlesungen über Demokratie zu halten, dann müssen wir's eben tun!“

Ihre Vorstellungen gehen aber in die Richtung, Wissenschaftler zu erziehen, denen jede politische Überlegung fremd ist. Die Herrschenden brauchen keine Techniker und Physiker, die um das Wesen einer Gesellschaftsordnung Bescheid wissen. Diesen Überlegungen ist die Mitbestimmung ein Hindernis. Sie brauchen eine „Formierte Universität“, in der alles nach ihren Wünschen läuft. Die kritischen Studenten sollen von oben unter Druck gesetzt werden können.

Der Einfluß der Konzerne ist groß. Die Konzerne haben bei der jetzigen Hochschulstruktur schon große Möglichkeiten, Forschungsaufträge, die vom Staat bezahlt werden und ihren Profiten dienen, an die Universitäten zu vergeben. So forscht die Freie Universität in Westberlin für Siemens, die Universität in Erlangen für AEG und das Chemische Institut in Bochum für ARAL. Den Konzernen liegt jede Mitbestimmungsforderung der Studenten im Magen, denn sie würde sich schließlich auch auf ein Mitspracherecht erstrecken, darüber, was geforscht und gelehrt wird. Sie brauchen „Fachidioten“, die nicht wissen wollen, wozu denn das Produkt verwendet wird, das sie erforschen. Wird es ein neuartiges Rechensystem oder ein elektronisches Steuersystem für Atombomber? Die Industriebosse geben darauf keine Antwort. Sie sehen aber, daß immer größere Teile der Studentenschaft die Frage stellen, wem es nützt, wenn sie etwas erarbeiten. Wissenschaftler wie Petras, Patzelt und Möbius gingen in die DDR, weil sie erkennen mußten, daß sie in den Forschungsstätten fremden, gefährlichen Interessen dienten.

Die Studenten, die die Gefahr erkannten, sind weder bereit, im alten Trott weiterzumachen, noch, sich den Reformvorstellungen der Herrschenden zu beugen. So kommt es immer häufiger zu Seminarbeseitungen und Vorlesungsstörungen.

Genossen, wir haben Fehler gemacht, wird heute vielfach festgestellt. Nach den Seminarbesetzungen wurde oft der Versuch unternommen, eigene Veranstaltungen zu organisieren, in denen die Forderung nach kritischer Lehre verwirklicht wird. Immer häufiger kommt es dabei jedoch zum Polizeieinsatz an den Universitäten. Die Politiker in Bonn machen ernst mit der Formierung. Deshalb ist es wichtig, daß die Aktionen der Studenten von breiten Kreisen der Arbeiter verstanden werden. Dem laufen Demonstrationen zuwider, wie sie in Westberlin und Frankfurt/Main vorkamen.

Angesichts zerbrochener Schaufesterscheiben zieht die Forderung der Bildzeitung: „Wir lassen uns nicht mehr auf der Nase herumtanzen“. (Bild am 29.1.1969)

Die Studenten werden sich entscheiden müssen. Für eine fortschrittliche Hochschulreform oder elitären Putschismus. Sie werden auch begreifen müssen, daß diese Reform nicht möglich ist, wenn die Studenten von der breiten Bevölkerung isoliert sind. Die Aktionen zur Verhinderung der Notstandsgesetze waren ein Hebel der gemeinsamen Frontbildung. Der Kampf um Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft muß der nächste sein. Denn hier treffen sich die Forderungen der Arbeiter und Studenten:

- Mitbestimmung im Betrieb über Profite und Produktion, um die Alleinherrschaft der Monopole zu brechen.
- Mitbestimmung an der Universität im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Auch die Mitbestimmung in diesem Bereich ist nur dann zu erreichen, wenn der Einfluß der Konzerne und der autoritären Professoren gebrochen wird.

FORTSETZUNG VON SEITE 19

desjugendring herstellen läßt. Wichtig sind aber auch die gemeinsamen weitergehenden, auf das Klasseninteresse der Arbeiterjugend orientierten Aktionen, zu denen sich Gewerkschaftsjugend, Falken, Naturfreundejugend, SDAJ, Solidaritätsjugend und Junge Christliche Arbeitnehmer zusammenfinden können, ohne auf Bremer und Formierer Rücksicht nehmen zu müssen. Die Probleme liegen auf der Straße: Berufsausbildungs-Notstand, Unternehmerwillkür, entmündigte Jugend bei Wahlen und in der Bundeswehr, Abbau der Demokratie und forcierte Rüstung.

Zur Lösung dieser Probleme reicht die Lobby-Haltung nicht aus, die einige Jugendfunktionäre für das El des Kolumbus halten: „Mal mit den Abgeordneten plaudern, vielleicht läßt sich was machen.“ Integration in das Establishment kam noch stets leichter dabei heraus als Fortschritt. Was die Etablieren nicht leiden können, sind die Aktionen der Jugend.

Das Programm dafür bilden die Beschlüsse der Arbeiterjugend.

Fangen wir also an.

Preisrichter Kühn

Von Horst Stuckmann

Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, hat dem linken Schriftsteller Günther Wallraff auf Empfehlung einer Jury den Förderpreis von NRW überreicht und nach einem Angriff der CDU wegen der Person des Preisträgers erklärt, den Förderpreis künftig nur noch solchen Schriftstellern verleihen zu wollen, „die in der freiheitlich demokratischen Grundordnung verwurzelt sind“. Ferner drohte Kühn, wie auch Politikerkollegen andernorts, Studenten, die sich angeblich des Aufruhrs schuldig machen, von den Hochschulen zu verweisen. Wallraff hat aus Protest gegen diese Maßnahmen seinen Preis zurückgegeben.

GRIECHENLAND IST DAS KONZENTRATIONSLAGER EUROPAS. Nur mit Hilfe der internationalen Organisationen und der sozialistischen Regierungen können wieder demokratische und menschenwürdige Verhältnisse im Ursprungsland der Demokratie geschaffen werden.“ Das wird in einer Erklärung festgestellt, die zu Solidaritätsaktionen mit dem griechischen Volk aufruft. Bei einer geheimen Verhaftungswelle seien führende Funktionäre der Patrioten

Heinz Kühn bläst also zur Jagd auf politisch Andersdenkende. Er will unbedingt seinen Beitrag dazu leisten, daß ein zweitesmal die Demokratie in Deutschland zu Grabe getragen wird. Der linke Phrasendrescher von gestern marschiert heute stramm auf den absoluten Polizeistaat zu.

Kühn will Schriftsteller und Künstler nicht mehr nach fachlichen Kriterien messen. Sie sollen vielmehr seiner Vorstellung von Demokratie huldigen. Die Freiheit der Kunst wird zur klingenden Phrase, der staatlich lizenzierte Hofnarr ist in Sicht. Wie wäre es, wenn sich Herr Kühn die Deutschland-Stiftung zur Jury erwählte? Sie würde ganz sicher nur nach seinem Geschmack entscheiden.

– Herr Kühns Demokratiebegriff werden bald auch die Studenten zu spüren bekommen. Parieren sie nicht; nehmen sie die Grundrechte intensiv in Anspruch, halten sie Freiheit nicht nur für ein Schmuckstück in Sonntagsreden, werden sie die Universitäten bald nur noch von außen sehen. Gründe für Zwangsexmatrikulationen werden Herr Kühn und seine Gesinnungsfreunde immer finden.

Hier wird ihre Phantasie, die Richtung Zukunft erheblich gestört ist, sie bestimmt nicht verlassen. Nur sollte Herr Kühn ganz konsequent sein. Das beste Mittel wird sein, die Universitäten ganz zu schließen und die Studenten abzuschaffen. Ein Volk von Dummköpfen wird parieren, und Herr Kühn und Leute seines Schlages werden ihre Ruhe haben.

Informationen

US BELGISCHE NATIONALKOMITÉE FÜR AKTIONEN DER JUGEND FÜR FRIEDEN UND ABTRÜSTUNG (46 Rue de la Ruche, Brüssel 3) hat wieder zu einer internationalen Demonstration aufgerufen, die am 9. März stattfindet. Motto: „Gegen die Militärblöcke“ und „Für europäische Sicherheit“. Der Abmarsch zur Demonstration erfolgt um 14 Uhr von Grand Sablon in Brüssel. Die deutsche Kampagne für Demokratie und Abrüstung fordert zur Unterstützung der Aktion auf.

DER SDAJ-BUNDESVERSTAND hat den Jugendverband aufgerufen, verstärkt die Öffentlichkeit auf die skandalösen Mißstände in der Berufsausbildung aufmerksam zu machen und Initiativen zu Aktionen zu ergreifen. Gemeinsam mit Mitgliedern anderer Jugendorganisationen und Lehrlingen sollen weitere Protestaktionen durchgeführt werden. An die Parteien richtete der Bundesvorstand einen Offenen Brief, in dem auf die Dringlichkeit eines Berufsausbildungsgesetzes hingewiesen wird.

Die FDJ HAT DIE JUNGEN GEWERKSCHAFTER und Mitglieder der anderen Arbeiterjugendorganisationen der Bundesrepublik eingeladen, sich anzusehen, wie es sich ohne Bankiers und Konzernbosse leben läßt. Die jungen Bundesbürger sollen sich in der DDR davon überzeugen, wie unsere Jugend

Der Trick mit dem Wahlalter — Bundesjugendminister Dr. Heck im März 1966: „Die Fähigkeit, Soldat zu werden, richtet sich nach anderen Kriterien als die Fähigkeit, durch Abgabe der Stimme politische Verantwortung zu übernehmen. Mit gutem Grund beginnt... die bürgerlich-rechtliche Geschäftsfähigkeit auch erst mit 21 Jahren.“ — Bundesjugendminister Dr. Heck im August 1968: „Freudig haben die Parteien den Gedanken aufgegriffen.“ — SPD-Bundesgeschäftsführer Wischnewski im Januar 1969: „Die von allen drei Bundestagsparteien bejagte Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr werde nach seiner Ansicht bei der Bundestagswahl im Herbst nicht mehr zum tragen kommen.“ (Frankfurter Rundschau). Seit dieser Meldung ließen sich Bonner Prominente zum Wahlalter nicht mehr vernehmen. Ihr Ruf nach Reform war nicht ernst gemeint. Ohnehin hatte der „Spiegel“ am 16. Dezember 1968 feststellen müssen: „Dieser Reformfeuer der etablierten Parteien folgt freilich weniger aus einer jähnen Einsicht in die politische Reife 18- bis 20-jähriger als vielmehr, nach den Apo-Aktionen der letzten Zeit, „aus dem Gefühl, man müsse den aufgeregten jungen Leuten etwas geben“ (FAZ).

die wissenschaftlich-technische Revolution meistert, wie die sozialistische Gesellschaft gestaltet wird“, erklärte der Sekretär des FDJ-Zentralrats Erich Rau in einem Interview.

PLAKAT heißt eine periodische Schrift, die Zeitschrift, Poster und Plakat zugleich ist und von einem Arbeitskreis im Club Voltaire Stuttgart gemacht wird. Jede Ausgabe enthält neben politischen Texten ein graphisch und politisch ansprechendes Plakat als praktisches Agitationsmittel. Ein PLAKAT-Abo kostet DM 7,50 per 12 Ausgaben. Anschrift: Peter Grohmann 7012 Fellbach Stuttgart, Jahnstr. 10.

VERLÄNGERT WIRD DIE SPENDENAKTION DES BUNDESJUGENDREHMANNS „HUMANITÄRE HILFE FÜR VIETNAM“ bis zum 31. März 1969. Bisher hat die Spendensaktion innerhalb eines Jahres ca. 45 000 DM eingebracht — ein Betrag, dessen Höhe in Organisationen und Jugendpresse Betroffenheit auslöste. (Jugendpolitischer Dienst: Eine Spendensaktion mit wenig Spenden und ohne Aktion, nicht einmal mit Passion.) Spenden können u. a. auf das Postscheckkonto Köln 30 500 eingezahlt werden.

VON DER ZEITSCHRIFT „SATIRE“ ist jetzt das 3. Heft erschienen, im neuen Gewand — mit vielen Zeichnungen und Texten, auf 16 Seiten erweitert. Von den Textbeiträgen dürfte Dr. Richard Hiepes Interpretation der von Gerhard Marcks geschaffenen Bronzetafeln der Marktkirche zu Hannover besonders interessieren.

Gönner und Interessenten wenden sich an Hans Firzlaff, 3 Hannover-Herrenhausen, Oertweg 14.

DIE SCHRIFTSTELLER DER DORTMUNDER GRUPPE 61 haben alle Arbeiter und Angestellten zu einem Reporten-Wettbewerb aufgerufen. Thema des Wettbewerbs (1000,— DM für Preämien sind ausgeschrieben) ist der Arbeitsalltag. Zentrale Einsende- und Auskunftsstelle: Werkkreis für Literatur der Arbeitswelt, 42 Oberhausen, Josefplatz 3.



STREIT-ZEIT-SCHRIFT VII, 1 Febr. 1969

Pornografie, Dokumente, Analysen, Fotos, Comics
160 Seiten, gebunden, DM 4,—

Die STREIT-ZEIT-SCHRIFT, die Zeitschrift, die den Leser mitmachen läßt. Was ist die STREIT-ZEIT-SCHRIFT? Ein Magazin für die Literatur, ein Magazin gegen die Literatur.

HEINRICH HEINE VERLAG

Für eigene Friedenspolitik des DGB

Noch immer tabu: Kontakte zum FDGB / Von Gerd Siebert

Gut drei Jahre sind vergangen seit der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Heinz Kluncker, im Herbst 1965 ein bis dahin streng gehütetes DGB-Tabu durchbrach und nach Karlsbad in der CSSR reiste, um dort auf einem internationalen Kongress erste Kontakte zu tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Gewerkschaften herzustellen. Ende 1966 tat der DGB mit der Reise einer Abordnung des Bundesvorstandes nach Moskau einen gleichen Schritt. In den folgenden zwei Jahren sind die Spitzenfunktionäre der meisten DGB-Gewerkschaften, ebenso DGB-Vorsitzender Ludwig Rosenberg reihum in die sozialistischen Länder gereist und haben eine Fülle von Verbindungen zu kommunistischen Gewerkschaften hergestellt – bis sie am 21. August 1968 angesichts der Ereignisse in der CSSR einen Anlaß sahen, die Kontakte zu den Gewerkschaften in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn und Bulgarien zu „unterbrechen“. Ein Gewerkschaftsbund war jedoch schon immer tabu, um ihn führten alle die neuen ostpolitischen Aktivitäten herum: der FDGB in der DDR – unser Autor untersucht die Situation auf dem Gebiet gewerkschaftlicher Ostkontakte.

Nachdem im abgelaufenen Jahr mehrere Gewerkschaftstage, wie die Kongresse der Gewerkschaften OTV, Hand-, Banken- und Versicherungen, IG Druck und Papier sowie Deutsche Postgewerkschaft, ferner zahlreiche regionale und zentrale Konferenzen des DGB und von Einzelgewerkschaften die Aufhebung des Kontaktverbotes zum FDGB gefordert hatten, nahm als letzte große DGB-Veranstaltung Ende November auch die 7. Bundesjugendkonferenz dieses unzeitgemäße Tabo unter Beschluß. Die Konferenz forderte, daß unsere Kontakte zu allen Staaten des Warschauer Paktes gleichmäßig gestaltet werden.“ Eine Diskriminie-

vom 13.12.1968 „deutlich gemacht, daß die Kontaktbemühungen des DGB und seiner Gewerkschaften mit gewerkschaftlichen Organisationen in den Ländern des Ostens ein Beitrag zur neuen, auf Entspannung gerichteten Ostpolitik der Bundesregierung sind und daß diese Politik auch nach den Ereignissen in der CSSR fortgesetzt werden muß“. Von Kontakten zum FDGB wollte Stephan in diesem Zusammenhang nichts wissen.

Das ist genau die Konzeption der selektiven Kontaktanbahnung unter dem Aspekt der außenpolitischen Erfordernisse Bonns, die von der Jugendkonferenz in Braunschweig ausdrücklich zurückgewiesen worden war. Dieser Politik entspricht auch die fortwährende Weigerung des DGB-Bundesvorstandes, das Kontaktverbot zum FDGB aufzuheben, wie das ebenfalls von der Jugendkonferenz und von zahlreichen anderen Gewerkschaftskonferenzen verlangt worden ist.

Für das Kontaktverbot zum FDGB der DDR werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund verschiedene Gründe angeführt, die von Zeit zu Zeit wechseln. Vor dem Bau der Berliner Mauer waren es allein die „Staatsgewerkschaften“, die es dem DGB unter seiner Würde erscheinen ließen, mit dem FDGB zu sprechen. Nach der Mauer ist es diese selbst und ihre Rechtfertigung durch die DDR-Gewerkschaften, die für den Kontaktstopp herhalten müssen, neuerdings die Beteiligung der DDR an der Aktion der Fünf in der CSSR.

Aber auch gegen die Ostkontakte im allgemeinen, die ja in den letzten drei Jahren „hoffähig“ geworden sind, hatte der DGB fast zwanzig Jahre lang eine ganze Menge einzuhenden. Bevor er den Beschuß zur Kontaktaufnahme zu kommunistischen Gewerkschaften – soweit sie keine deutschen sind – faßte, hatte er, so schien es, ebenso gute Gründe gegen wie danach für einen solchen Schritt. Bevor Heinz Kluncker aus der UdSSR zurückkam und feststellte, „... aber das Propagandaklischee von der Antreiberoorganisation wurde nirgends bestätigt“, da war es eben diese „Antreiberoorganisation“ gewesen, die jeden Gedanken an eine Kontaktaufnahme am Tabu ersticken ließ.

Dies sei in aller Sachlichkeit ohne jede polemische Absicht festgestellt, und zwar weil daran deutlich wird, daß

+ erstmals jahrelang propagierte Standpunkte – also auch jener in bezug auf den FDGB – nicht richtig und unveränderbar sein müssen, + weltweit wohl weniger moralische Wertungen als vielmehr politische Zweckmäßigkeit ausschlaggebend sind für das Ingangsetzen bzw. Unterlassen diesbezüglicher Initiativen.

ung einzelner Staaten oder Organisationen – „wie die DDR und der FDGB“ – dürfen nicht erfolgen.

Die Jugendkonferenz erklärte weiter: „Die Bemühungen des DGB und seiner Gewerkschaften um eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Arbeitnehmer-Organisationen kann nur dann erfolgreich sein, wenn gleichzeitig die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und allen Staaten des Warschauer Paktes normalisiert werden. Dazu gehört auch auf Dauer eine Anerkennung der DDR“. Damit haben die Delegierten von 600.000 jungen DGB-Gewerkschaftern deutlich gemacht, daß sie die in jüngster Zeit zu gleichartigen Aktivitäten des Bonner Außenamtes parallel laufenden gezielten Kontaktbemühungen zu Gewerkschaften sozialistischer Länder, bei denen man Kontrapunkte zu Moskau sieht oder erwartet, nicht für richtig halten. Solche selektiven „Ostkontakte“ des DGB müssen zwangsläufig in den Geruch antisowjetischer Strategie geraten und letztlich auch jenen, denen sie angetragen werden, suspekt erscheinen.

Für das Kontaktverbot zum FDGB der DDR werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund verschiedene Gründe angeführt, die von Zeit zu Zeit wechseln. Vor dem Bau der Berliner Mauer waren es allein die „Staatsgewerkschaften“, die es dem DGB unter seiner Würde erscheinen ließen, mit dem FDGB zu sprechen. Nach der Mauer ist es diese selbst und ihre Rechtfertigung durch die DDR-Gewerkschaften, die für den Kontaktstopp herhalten müssen, neuerdings die Beteiligung der DDR an der Aktion der Fünf in der CSSR.

Aber auch gegen die Ostkontakte im allgemeinen, die ja in den letzten drei Jahren „hoffähig“ geworden sind, hatte der DGB fast zwanzig Jahre lang eine ganze Menge einzuhenden. Bevor er den Beschuß zur Kontaktaufnahme zu kommunistischen Gewerkschaften – soweit sie keine deutschen sind – faßte, hatte er, so schien es, ebenso gute Gründe gegen wie danach für einen solchen Schritt. Bevor Heinz Kluncker aus der UdSSR zurückkam und feststellte, „... aber das Propagandaklischee von der Antreiberoorganisation wurde nirgends bestätigt“, da war es eben diese „Antreiberoorganisation“ gewesen, die jeden Gedanken an eine Kontaktaufnahme am Tabu ersticken ließ.

Dies sei in aller Sachlichkeit ohne jede polemische Absicht festgestellt, und zwar weil daran deutlich wird, daß

+ erstmals jahrelang propagierte Standpunkte – also auch jener in bezug auf den FDGB – nicht richtig und unveränderbar sein müssen, + weltweit wohl weniger moralische Wertungen als vielmehr politische Zweckmäßigkeit ausschlaggebend sind für das Ingangsetzen bzw. Unterlassen diesbezüglicher Initiativen.

Dies sei in aller Sachlichkeit ohne jede polemische Absicht festgestellt, und zwar weil daran deutlich wird,

+ erstmals jahrelang propagierte Standpunkte – also auch jener in bezug auf den FDGB – nicht richtig und unveränderbar sein müssen, + weltweit wohl weniger moralische Wertungen als vielmehr politische Zweckmäßigkeit ausschlaggebend sind für das Ingangsetzen bzw. Unterlassen diesbezüglicher Initiativen.

Termine

3.–9. März 1969: Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Köln

24. März 1969: DGB-Kundgebung „Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit“ Essen

28./30. März 1969: Osterdemonstrationen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung

3. April 1969: Antragschluß zur Bundeskonferenz der SJD – Die Falken

11.–13. April 1969: Gewerkschaftsjugendtag der IG Bau, Steine, Erden; Nürnberg

12./13. April 1969: 1. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Essen

16. April 1969: Prozeß gegen Beste Klarsfeld, 2. Instanz, Westberlin

16./18. April 1969: Außerordentlicher Parteitag der SPD, Bad Godesberg

28.–30. April 1969: Konferenz der IG Druck und Papier mit Berufsschullehrern, Springen/Ts.

6. Mai bis 29. Juni 1969: Ruhrfestspiele in Recklinghausen

9.–11. Mai 1969: Wahlkongress der NPD, Beethovenhalle (I) in Bonn

elan Magazin

„Rekrutenabschied“ der APO

Warum Mülheimer Wehrpflichtige ihre Wehrpässe verbrannten

Von Bernd Schönauer



Michael Schlossmacher (rechts)

Am 14. Januar flogen auf dem Berliner Platz in Mülheim/Ruhr neun Wehrpässe auf die Straße. Neun junge Mülheimer protestierten dagegen, in eine Armee eingezogen zu werden, die zu einer Bürgerkriegstruppe ausgebaut wird und die von Alt- und Neonazis durchsetzt ist.

Anlaß zu dieser Aktion war die Weigerung des Vorsitzenden des Republikanischen Clubs, Michael Schlossmacher, sich ausbilden zu lassen, um später vielleicht auf den eigenen Bruder schießen zu müssen. So lautete die Begründung, mit der er am 2. 1. 69 seinen Wehrpaß zurückschickte und sich dann versteckt hielt, da er am 2. 1. in Münster in der Kaserne hatte seinen Dienst beginnen sollen. Zwölf Tage suchten Feldjäger und Polizei vergeblich nach dem jungen Demokraten, der jeden Augenblick mit seiner Verhaftung rechnen mußte. Am 14. Januar war er nicht mehr allein. Neun Mülheimer schlossen sich seinem Protest an und veranstalteten eine Kundgebung, bei der Michael Schlossmacher zu 300 Jugendlichen sprach.

„Die Bundeswehr ist eine Brutstätte des Neofaschismus. Ich wende mich an die Öffentlichkeit, damit immer mehr Menschen erfahren, was in unserem Land vorgeht.“

Anschließend begleiteten ihn SDAJ, Republikanischer Club und Kriegsdienstverweigerer zum Bahnhof, von wo er in seine Kaserne nach Münster fuhr. Er werde, so erklärte er nochmals vor seiner Abfahrt, keine Waffe anfassen.

Go-in im Stadtjugendring

SDAJ-Aktion gegen Jugendestablishment

Von Werner Winter

Die SDAJ in Niederberg bei Düsseldorf beantragte vor 4

Monaten ihre Aufnahme in den Stadtjugendring von Neviges. Nach 2 Monaten erfuhr die SDAJ, daß sie abgelehnt wurden. Begründung: Sie betreibe noch kein Jahr Jugendarbeit.

Nach Bekanntwerden dieser Entscheidung veranstalteten die Mitglieder der SDAJ ein go-in im Jugendring. Sie trugen Transparente mit sich, wie: „Wird durch das Stadtjugendring die Jugendpolitik verpennt?“ Der Protest der SDAJ richtete sich auch dagegen, daß „rüstige Vierziger“ die Belange der Jugend vertreten sollen. Rainer Köster, der Vorsitzende der SDAJ, kreidete diesen Mißstand an: „Man kann doch nicht erwarten, daß diese Leute die Probleme der Jugend verstehen und dann auch eine vernünftige Arbeit machen!“

Kösters Versuche, sich in dieser Sitzung Gehör zu verschaffen, scheiterten an der starren Haltung der Vertreter der Sportvereine. Diese wollten keine politische Diskussion. Die SDAJ hat inzwischen den Antrag gestellt, Mitglied im VVN unter Hinweis auf Veröffentlichungen des SPD-Pressedienstes von 1958 aufmerksam gemacht. Die Steuerzahler werden dafür jährlich mit 1 Milliarde 371 Millionen

Stargagen für Altnazis

Einsatz für Führer, Volk und Vaterland wird honoriert

Von Werner Maletz

„Nazi müßte man gewesen sein“, erklärte Gerstenmaier, als er 283 000 DM Abfindung als „Verfolgter des Naziregimes“ erhielt. Der verfolgte Gerstenmaier hatte damit nicht unrecht, denn ehemalige Nazi-Funktionäre erhielten von 1945 bis jetzt rund 30 Milliarden an Pensionen und Renten. Summen, die mit Gerstenmaiers Wiedergutmachung vergleichbar sind und das zigfache der Mittel für einfache Nazi-Opfer ausmachen. Darauf hat jetzt die VVN unter Hinweis auf Veröffentlichungen des SPD-Pressedienstes von 1958 aufmerksam gemacht. Die Steuerzahler werden dafür jährlich mit 1 Milliarde 371 Millionen



Rehse

belastet. Einige Ziffern sollen verdeutlichen, wie es sich als Faschist leben läßt.

In den 20 Jahren wurden bezahlt:
für einen Nazi-Staatssekretär bis zu 648 000,- DM,
für einen General bis zu 600 000 DM,
für einen Divisionsgeneral bis zu 600 000 DM,
für einen Brigadegeneral bis zu 600 000,- DM,
für einen Obersten bis zu 600 000,- DM.

Doch auch Verdienste anderer Art werden von der Bonner Regierung honoriert. So bezog der Beisitzer an Freislers Blutgerichtshof, Rehse, der unter skandalösen Umständen freigesprochen wurde, bis auf den heutigen Tag Pensionsbezüge in Höhe von 270 000,- DM. Der ehemalige Stellvertreter Görings, Generalfeldmarschall Milch, bekam 280 000,- DM. Doch nicht genug damit. Alle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen behalten den Rentenanspruch, den ihnen das Dritte Reich zugebilligt hatte. Wenn also ein SS-Mann in der „Reichskristallnacht“ sich beim Sturm auf eine Synagoge oder beim KZ-Dienst den Fuß verknackte, bekommt er aus bundesdeutschen Steuergeldern Entschädigung. Wer sagt da noch, daß die Bundesregierung nicht großzügig in Fragen der Wiedergutmachung ist? ■



Kiesinger und Kollegen perfekt im Notstand



Spanien '69: Ausnahmezustand

elan-Mitarbeiter Carsten Linde sprach mit den Sängern des spanischen Widerstandes Joan & José

elan: Wie beurteilt ihr die Lage in Spanien nach der Verhängung des Ausnahmezustandes durch das Franco-Regime?

Joan & José: Für uns ist der Ausnahmezustand nichts Neues, da er schon seit 30 Jahren in Spanien herrscht. Die Artikel der Verfassung, die jetzt außer Kraft gesetzt sind, z. B. die Pressefreiheit, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, konnten in Spanien nie verwirklicht werden. Erschien in einer Zeitschrift ein Artikel, der sich kritisch mit den herrschenden Zuständen befaßte, so wurde die Zeitschrift sofort für einige Monate verboten. Aus diesem Grund fanden die Redakteure selten den Mut, ihre Meinung zu äußern und ihre in der Verfassung festgelegten Grundrechte auszunutzen. Ein Beispiel hierfür ist die Zeitung von Opus Dei, eine sehr reaktionäre Wochenzeitung, die ihr

größern. Viele unserer Genossen sind schon verhaftet worden (man spricht von 3000 in einer Woche) und viele werden noch ins Gefängnis gehen müssen. Die meisten Führer der Studentenbewe-

Erscheinen für zwei Monate einstellen mußte. In gewisser Hinsicht empfinden wir den Ausnahmezustand als etwas Positives: Er schafft Klarheit. Die Regierung behauptet, dieser Ausnahmezustand richtete sich gegen eine kleine, radikale Minderheit von Anarchisten, Kommunisten und Leuten, die vom Ausland bezahlt werden. Beim großen Streik der Studenten im Jahre 1962, als die Bewegung anfing und die Opposition sich formierte, wurde der Ausnahmezustand nur über Studierende verhängt. Im Jahre 1968 rebellierten die Basken und der Ausnahmezustand galt nur für das Baskenland. Und jetzt auf einmal soll wegen der kleinen Minderheit in Barcelona oder Madrid über das ganze Land der Ausnahmezustand herrschen. Das beweist, daß die Opposition in ganz Spanien zu finden ist. Vielen Menschen sind durch die jetzige Situation die Augen geöffnet worden und immer mehr fangen an zu begreifen, was die Regierung will. Durch die brutal und offen ausgeübte Gewalt wird sich die Opposition ver-

Das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband hat am 12. Februar der Informationsminister Francos, Manuel Fraga Iribarne, erhalten. „Für seine Verdienste als Befürworter der deutsch-spanischen Zusammenarbeit“ hieß es in Bonn. Gleichzeitig erschien in deutscher Sprache eine neue Ausgabe des vom spanischen Informationsminister herausgegebenen Informationsblattes „Spanien jede Woche“. Das Blatt unterrichtet seine Leser über den Skisport bei Madrid, über die Entwicklung der Landwirtschaft in Spanien und vermerkt die Erhöhung der Bruttoeinkommen (ohne die Deviseeinnahmen durch spanische Arbeiter in der BRD zu registrieren).

Daß über Spanien der Aus-

nenahmezustand verhängt wurde, daß Hunderte von Studenten und Arbeiter ohne Gerichtsbeschuß sich in Haft befinden, daß streikende Arbeiter zusammengeknüppelt werden und auch zahlreiche katholische Geistliche gegen ihre Bischöfe rebellieren, wird mit keinem Wort erwähnt.

Darüber hinaus hat die spanische Regierung dem Ausland gegenüber an Prestige verloren. Die von ihr herbeigeführte Situation in Spanien wird die Erfüllung ihrer Pläne – sie will in die NATO und in die EWG – erschweren. Die Anzahl der Touristen wird sich wahrscheinlich verringern und damit eine wichtige Devisenquelle Spaniens getroffen werden.

elan: Merkt die spanische Bevölkerung etwas von der Verhaftungswelle? Wie sind die Möglichkeiten der Information?

J. & J.: Die unmittelbar Betroffenen, wie die Verwandten und Freunde der Verhafteten wissen natürlich Bescheid. Aber auch in Spanien ist es so, daß sehr viele Leute außer der Sportzeitung keine andere Zeitung kaufen. Die unpolitischen Menschen werden sich wenig um das kümmern, was um sie herum vorgeht. Aber die Interessierten können sich Nachrichten verschaffen. Sie sind nicht isoliert, auch wenn die Informationen manchmal schwierig zu bekommen sind. Die Opposition in Spanien ist sehr gut unterrichtet. Zum größten Teil durch die ausländische Presse und Sender, die vom Ausland nach Spanien senden.

elan: Innerhalb welcher Bevölkerungsschichten formiert sich der Widerstand am meisten?

J. & J.: Die Arbeiterräte, zu denen auch die Mitglieder der politischen Parteien der Kommunisten, Sozialisten und Katholiken gehören (alle sind illegal) opponieren gegen Franco. In der Studentenschaft mit der demokratischen Studentengewerkschaft formiert sich der Widerstand. Viele junge Priester haben begriffen, daß die Kirche – genau wie die Universität – eine reaktionäre Institution ist, die das Regime unterstützt. Sie verzichten auf das Geld der Regierung und gehen in die Fabriken. Die Intellektuellen, die Professoren und Schriftsteller, usw. gehören zur Opposition.

Vor dem Ausnahmezustand unterzeichneten 600 Intellektuelle ein Manifest, das die Repressionen der staatlichen Organe gegenüber den Arbeitern und Studenten verurteilt. Diese Gruppen wurden am stärk-

gungen und die Arbeiterräte sind aus diesem Grunde schon untergetaucht, um die Weiterführung der oppositionellen Arbeit zu gewährleisten.

In den letzten Monaten ist die Repression noch härter geworden. Gegen Oppositionelle wendete man Folter-Methoden an, wie z. B. Elektro-Schocks an den Genitalien. Viele der Verhafteten wurden so fertig gemacht, daß sie sich das Leben nehmen wollten.

elan: Wie sieht der Widerstand gegen Franco-Spanien aus?

J. & J.: Die Möglichkeiten des Widerstandes sind geringer, „legaler“ Widerstand ist unmöglich geworden. Daher müssen die Aktionen gezielter und härter werden.

Die Arbeiter haben begriffen, daß Staat und Kirche nicht ihre Interessen vertreten. Es ist nicht mehr ihr Staat und ihre Kirche. Die Priester werden aufgefordert, aus der Kirche auszutreten. Die Studenten kämpfen nicht für Universitätsangelegenheiten. Sie kennen keine Trennung von Universität und Gesellschaft. Jede Gruppe arbeitet daran, die Diktatur zu beseitigen.

Die Arbeiter sagen:
Priester im Arbeiterkampf – ja, Priester mit der Kirche – nein. Studenten im Arbeiterkampf – ja, Studenten in der Universität – nein.

Vor drei Tagen streikten die Arbeiter an den Hochöfen in Bilbao und die Fabrik mußte stillgelegt werden.

In Madrid wurden Flugblätter verteilt, die zum offenen Widerstand aufriefen.

Die Gewalt der Regierung ist jetzt sichtbarer geworden und das wird zur größeren Politisierung der Bevölkerung führen. Die stärker werdende Repression zeigt, daß die Regierung die Lage nicht mehr so fest in der Hand hat.

elan: Welche Möglichkeiten der Solidarität mit dem Widerstand in Spanien bestehen für deutsche Demokraten (Spenderkonto, Boykott, Demonstrationen)?

J. & J.: Es gibt natürlich ein Spenderkonto, wir können die Konto-Nummer jedoch nicht veröffentlichen. In Paris hat eine Kommission der Arbeiterräte, die aus Katholiken und Kommunisten besteht, ihren Sitz. Alle Spenden werden von ihr nach Spanien weitergeschickt und an die Arbeiter und Verwandten der Verhafteten verteilt. elan-Leser können Spenden an die Redaktion senden, welche diese dann über uns nach Paris weiterleitet. Das ist die einzige Mög-

keit, von der Verhaftungswelle betroffen.

In den letzten Monaten ist die Repression noch härter geworden. Gegen Oppositionelle wendete man Folter-Methoden an, wie z. B. Elektro-Schocks an den Genitalien. Viele der Verhafteten wurden so fertig gemacht, daß sie sich das Leben nehmen wollten.

elan: Wie sieht der Widerstand gegen Franco-Spanien aus?

J. & J.: Die Möglichkeiten des Widerstandes sind geringer, „legaler“ Widerstand ist unmöglich geworden. Daher müssen die Aktionen gezielter und härter werden.

Die Arbeiter haben begriffen, daß Staat und Kirche nicht ihre Interessen vertreten. Es ist nicht mehr ihr Staat und ihre Kirche. Die Priester werden aufgefordert, aus der Kirche auszutreten. Die Studenten kämpfen nicht für Universitätsangelegenheiten. Sie kennen keine Trennung von Universität und Gesellschaft. Jede Gruppe arbeitet daran, die Diktatur zu beseitigen.

Die Arbeiter sagen:
Priester im Arbeiterkampf – ja, Priester mit der Kirche – nein. Studenten im Arbeiterkampf – ja, Studenten in der Universität – nein.

Vor drei Tagen streikten die Arbeiter an den Hochöfen in Bilbao und die Fabrik mußte stillgelegt werden.

In Madrid wurden Flugblätter verteilt, die zum offenen Widerstand aufriefen.

Die Gewalt der Regierung ist jetzt sichtbarer geworden und das wird zur größeren Politisierung der Bevölkerung führen. Die stärker werdende Repression zeigt, daß die Regierung die Lage nicht mehr so fest in der Hand hat.

elan: Welche Möglichkeiten der Solidarität mit dem Widerstand in Spanien bestehen für deutsche Demokraten (Spenderkonto, Boykott, Demonstrationen)?

J. & J.: Es gibt natürlich ein Spenderkonto, wir können die Konto-Nummer jedoch nicht veröffentlichen. In Paris hat eine Kommission der Arbeiterräte, die aus Katholiken und Kommunisten besteht, ihren Sitz. Alle Spenden werden von ihr nach Spanien weitergeschickt und an die Arbeiter und Verwandten der Verhafteten verteilt. elan-Leser können Spenden an die Redaktion senden, welche diese dann über uns nach Paris weiterleitet. Das ist die einzige Mög-

lichkeit. Wir können die Kontonummer nicht bekanntgeben. Gemeinsame Demonstrationen mit Spaniern und Deutschen müssen organisiert werden, in jeder Stadt, vor dem spanischen Konsulat oder vor spanischen Institutionen wie Banken, Handelskammern usw. Noch eine Möglichkeit wäre es, auf die deutsche Regierung einzuwirken, daß sie durch Boykotte oder Abbruch der Beziehungen Franco-Spanien beeinflußt, oder aber, falls man diese Forderungen ignoriert, eine neue Regierung zu wählen.

elan: Welche Aufgaben wollt ihr in Deutschland durch eure Lieder und Teach-Ins erfüllen?

J. & J.: Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung ist über die Zustände in Spanien gar nicht oder ungenügend informiert und wir versuchen, sie aufzuklären, indem wir Lieder, Informationen und Diskussion miteinander verknüpfen. Nur wenige würden sich für einen trockenen Vortrag interessieren – über das Medium der Musik kann man jedoch besser an die Menschen herankommen. Das gleiche gilt für die spanischen Arbeiter hier in Deutschland. Sie sind unsere größte Aufgabe. Nach unserem Liedvortrag folgen Diskussionen über Demokratie und den spanischen Staat und dadurch Aufklärung und ein politischer Bewußtwerdungsprozeß. Wir halten nach der ersten Begegnung weiter Kontakt mit jedem unserer Landsleute und sprechen immer wieder über politische und soziale Probleme. Die Spanier haben im Gegensatz zu den Deutschen eine revolutionäre Liedtradition und nicht so ein verkrampftes Verhältnis zum Lied wie viele deutsche Genossen. Das Liedersingen macht nur ein Prozent unserer politischen Tätigkeit aus. Niemand kann Lieder über einen Streik schreiben, der noch nie gestreikt hat oder über das Gefängnis, wenn er noch nie darin gesessen hat. Lieder allein können die Verhältnisse nicht ändern, jedoch können sie mit dazu beitragen.



Das Beispiel Columbia

US-Soldatencafés
gegen
Vietnam-Aggression

Von Anthony Swift

In Columbia (Südkarolina) erschien eines Tages an einem Laden ein Schild, daß hier ein „GI-Café“, ein Café für Soldaten also, seine Pforten geöffnet habe. Die Soldaten des benachbarten Fort Jackson wurden eingeladen, beim Schlürfen eines leichten Drinks oder beim Tanz gute Unterhaltung zu genießen: Rezitationen namhafter Autoren, Auftritte bekannter Schauspieler und gute Musik. Die Atmosphäre dieses Kaffeehauses wird jedoch dadurch bestimmt, daß das Programm gegen den Krieg in Vietnam gerichtet ist: vom Text des Songs bis zum Plakat an den Wänden.

„Kommunistisches Komplott!“ schrie das Lokalblatt und forderte den Staatsanwalt auf, „wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung“ einzuschreiten, denn – dort sei Weißen und Negern erlaubt, miteinander zu tanzen. Das ist zwar dem Gesetz nach legal, doch in der Praxis der Südstaaten ein Greuel. Die Denunziation führte zu nichts, so daß das Kaffeehaus von Columbia zum Zentrum aufgeweckter Soldaten von Fort Jackson und Beispiel für andere Städte wurde. Heute gibt es schon mehr als sechzig solcher Cafés, alle in der Nähe von Militärlagern, alle im antimilitaristischen Dienst, alle während achtzehnständiger Öffnungszeit voller Gäste. In Killeen (Texas) besteht ein solches Café nahe Fort Hood mit seiner Besatzung von

23 000 Mann, wie alle seiner Art ohne Alkoholausschank. „Unser Ziel ist, den Soldaten die wahre Bedeutung des Krieges im allgemeinen und des Vietnamkrieges im besonderen klarzumachen“, erklärte der Geschäftsführer. „Man hört von unseren Boys genügend Verwünschungen gegen den Barbas, und da betrachten sie unseren Laden als eine Oase.“ Auch Hochschulstudenten kommen gerne, so daß packende Diskussionen entstehen.

Natürlich tun die herrschenden Organe, was sie nur können, um einen „legalen“ Weg zur Schließung der GI-Cafés zu finden. Die Polizei führt nachts, manchmal ständig, eine Art Razzia durch, beschwerte sich ein Geschäftsführer in Tacoma (Washington). Sie schnüffle nach Drogen und Alkohol, messe die Länge der Mädelnrocke, versuche, sich in politische Gespräche einzumischen oder verlange Einblick in den Wortlaut der Rezitationen. Aber die Aktivisten gegen den Vietnamkrieg denken nicht daran, eine Erdrosselung dieser „Oasen“ zu dulden. Und so breitet sich auch in den USA diese Form des Protests gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam weiter aus.



Experiment in Beat

Die Hamburger „Four Founders“ proben erste Beatoper

Von Jürgen Schmeisser

Die deutsche Popmusik stagniert. Fast alle deutschen Beatgruppen blicken nach England, kopieren englische Hits oder vollziehen Kompositionen im englischen Pop-Stil. Bezeichnend für die deutsche Pop-Situation ist die Frage von Neil Christian, englischer Wahl-Münchner: „Wo bleiben die neuen musikalischen Ideen in Deutschland?“ Eine Hamburger Amateur-Beatgruppe will jetzt den Anfang machen. Die Four Founders aus Hamburg-Blankenese arbeiten zur Zeit an einem großangelegten Experiment, das einmalig in Deutschland dasteht. Antoine, Mike, Rainer und Werner haben eine 2½ stündige Beatoper komponiert – mit moderner Popmusik in deutscher Sprache. Das Stück, „Lulu's Varieté“ genannt, ist die Geschichte eines Variétés, welches in den Zwanziger Jahren zu stattlicher Berühmtheit

gelangte. Der gute Geist des Hauses war die temperamentvolle und geschäftstüchtige Besitzerin Lulu v. d. Heide. Berühmte Stars wie der Tenor Albert Pieper, die Tänzerin Tingel Tangel Daisy und der Akrobat Salto Maxe traten auf. Der Publikumsgeschmack hatte sich jedoch gewandelt. Das Varieté mußte schließen und Lulu baute es in eine Kneipe um. Aber auch die Kneipe rentierte sich nicht. Lulu muß verkaufen. Der künftige Inhaber, ein junger cleverer Manager, will den Laden in ein modernes Beatlokal umbauen. Lulu ruft noch einmal ihre ehemaligen Stars zusammen und beginnt von früheren Zeiten zu träumen. Das Varietéprogramm von damals rollt vor den Zuschauern ab. Zum Schluß wird Lulus Traum jäh unterbrochen. Der neue Besitzer kommt mit einem Schwarm von jungen Handwerkern und Go-Go-Girls. Die Band spielt harte Beatrhythmen. Das Hauptstück der Rahmenthandlung, das Varietéprogramm, ist mit verbeatenen Charlestonklängen, die im Stil etwa der heutigen „Happy-Music“ nahekommen, unter-

legt. Für die musikalische Unterstützung sorgt ein 40-Mann-Orchester, welches ebenfalls aus Amateuren besteht. Gefördert wird das Projekt von dem stellvertretenden Direktor der Hamburger Musäus-Schule, Martin Hettwer. Indessen laufen die Vorbereitungen für „Lulu's Varieté“ auf Hochtouren. Noch im Frühjahr soll die Uraufführung stattfinden. Hoffentlich vermittelt diese erste Beatoper der deutschen Popmusik die schon lange fälligen Impulse. ■

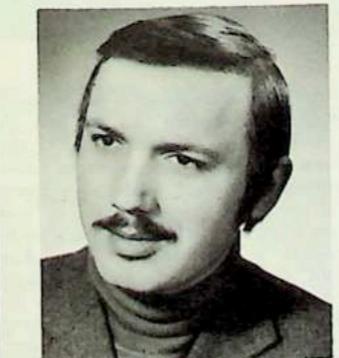
PO PO Provokation

Wie versucht wird, aus dem Verbrechen von Lebach politisches Kapital zu schlagen.

Von Walter Möbius

Drei Tote und zwei Schwerverletzte forderte am 20. Januar der Überfall auf das Munitionsdepot der Bundeswehr in Lebach im Saarland. Springers „Welt“ rätselte am 21. Januar über den Überfall: „Sein Zweck wird auf den ersten Blick nicht deutlich“, doch es dränge sich die Frage auf, „ob eine Aktionsgruppe mit politischer Zielsetzung, auf eine politische Instanz hin, der Bundeswehr einen provozierenden Schlag versetzen wollte.“ Dieser Verdächtigung der Linken im Reichstagsbrand-Pro-

paganda-Stil folgten für das Establishment anstrengende Tage, in denen besonders Kiesinger und Benda keine Gelegenheit versäumten, der demokratischen Opposition fluchtwürdige Kriminalität nachzusagen, der man offenbar durch Vorbeugehaft begegnen müsse. Eilfertige Beamte der niedersächsischen Nachrichtenpolizei (dortige politische Polizei) sind jetzt dazu übergegangen, die rhetorische Frage der Springer-Welt als Dienstanweisung aufzufassen. Am 28. Januar, erschie-



STEFAN KRULL



Fahndungsskizze der Polizei



neue Maschine, brach schon jetzt alle Rekorde.

Sie ist mit einer beweglichen Rumpfspitze konstruiert, da die Piloten wegen des hohen Anstellwinkels nur den Himmel, aber nicht die Piste sehen könnten. Bei hohen Geschwindigkeiten wird das Cockpit hochgeschwenkt und verringert so den Widerstand.

Ein völlig neuer Werkstoff wurde verwendet, dadurch konnte der Rumpf niemals konstruiert werden. Um Lärmelästigungen zu vermeiden, wird die TU 144 erst ab einer Höhe von 12 000 Meter mit Überschallgeschwindigkeit fliegen. Der Reiseflug erfolgt in einer Höhe von 20 000 Meter. Geschwindigkeit: Mach 2.2!!!

zu, daß es sich in diesem Fall um eine gezielte, provokative Verdächtigung gegen einen jungen Menschen handelt, der, und das ist der wahre Grund, als Kriegsdienstverweigerer und junger Sozialist bekannt ist und in der Öffentlichkeit hervorgetreten ist.“ Der Bundesvorstand der SDAJ schließt sich dieser Erklärung des Landesvorstandes an.

Wenn in Lebach Morde geschehen, erscheint in Hannover bei einem SDAJler die Polizei – nicht etwa das Morddezernat, sondern die politische Polizei. Wenn – wie kürzlich in Dortmund geschehen – in den Räumen der SDAJ eingebrochen wird, nimmt nicht das Einbruchsdezernat die Untersuchungen in die Hand, sondern politische Polizei. Im Bundesvorstand der SDAJ wartet man nun gespannt, was geschehen könnte, wenn der SDAJ-Bundesvorsitzende Priemer mit überhöhter Geschwindigkeit durch Essen fährt. Man darf damit rechnen, daß auch dann das 14. (politische) Kommissariat das Bußgeldverfahren bearbeiten wird...

Stellungnahme des Landesvorstandes Niedersachsen der SDAJ: „Erfahrungen aus den Praktiken der Nachrichtenpolizei lassen den Schluß

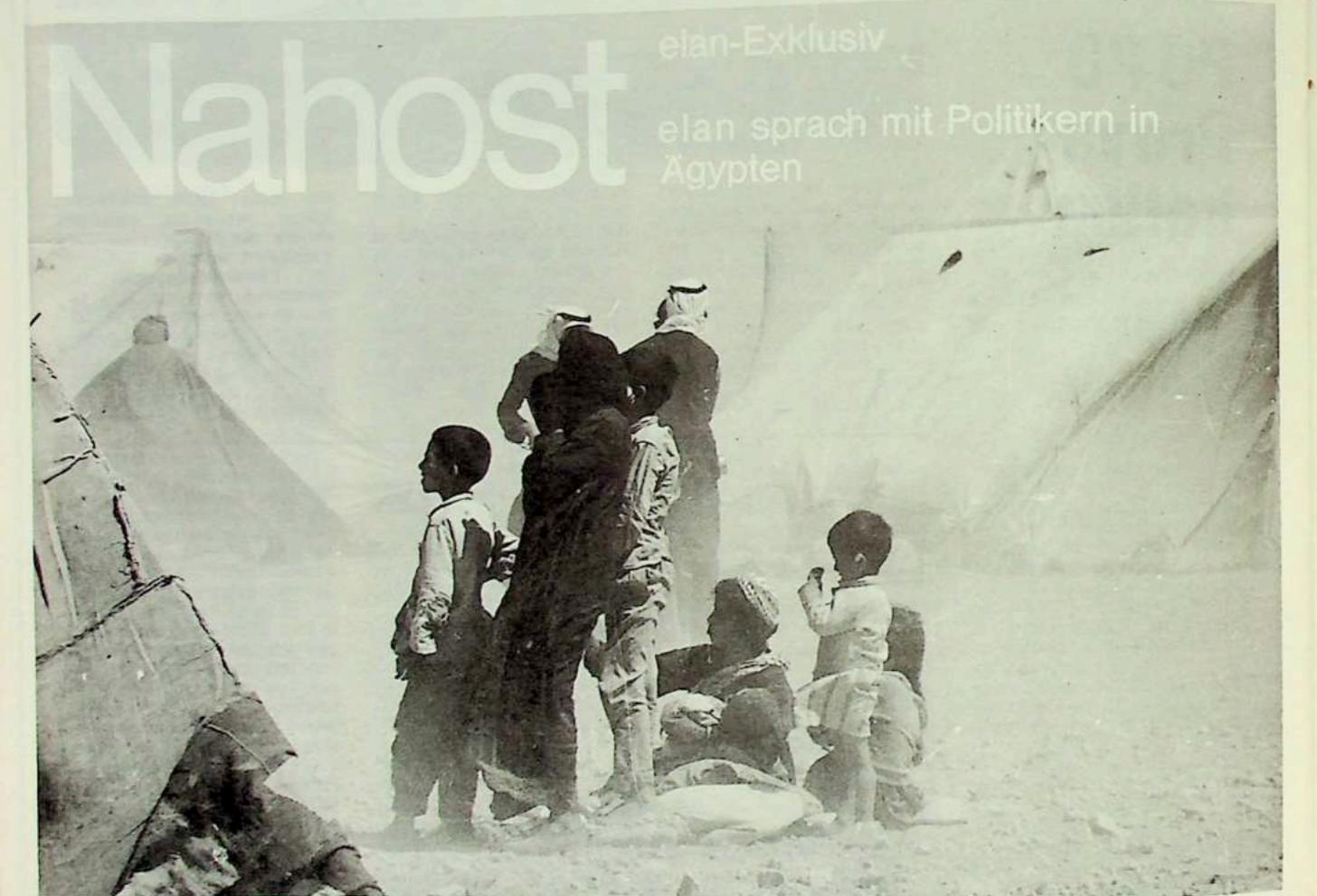
21 Monate liegt der Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern zurück. Aber noch immer vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Überfällen und Terror aus dem Nahen Osten berichtet wird. Erneut müssen wir die Frage stellen: „Wird es Krieg geben im Nahen Osten?“

Während die Regierung Israels sich weigert, die UNO-Beschlüsse zum Konflikt im Nahen Osten zu akzeptieren, macht sich unter den arabischen Politikern, besonders unter denen Ägyptens, eine sachliche und realistische Haltung bemerkbar.

Davon berichten Teilnehmer der 2. Internationalen Konferenz zur Solidarität mit den arabischen Völkern, die Ende Januar in Kairo stattfand. Die Konferenz, an der auch elan-Verleger Karl Heinz Schröder teilnahm, wurde bezeichnenderweise von

den Massenmedien der Bundesrepublik totgeschwiegen. Dürfen wir nicht erfahren, was Nasser wirklich will? Soll die Bevölkerung unseres Landes wieder einmal von den herrschenden Meinungsmanipulatoren in Unwissenheit gehalten werden, um sie für die Unterstützung der Abenteuer der Bonner Freunde in der israelischen Führung bereit zu machen?

Karl Heinz Schröder sprach in Kairo mit Dr. Mufia Shehab, Erster Sekretär der Arabischen Sozialistischen Jugend, der Jugendorganisation der Nasser-Partei. Der Völkerrechtsdozent an der Universität Kairo ist heute 33 Jahre alt. Seiner Organisation gehören 220 000 Jugendliche an. Dr. Shehab hat in Frankreich studiert und kennt die Bundesrepublik und ihre Jugend. „Ich bitte Sie, dieser Jugend meine Anerkennung und meine Grüße zu übermitteln,“ sagte er uns beim Abschied.



Flüchtlingslager in Jordanien. In 22 Resolutionen haben die Vereinten Nationen bisher das Recht der arabischen palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat bekräftigt. Die Konferenz in Kairo: „Israel weigert sich nach wie vor, die Bestimmungen der UNO anzuerkennen.“

Karl Heinz Schröder: Im Jahre 1965 wurde der Verband der Sozialistischen Arabischen Jugend gegründet, dessen Erster Sekretär Sie, Dr. Shehab, sind. Was war der Anlaß zur Gründung dieser Jugendorganisation und welche Ziele verfolgt sie?

Dr. Shehab: Nun, was die Gründe oder Anlässe anbetrifft, die zur Gründung unserer Organisation, der Sozialistischen Arabischen Jugend, geführt haben, so kann ich sagen: es war ganz normal, daß man sich nach Bildung der Arabischen Sozialistischen Union, einer Partei, die alle nationalen Kräfte Ägyptens vertritt, die Gründung einer besonderen Organisation für die Jugend zum Ziel setzte, damit diese Jugendor-

ganisation das spätere Eintreten in die einheitliche Organisation ermöglicht, als die sich die Arabische Sozialistische Union darstellt. Was die Ziele unserer Organisation angeht, so haben die Jugendlichen mit ihren besonderen Eigenheiten und speziellen Problemen immer eine Organisation nötig, in der sie ihre verschiedenen Aktivitäten ausüben können, seien diese nun politisch, künstlerisch, kulturell oder sportlich usw. orientiert, und in der man ihnen vor allem eine politische Bildung ermöglicht, durch die man zur Herausbildung von Kadern gelangt, die später verantwortliche Kader in der Arabischen Sozialistischen Union werden können.

Karl Heinz Schröder: Unsere Leser wird interessieren, unter welchen Formen die Arbeit



Karl Heinz Schröder und Abdel Hadi Nasef, Parlamentsabgeordneter von Suez und Mitglied des Zentralkomitees der Arabischen Sozialistischen Union. Nasef: „Wir haben uns die Überwindung kapitalistischer Strukturen und den Aufbau des Sozialismus im Rahmen eines eigenen Weges zum Ziel gesetzt. Aus diesem Grunde haben wir mit der Nationalisierung der Grundstoff- und Schwerindustrie angefangen. Zu den Veränderungen in unserem Lande gehört die Durchführung der Bodenreform. Jeder wird verstehen können, daß wir zur Erreichung unserer Ziele nicht Krieg, sondern Frieden brauchen.“

Kairo. — Hier fand die II. Internationale Konferenz zur Solidarität mit den arabischen Völkern statt.

nationalen Organisationen in allen Teilen der Welt.

Karl Heinz Schröder: In welcher Weise sind Jugendliche aus den verschiedenen Schichten der Gesellschaft im Jugendverband vertreten? Inwieweit widmet sich der Verband im Zusammenhang mit der in der VAR entstandenen

FORTSETZUNG SEITE 36

Ihres Verbandes sich entwickelt. Vielleicht können Sie uns einiges von den letzten Aktivitäten der Sozialistischen Arabischen Jugend schildern?

Dr. Shehab: Unsere Organisation ist in erster Linie eine politische Organisation. Das aber nicht im Sinne einer bloßen politischen Diskussion oder theoretischer Studien — das ist selbstverständlich grundlegend und vorrangig, das ist auch meine Meinung —, aber das genügt nicht. Wir versuchen vielmehr, eine enge Verbindung herzustellen zwischen dem theoretischen Studium und der Anwendung des Sozialismus in unserem Lande. Aus diesem Grunde stellen wir eine enge Verbindung her zwischen der körperlichen Arbeit, die jeder Jugendliche leisten

muß, und dem gleichzeitigen Studium am politischen Institut unserer Organisation. Nicht wenige Arbeiten und Projekte in unseren Dörfern, auf den Gebieten der Frauenarbeit, des Bildungswesens, der Bekämpfung des Analphabetentums usw., nicht wenige dieser Aktivitäten werden von unseren Jugendlichen in den Dörfern und in den Fabriken ausgeführt und geleitet. Zahlreiche politische Veranstaltungen in verschiedenen Einheiten wurden und werden von unseren Kadern durchgeführt. Das alles selbstverständlich bei gleichzeitiger Organisation künstlerischer und kultureller Veranstaltungen.

Auch auf dem internationalen Sektor hat unsere Organisation nach wie vor sehr enge Beziehungen zu progressiven nationalen und interna-



Jugendfunktionäre diskutieren. Nasser hat gefordert, mit den großen Worten Schluß zu machen. Werden Fakten und Nüchternheit künftig die Haltung der VAR bestimmen? Ein Indiz: Die offiziöse Zeitung Al Achram verurteilte „Zeitpunkt und Art und Weise“ der öffentlichen Hinrichtung von 14 angeblichen israelischen Spionen im Irak. Die Zeitung: Die Zurschaustellung von 14 Leichen sei kein Anblick, der Begeisterung auslöse. Das Vorgehen des Irak biete Israel eine Gelegenheit für eine antiarabische Propagandakampagne.

Mitglieder der Arabischen Sozialistischen Jugend: Aufbauarbeiten, vormilitärische Ausbildung und Arbeit für die Industrialisierung des Landes und in Krankenhäusern.

Suez ist heute eine Stadt ohne Frauen und Kinder. Von den 260 000 Einwohnern der im Schußbereich der israelischen Artillerie liegenden Stadt mußten 200 000 evakuiert werden. — Diese zerstörte Öl-Raffinerie wurde von der israelischen Armee beschossen und bombardiert. Der Schaden: rund 162 Mill. Dollar. Ein schwerer Verlust für das sich aus kolonialer Abhängigkeit befreite Land.

Was Nasser wirklich will

Warum haben wir die UNO-Entschließung akzeptiert?

Von Präsident Abdel Nasser



Unser Volk, unsere Nation wollen nicht mehr eine nur auf Worte gegründete Existenz führen. Ich bin davon überzeugt, daß das auch die Meinung eines jeden Bürgers unserer Nation ist. Es ist die tiefe Wahrheit, die in dem Sprichwort „Erzähl mir nichts, laß mich selbst sehen!“ liegt. Die Praxis hat bewiesen, daß Worte wertlos sind, solange nicht eine wirkliche und wirksame Kraft dahinter steht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind wir verpflichtet, mit größtmöglicher Sorgfalt darauf zu achten, daß wir nur Worte gebrauchen, die unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten nicht übersteigen.

Die Entschließung des UN-Sicherheitsrates reicht aus, um die Auswirkungen der Aggression vom Juni 1967 beseitigen zu können. Was das Schicksal Palästinas betrifft, so ist sie jedoch unzureichend. Die VAR erkennt die Haltung der Organisationen des palästinensischen Widerstandes an, die die Entschließung des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 ablehnen — eine Entschließung, die die VAR ihrerseits akzeptiert hat.

Wir lehnen jede Interpretation ab, die dahin tendiert, das Problem der Palästinaflüchtlinge lediglich unter dem Blickwinkel des Mitleids und humanitärer Gefühle zu betrachten. So verhält sich die Sache nicht. Die Sache der Flüchtlinge geht über diesen Rahmen hinaus. Es ist die Sache eines Volkes, es ist die Sache einer Volksrevolution für die Befreiung — diese Sache muß voll und ganz triumphieren.

(Aus „Die Arabische Jugend“, 27. Januar 1969)

Nahost-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967

Der UN-Sicherheitsrat hieß laut AFP am 22. November 1967 folgenden von Großbritannien eingebrachten Resolutionsentwurf zur Lage im Nahen Osten einstimmig gut: „Der Sicherheitsrat gibt seiner ständigen Besorgnis über die ernste Lage im Nahen Osten Ausdruck und unterstreicht, daß es nicht angeht, Territorium durch den Krieg zu erobern, und daß es nötig ist für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben. Er unterstreicht im weiteren, daß alle Mitgliedstaaten, indem sie die Charta der Vereinten Nationen annahmen, sich verpflichtet haben, gemäß Art. 2 der Charta zu handeln. 1. Er肯定t, daß die Einhaltung der Prinzipien der Charta es erfordert, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten errichtet wird, welcher die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien umfassen sollte: a) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten; b) Einstellung jeglicher kriegerischen Erklärung oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Rechtes, in Frieden innerhalb der sicheren und anerkannten Grenzen frei von Drohungen oder von Gewaltakten zu leben. 2. Er stellt im weiteren die Notwendigkeit fest, a) die freie Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren, b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen, c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierten Zonen umfassen. 3. Er ersucht den Generalsekretär, einen Sondervertreter zu bestimmen, der sich nach dem Nahen Osten begibt, um dort Beziehungen mit den interessierten Staaten herzustellen und zu unterhalten im Hinblick darauf, ein Abkommen zu begünstigen und an den Bemühungen mitzuwirken, welche auf eine friedliche und akzeptierte Lösung abzielen, gemäß den Bestimmungen und Prinzipien der vorliegenden Resolution. 4. Er ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich einen Tätigkeitsbericht über die Bemühungen des Sondervertreters vorzulegen.“

Peter Schütt

Vernehmung

In den Polizeiakten bin ich in guter Gesellschaft. Meine Freunde sind zur Stelle, eingeordnet als Angeklagte, als Zeugen, als Überführte stehen sie griffbereit. Wir sind nicht wenige!

Das Material gegen uns bleibt nicht immer verschlossen. Es wird sorgfältig untersucht werden nach heimlichen Sympathien der Beamten für die politischen Motive der Straftäter, nach verborgenen Rechtswidrigkeiten zugunsten der Landfriedensbrecher, nach unbegründeten Verfahrenseinstellungen.

Die heute in den Akten stehen, die sich vor den Gerichten verantworten müssen, die in den Gefängnissen eingesperrt sind,

bleiben nicht für immer hinter Gittern: sie werden Schloß und Riegel sprengen, sie werden das Heft an sich reißen und werden vor Gericht bringen, wer sich angemäßt hat, Recht zu sprechen über die Kämpfer für das Recht.

Ein Professor

sagte mir, er wolle in seiner Vorlesung den Nachweis führen, daß das Mittelalter nicht nur finster war und die Junker nicht nur Bösewichte gewesen sind.

Also lehren Sie, entgegne ich, daß der Feudalismus gut, daß die Leibeigenschaft ein Gewinn für die Menschheit war, und Sie lehren auch, daß der Faschismus den Staat in Ordnung gebracht und die Bürger zur Sauberkeit angehalten hat.

Er antwortete, es gelte allerdings

eine Lügen als Lügen zu entlarven.

Zum Beispiel, ergänzte ich, die Legende von den sechs Millionen ermordeten Juden und das Gerücht von der Alleinschuld Deutschlands an beiden Weltkriegen.

Die Wahrheit sei doch, daß Hitler sechstausend Kilometer Autobahnen und drei Millionen Wohnungen gebaut habe.

Ich fragte, ob in seinen Angaben mitgerechnet seien die Zufahrtstraßen zu den Kz-Gefangeneneinheiten und die Todeszellen in den Vernichtungslagern, und erhielt die Antwort, mit mir sei nicht zu diskutieren.



Gegenwart

Es gibt keinen, der noch nicht von ihm reden gehört hat. Indiens Nächte sind erfüllt von Stimmen, in den Tälern der Anden blühen die Fahnen, und lichterloh brennen die Manifester über Afrikas Horizont. Der Kommunismus kündigt sich an.

Der Donner des Glücks brandet an Asiens Küsten, die großen Monsune tragen den Frieden ins Land. Er weckt Träume, er stachelt die Hoffnungen auf, er redet der Unruhe das Wort: Ausgelassenheit der Phantasie.

Ihm ist nicht mehr beizukommen, Gewalt und gutes Zureden fruchten nichts mehr: unüberhörbar und nicht mehr zu übertönen pflanzt sich sein Ruf fort. Die Wüsten schwinden, und die Felsen sind dem Ansturm nicht mehr gewachsen.

Der Kommunismus kündigt sich an wie das Zittern der Birken im Märzwind, wie das Herannahen der Straßenbahn, wie das Schwenken der Baukräne. Jeder nimmt die Zukunftsmusik zur Kenntnis, sie schwillt an

wie das Motorengeräusch vorbeiziehender Schiffe und bleibt im Ohr wie das Rauschen des Meeres hinter den Dünen, unbestreitbar und nicht mehr wegzuleugnen: Die Gegenwart der Zukunft.

Carsten
Linde

SONG MAGAZIN



FRANZ-JOSEF DEGENHARDT ließ seine Konzerte bei den „Internationalen Essener Song Tagen 1968“ mitschneiden und unter dem Titel „Degenhardt Live“ veröffentlichten (Polydor 249 268, 19 DM). Da diese LP wesentlich schneller auf den Markt kam als Degenhardts vorherigen 4, sind seine Liedkommentare aktuelle Diskussionsbeiträge. Auf ihr nimmt er endgültig Abschied vom Vätern-Franz-Image. Man hört ihn so aggressiv und radikal singen, wie überall während seiner Auftritte des Jahres 1968. Durch den Verzicht auf Zwischentöne („Zwischen-Töne sind bloß Krampf / im Klassenkampf“) ist seine Sprache direkter und härter geworden, nur selten ist noch Bänkelei zu hören. Vermischte Bänkellieder werden durch eine klassenkämpf-

ische Agitationsstrophe in Lehrstücke umfunktioniert, so die „Ballade von den Weißmachern“ in der es heißt „In diesem Produktionsprozeß wird zum Produkt wer produziert / Das ändert sich so lange nicht, bis es geändert wird / Denn ihm gehört der Apparat, na, nennen wir ihn Arbeiter / erst wenn er den genommen hat / dann ist er keine Ware mehr. / Wenn er sie in die Hölle treibt / – die Weißmacher!“. Das „Lehrstück von den 4 Partisanen“ beinhaltet eine „Nutzanwendung für uns“. Degenhardt empfiehlt eine Taktik der nackten Tatsachen, d. h. nackte Genossinnen im Kampf gegen die Auslieferer der Bildzeitung einzusetzen. Kommentare zu Prag und zur Pille fehlen ebenso wenig wie ein Haßgesang auf die angepaßten alten Sozialdemokra-

ten, welche die Aktionen der APO ablehnen. Degenhardt setzt seine Gitarre hauptsächlich als Rhythmusinstrument ein, nur gelegentlich entlockt er ihr lyrische (Zwischen-)Töne. Ein Vergleich zu seinem roten Sangesbruder Biermann drängt sich nicht nur hierdurch auf, sondern auch durch die dialektische Formulierung in „Angenommen“ und „Rat an einen jungen Sozialisten aus der reichen Welt“.

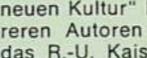


Der deutsche Flamencogitarist MONOLO LOHNES trägt seinen spanischen Beinamen zu Recht. Diesen Eindruck erhält man beim Anhören seiner ersten LP „Manolo Lohnes – Flamenco Guitarre“

(Xenophon – X 5006, 19 DM). Virtuoso wie die ganz großen Flamenkospieler trägt Lohnes die andalusische Zigeuneramusik vor. Ihm gelingt es hervorragend, die getragene verhaltene Trauer oder das rhythmische Feuer der Flamenco zu interpretieren. Lohnes preßt diese Musik nicht in erstarrte Abläufe und Schablonen, (wie etwa Carlos Montoya) sondern versteht es zu differenzieren und den orientalischen Einfluß der „Fantasia arabesca“ herauszuarbeiten. Die großzügig ausgestattete und mit sachkundigen Anmerkungen versehene LP verdient große Beachtung.



„PROTEST-FIBEL – Formen einer neuen Kultur“ heißt ein von mehreren Autoren gestaltetes Buch, das R.-U. Kaiser herausgegeben hat (Scherz-Verlag Bern, 207 Seiten, 12,80 DM). In ihm finden sich Essays über die kulturellen Aussageformen der „Jugend im Aufstand“, der „new people“, der „involved generation“. Lesenswert und zur Diskussion geeignet sind vor allem die Beiträge von Siegfried Schmidt-Joos über Beat, Klaus Budzinsky über Kabarett („Engagement statt Amusement“) und Roland Kabelitz über das Theater („Absage an die Kunsttempel der Bildungsbürger“)



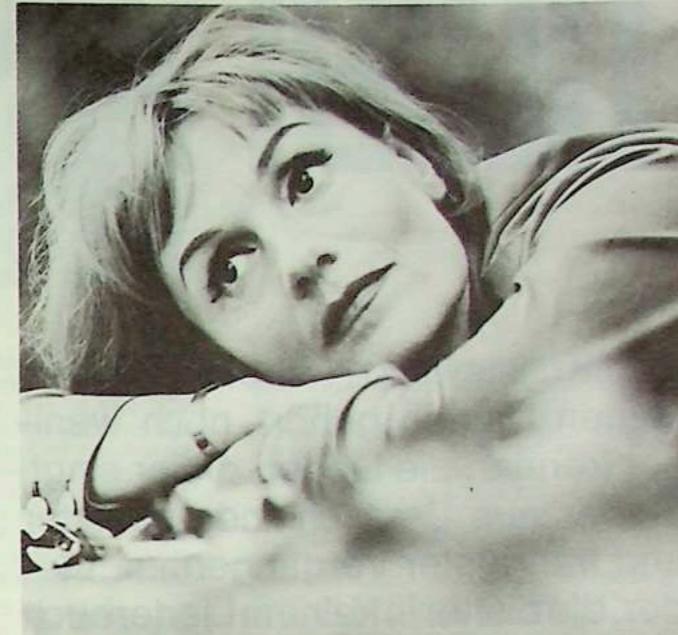
171 LIEDER AUS DER KÜCHE hat Hartmann Goertz gesammelt und unter dem Motto „Weine nicht, denn eine Welt wie diese, ist der Tränen, die du weinst, nicht wert“ als Buch mit dem Titel „Mariechen saß weinend im Garten“ herausgegeben. (Ehrenwirth Verlag, München, 260 Seiten, mit Illustrationen und Notenzeichnungen, 16,80 DM). Die herzerregenden, ans Gemüt rührenden Lieder berichten von den Helden, Räubern, Nonnen, Zigeunerkindern, Rabenmüttern und holden Gärtnerfrauen, von denen die Mädchen in den Herrschaftsküchen und Gesindestuben des 19. Jahrhunderts träumten. Das interessante Buch blieb leider ohne sozialkritische Anmerkungen des Herausgebers, die den psychologischen und gesellschaftlichen Hintergrund der Lieder erhellen könnten.



Das Chansontalent von GISELA MAY wurde 1957 von Hanns Eisler entdeckt, der die Schauspielerin des „Deutschen Theaters“ bald zum Berliner Ensemble brachte, wo sie sich zur Disease internationale Rufs entwickelte. Durch ihre Interpretationen lebt die Lyrik Kurt Tucholskys weiter. Auf der hervorragenden Langspielplatte „Gisela May singt Tucholsky“ (Deutsche Grammophon 144 030) stellt

die Sängerin aus der DDR ihre wandlungsfähige, ausdrucksvolle Stimme unter Beweis. Ihr gelingt es, den frechen Witz des „Leibregiments“, die verhaltene Zärtlichkeit der „Augen in der Großstadt“, die mitreißende Rhythmus der „Roten Melodie“ und die aufrüttelnde Mahnung „Krieg dem Kriege“ hervorragend zu nuancieren.

Sehr gute Aufnahmen mit Liedern, Gedichten und Szenen aus Stücken von Bertolt Brecht, die von der VEB Deutsche Schallplatten mit Mitgliedern des Berliner Ensembles gemacht wurden, sind auf LPs des „Literarischen Archivs“ der Deutschen Grammophon Gesellschaft erhältlich. Ekkehard Schall Jahrgang 1930, arbeitete seit 1952 mit Brecht in dessen Ensemble zusammen. Er reiste unter Brechts Leitung und durch sehr verschiedene disponierte Rollen in Brechtschen Stücken und Dramen der Weltliteratur zu einem der vollendetsten Schauspieler der deutschen Bühne. In der Auswahl des Programms, in seiner Interpretation bezeugt die LP „Ekkehard Schall – Bertolt Brecht: Lieder, Gedichte, Szenen aus Stücken“ (Deutsche Grammophon 44 033) das künstlerische Format Schalls und seine Haltung zu Brecht und zur Wirklichkeit unserer Zeit. WOLF KAISER gehört seit über 15 Jahren zum Berliner Ensemble. Während dieser Zeit er-



arbeitete er sich einen internationalen Ruf als Schauspieler. Vor allem die Rollen des Captain Brazen aus „Pauken und Trompeten“, des Mackie Messer aus der „Dreigroschenoper“ und des Menenius aus „Coriolan“ begeisterten immer wieder Publikum und

Kritik. Rezitationen aus diesen Stücken und Brechtsche Lyrik sowie Songs aus der „Dreigroschenoper“ tragen Kaiser auf der hörenswerten LP „Songs, Gedichte und Geschichten“ (Deutsche Grammophon 144 034) vor.

Informationen

Hits



NEUERSCHEINUNGEN Pinball Wizard / Who; Love Is Love / Barry Ryan; Surround Yourself With Sorrow / Cilla Black; We Can Work It Out / Kasenetz Katz Singing Orchestral Circus; Hold My Hand / Dave Davies; No Co-Determination Planned / Undertakers; Mrs. Robinson (EP) / Simon & Garfunkel; Evil Woman / Troggs; Sandman / Box Tops; She's Not There / Neil McArthur; Half As Nice / Amen Corner; To Susan / Donovan; Crossroads / Cream. (Singles)

POP-SCHLAGZEILEN: - Die SHADOWS, einstmals Englands erfolgreichste Instrumentalband, später nur noch als CLIFF RICHARDS Begleitband bekannt, haben sich aufgelöst. Die neuen Hintergrund-Musikanten des frommen Pop-Sängers sind die SETTLERS. — Noel Redding aus der JIMI HENDRIX EXPERIENCE hat eine eigene Gruppe mit dem Namen FAT MATTRESS gegründet. Die Experience soll dennoch in ihrer jetzigen Besetzung bestehen bleiben. — Die BEATLES haben ihre sechs Songs zum Film „Yellow Submarine“ bereits auf einer LP mit dem gleichen Titel veröffentlicht, wollen nun zusätzlich noch eine LP veröffentlichen, die „Only A Northern Song“, „All Together Now“, „It's All Too Much“, „Hey Bulldog“ und das völlig neue „Across The Universe“ enthalten soll. Ihr Plan eines Live-Konzerts, das mitgeschnitten und auf Schallplatte geprägt werden soll, ist allerdings aufgeschoben worden. — Im Februar erscheint das letzte Album der BEE GEES unter dem Titel „Odessa“. Ein Schnitt daraus, „Lamplight“, wird als Single veröffentlicht werden. —

CROSS TOWN TRAFFIC/JIMI HENDRIX EXPERIENCE (**) — Polydor 59 256 — Nach „All Along The Watchtower“ nun eine Single mit zwei weiteren Schnitten von der „Electric Ladyland“-Doppel-EP. Zwar ist der elektronische Aufwand dieser Aufnahmen ungleich viel größer als bei Jimi Hendrix' frühesten Erfolgen, aber nach wie vor macht die Experience den gleichen miteinander qualifizierten Krach wie schon bei „Hey Joe“ und „Purple Haze“.

WICHITA LINEMAN/GLEN CAMPBELL (**) — Capitol 23 945 — Was haben illustre Pop-Titel wie „By The Time I Get To Phoenix“, „Up Up And Away“, „MacArthur Park“ und „Wichita Lineman“ gemeinsam? — Nun, sie alle stammen aus der Feder von Jim Webb, einem der vielsprechendsten Newcomer unter den Songwritern. Wie auch schon „Mac-Arthur Park“ (gesungen von Richard Harris), beeindruckt „Wichita Lineman“ durch den anspruchsvollen Text und die beharrlich verschwendere Orchesteruntermalung. —

HEY JUDE/WILSON PICKETT (**) — Atlantic 70 345 — Zu der schier endlosen Kette von Lennon/McCartney – Neuinterpretationen kommt nun, kaum daß das Original aus den Hitlisten gefallen ist, eine soulige Version von „Mr. Temperament“, Wilson Pickett, die naturgemäß nichts von der Sanfttheit der Beatles-Aufnahmen hat: Sein „Hey Jude“ erinnert stark an „Mustang Sally“.

HI-HEEL SNEEKERS/JOSE FELICIANO (**) — RCA Victor 47 9641 — José Feliciano ist ein „Epigone“, der fremde Kompositionen aufgreift und ihnen, wie sein „Light My Fire“ zeigt, völlig neue Reize abgewinnen kann. „Hi-Heel Sneekers“, ein Riesenerfolg der späten 50er Jahre, erkennt man in dieser Aufnahme kaum wieder: Felicianos variiertreidige Stimme und sein reizvoll ausschweifendes Gitarrenspiel schaffen etwas völlig Neues.

TOUCH ME/DOORS (**) — Metronome 800 — Die Doors, einmal anders: Bei „Hello, I Love You“ zeigten sie sich von ihrer harten Seite, hier wiederum beeindrucken sie auf weit sanftere Weise. Die Monotonie allerdings, die bei „Hello, I Love You“ aufputzend wirkte, erscheint auf dieser neuesten Aufnahme lästig.

MAGIC CARPET RIDE/STEPPENWOLF (**) — Columbia 23 930 — Auch für Steppenwolf scheint Monotonie Trümpf zu sein; auch bei ihnen ist sie, wie bei den Doors, elektronisch verbrämt. Immerhin: die Aufnahme hat Rhythmus. — Die Gruppe hat ihren merkwürdigen Namen übrigens aus dem Titel eines Romans von Hermann Hesse, der z. Zt. in den USA sehr beliebt ist.

BLACKBERRY WAY/MOVE (**) — Polydor 59 254 — Die nunmehr vier Move-Männer, anfangs darauf bedacht, sich das Image einer „aggressiven“ Gruppe zu ver-

schaffen, haben nach dem Mißerfolg ihres wilden „Wild Tiger Woman“ auf eine eher weiche Weile umgeschaltet: Zu milden Streicherklängen läuft der besinnliche Song ab. Eine gute Aufnahme, zweifellos, aber Komponist Roy Wood hat sich doch ganz offensichtlich recht stark von Lennon/McCartneys „Penny Lane“ inspirieren lassen.

Es ermangeln nicht der Ironie, daß THE NICE, eine der begabtesten Pop-Gruppen überhaupt, bislang keinen Hitparaderfolg verbuchen konnten. Ihre Version des bekannten Folksongs „America“ erzielte nur geringste Verkaufsziffern. Diese sensationelle Aufnahme, in der mit rein musikalischen Mitteln der Mythos um „God's own country“ zerstört werden sollte, hat vieles mit den acht Schnitten der LP

THE THOUGHTS OF EMERLIST JACK/THE NICE Elektrola SMIN 74 494, 19.— DM gemeinsam: Auch hier werden bekannte Motive, meist klassischer Art, aufgegriffen und in erregender Weise variiert (z. B. im 8minütigen „Rondo“). Auch hier wird eindrucksvoll versucht, die Musik zum Mittel der Aussage zu machen (z. B. im Instrumentalstück „War And Peace“). Die Vielseitigkeit der vierköpfigen Gruppe reicht vom Psychodelic-Beat bis zur Quasi-Bachmesse, vom schrillen Gescreie bis zum hingehauchten Vortrag. Unbedingt empfehlenswert.

HIT PARADE

Deutschland

1. OBLADI, OBLADA
2. ELOISE
3. ES GEHT EINE TRANE AUF REISEN
4. MY LITTLE LADY
5. ICH DENK AN DICH
6. I'M A TIGER
7. HEIDSCHI BUMBEIDSCHI
8. WITH A LITTLE HELP FROM MY FRIENDS
9. MAGIC CARPET RIDE
10. AZZURRO

England

1. ALBATROS
2. FOR ONCE IN MY LIFE
3. BLACKBERRY WAY
4. YOU GOT SOUL
5. DANCING IN THE STREET
6. OB-LA-DI OB-LA-DA
7. TO LOVE SOMEBODY
8. FOX ON THE RUN
9. SOMETHING'S HAPPENING
10. HALF AS NICE

Frankreich

1. PAUVRE VERLAINE
2. NON, NE ME DIS PAS ADIEU
3. MA BONNE ETOILE
4. COMMENT TE DIRE ADIEU
5. ELOISE
6. RING A DING
7. RESTE
8. LES BALLONS
9. LONG SERA L'HIVER
10. MARITZA

USA

1. TOUCH ME
2. BUILD ME UP BUTTERCUP
3. EVERYDAY PEOPLE
4. WORST THAT COULD HAPPEN
5. CRIMPSON + CLOVER
6. CAN I CHANGE MY MIND
7. I STARTED A JOKE
8. YOU SHOWED ME
9. THIS MAGIC MOMENT
10. IF I CAN DREAM

Deutschland

1. Beatles (Odeon)
2. Barry Ryan (Polydor)
3. Adamo (Columbia)
4. Tremeloos (CBS)
5. Roy Black (Polydor)
6. LULU (Columbia)
7. Heintje (Ariola)
8. Joe Cocker (Polydor)
9. Steppenwolf (Columbia)
10. Adriano Celentano (Ariola)

England

1. Fleetwood Mac (Blue Horizon)
2. Stevie Wonder (Tamia Motown)
3. Move (Regal Zonophone)
4. Johnny Nash (Major Minor)
5. Martha & the Vandellas (Tamia Motown)
6. Marmalade (CBS)
7. Nina Simone (RCA)
8. Manfred Mann (Fontana)
9. Herman's Hermits (Columbia)
10. Amen Corner (Immediate)

Frankreich

1. Adamo (Columbia)
2. Johnny Hallyday (Philips)
3. Joe Dassin (CBS)
4. Francois Hardy
5. Barry Ryan (MGM)
6. Michel Polnareff (Vogue)
7. Claude Francois
8. Richard Anthony (Columbia)
9. Sheila (Philips)
10. Sylvie Vartan (RCA)

USA

1. Doors (Metronome)
2. Foundations (Parlophone)
3. Family Stone (Epic)
4. Brooklyn Bridge (Buddha)
5. Tommy James + the Shondells (Roulette)
6. Tyrone Davis
7. Bee Gees
8. Toultes
9. Jay and the Americans
10. Elvis Presley

LIEDER AUS DER HÖLLE

Alex Kulisiewicz – nur einige haben seinen Namen gehört, noch weniger kennen die Lieder, die er singt, Lieder aus Deutschlands jüngster und traurigster Vergangenheit, Lieder, die bisher in keinem Liederbuch zu finden sind: aus der Hölle der Konzentrationslager – eine Dokumentation des Leids. Der Pole Alex Kulisiewicz – von 1939 - 1945 Häft-

ling im KZ Sachsenhausen – hat der Nachwelt die authentischen Lieder seiner Leidensgefährten überliefert. Seine Stimme und seine KZ-Lieder sind eine unüberhörbare Mahnung, einen Rückfall in einen Menschen, Rassen und Völker vernichtenden Nationalismus und Faschismus nicht wieder zuzulassen.

Von Carsten Linde



Alexander Kulisiewicz, 1918 in Krakau geboren, trat schon als Zehnjähriger mit einem Zigeunerorchester auf. Er hatte bereits mit 6 Jahren das Geigenspiel von seiner Mutter gelernt, die Musiklehrerin war. Nachdem ihm bei einem Unfall drei Finger der linken Hand gelähmt und damit das Geigen unmöglich gemacht worden war, trat Kulisiewicz als Kunstpfeifer in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei auf. Seine gepfiffenen Darbietungen aus den Werken von Léhar, Brahms, Dvorak und Johann Strauß rissen das Publikum überall zu Beifallsstürmen hin. Nach mehreren Touren mit dem Künstlerensemble der polnischen Jugend und Aufnahmen für belgische und österreichische Dokumentarfilme übernahm Alex die Leitung der Auslandszentrale des Internationalen Demokratischen Studenten-Presse-Büros in Krakau.

Als „Kriegshetzer“ ins KZ

Zusammen mit dem Komponisten Stanislaw Hadyna gab er die Zeitschrift „Prosto z Lawy“ heraus. Im Oktober 1937 richtete der junge Journalist einen Friedensappell an die demokratische Jugend der Welt. Genau zwei Jahre später – am 23. 10. 1939 – wurde er nach der Okupation Polens von der Gestapo verhaftet und als „Kriegshetzer“ in das KZ Oranienburg-Sachsenhausen verschleppt. In den über 66 Monaten seiner Haft organisierte Alex mit anderen inhaftierten Künstlern – unter ihnen der weltberühmte Pantomime Jean Louis Barrault – Dichterlesungen und illegale Liederabende. Nachdem Alex als „Jüdische Nachtigall“ bei der Lagerverwaltung denunziert worden war, versuchten Ärzte der SS seine Stimme durch dreimaliges Einspritzen von Diphteriebazillen zu zerstören. Deutsche und tschechische Mithäft-

linge gaben ihm daraufhin ein heimlich organisiertes Mittel, das die Wirkung der Spritzen neutralisierte. Als der Chefarzt des KZ schließlich sah, daß sein „Experiment“ fehlgeschlagen war, resignierte er: „Lassen wir den Sauhund singen!“

Der „Sauhund“ darf singen

Wie der „Sauhund“ für seine Kameraden sang, beschreibt der Mithäftling André Gouillard: „Zwei KZ-Sanitäter führten einen Solisten auf ein sogenanntes Podium, das aus einem Strohsack improvisiert wurde. Der Mensch mit Namen Alex war blind. Seine Augenhöhlen waren gelb und die Augen mit Eiter verklebt. Ich kannte ihn nicht. Er trug eine alte polnische Lagernummer, aber man sagte, daß er angeblich ein ungarischer Jude aus Kecsemet sei. Er war jung und furchtbar abgemagert. Er sang – er erhob seine Hände und drohte mit der Faust. Seine Stimme war voller Irrsinn und Haß, dann wieder flehend und sanft wie das Weinen eines kranken Kindes. Die Zuhörer blickten auf den Solisten wie auf eine Statue der Rache. Einige Kranke wurden ohnmächtig. Ich verstand nur zwei Worte: „Choral“ und „Attention“. Als das Wort „Attentino“ zum zweitenmal ertönte – fortissimo doloroso (wie ein das Innere des Menschen erschütternder Schrei) – verlor ich die Besinnung.“

Gekreuzigte Kinder

Alex Kulisiewicz merkte sich alle die im Konzentrationslager entstandenen Lieder. Aber er schrieb auch eigene Texte zu Nachrichten, die andere KZ-Häftlinge ihm erzählten. Da ist das erschütternde Lied „Der Gekreuzigte 1944“, das Alex zur Erinnerung an einen drei-

jährigen Jungen schrieb, der am 20. Juli 1944 in Prèles bei Nizza als Vergeltungsmaßnahme für einen Partisanenanschlag von SS-Männern an einer Tür gekreuzigt wurde: „Sie kreuzigten des Menschen Söhnchen! / Sie kreuzigten ein wehrloses Kind! Mit einem zoldicken Nagel stachen sie die Augen aus / sie rissen die Zunge heraus, zerschmetterten den Kopf. / Die Mutter – die Sterbende – schaute: / an die Tür nagelten sie beide Händchen! / Du schreist nicht, Christus: ECCE HOME!“ An die Leiden der Millionen verhungerten, zu Tode gequälten, vergasten Menschen erinnern alle Lieder, die Alex singt. Aus vielen von ihnen spricht Bitterkeit und die schmerzhafte Erkenntnis, daß die Gefangenen – so sehr sie sich nach draußen in die Freiheit sehnen – hinter Stacheldrahtverhauen elend umkommen müssen. Die Worte der Dichterin Zofia Karpinska, die von Kulisiewicz vertont wurden, spiegeln diese Hoffnungslosigkeit und diese Angste wider: „Draußen steht eine bange Nacht, die Zeit flieht, der Flieder blüht. Hinter dem siebten Berg bist du. Draußen steht eine bange Nacht, die Zeit flieht, der Krieg dauert an. Hinter den Drähten warte ich. Mein Herz sehnt sich nach dir und weint. Hier, hinter den Drähten, flieht kein Vogel. Draußen steht eine bange Nacht, die Zeit flieht. Hinter den Drähten kriepiere ich.“

Das phänomenale Gedächtnis des Alex K.

Aber es gibt auch ironisch-satirische Lieder, die den Häftlingen Kraft zum Durchhalten geben sollten, „Muselman-Kippensammler“, von Kulisiewicz mimisch-gestisch eindrucksvoll vorgetragen, spiegeln den grimmigen Humor dieser Art von Lieder wider. Es fehlen auch nicht die anklagenden Gesänge der wehrlosen Häftlinge mit der Frage nach dem Grund des brutalen Mordens der Faschisten: „O du mein Buchenwald, verfluchte Saat! Warum mißhandelst du mich und machst mein junges Leben kaputt? Wir fragen dich. / Was habe ich den Deutschen getan? Ich war doch erst vierzehn, als ich sie in Warschau „Heil“ rufen hörte. / Meine Mutter haben sie geschlagen, ich habe hilflos geweint, sie blieb ruhig, als wollte sie sagen: Vergiß das nie! / Meinen Vater haben KZ-Hunde zerfleischt, damit sie allseits schöner und größer werden – die Feiern zu Hitlers Sieg. Unsren Kindern hat deutsches Gas den Atem genommen, was haben euch die Säuglinge getan? Antwortet!“ Im KZ Sachsenhausen schrieb Alex 54 Lieder, davon 21 mit eigenen Melodien. Sein außergewöhnlich gutes Gedächtnis befähigt ihn, nach seiner Freilassung 716 Schreibmaschinenseiten Liedtexte und Gedichte aufzuschreiben, die er im KZ gehört hatte. Nicht einen dieser Texte konnte er im KZ als Notiz oder Konzept aufschreiben. Zwischen 1945 und 1967 trug er über 52 000 Meter Tonband

zusammen mit Aufnahmen von KZ-Liedern, Dichtungen, Erinnerungen und dokumentarischen Berichten über das illegale künstlerische Schaffen in den Konzentrationslagern der Nazi-Zeit. Gemeinsam mit dem Musikforscher Jan Tacina archivierte er über 400 polnische KZ-Lieder. In seinem einzigartigen Archiv befinden sich ferner 10 000 Mikrofilm-Negative mit den Re-Produktionen authentischer Musik-Manuskripte aus dem Lager geschmuggelter Notizbücher und Graphiken. Das Vermächtnis der in den KZ ermordeten, Gefolterten, Gehaltenen und Vergasten trug Alex Kulisiewicz nach dem Krieg in fast allen Ländern Europas vor. In Turin hörte ihn ein Publikum von 60 000 Menschen. Die im September bei der Heidelberger Plattenfirma Da Camera erschienene sehr empfehlenswerte Langspielplatte von Alex Kulisiewicz mit dem Titel „Lieder aus der Hölle“ (Bestell-Nummer SM 9501) enthält 16 dokumentarische KZ-Lieder aus den Jahren 1941–44.

„Ohne Singen hat mein Leben keinen Sinn mehr“

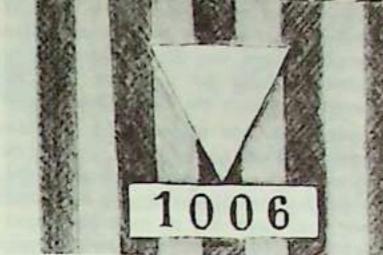
Alex Kulisiewicz kann seine Lieder nicht mehr lange vortragen: Auf Grund der schweren, entbehrungsreichen KZ-Haft und der Diphtheriespriten wird er in den nächsten Jahren völlig taub sein.

Wenn Alex vor seinen Zuhörern steht, – etwas gebeugt, die Gitarre zwischen den Händen – und zu ihnen mit leiser Stimme spricht, wird spürbar, wie viele Bilder und Erinnerungen aus der schrecklichen Haft in ihm auflieben und ihn bedrängen. Spätestens nach dem ersten Lied werden die Zuhörer merken, wie dieser Mann bei jedem Lied, das er vorträgt, leidet und ein Stück seiner letzten Lebensjahre opfert. Alex „schaft sich“ wie kein anderer Sänger – seine Augen, aus denen Milde und Verzweiflung blicken und seine Gesten, die hilflosen Flügelschlägen eines gefangenem Vogels gleichen, vor allem aber seine Stimme, die so hart und häßlich sein kann, wie das Knarren von Knobelbechern und deutschen Militäristimmen – all dies bewirkt bei den Zuhörern mehr, als geschriebene Worte über KZ-Greuel: sie schweigen betroffen, ergriffen, innerlich getroffen von den bitteren deprimierenden Liedern und dem Wesen des Menschen der das Vergangene zum Leben erweckt, um für die Zukunft zu singen.

„Hast Du noch Platz in Deinem Kopf?“

„Meine Lieder unterscheiden sich wesentlich von denen, die andere Sänger vortragen. Bei meinen Liedern wird nicht geklatscht. Manche Menschen singen, weil sie berühmt werden wollen. Ich will nicht berühmt werden.“

LAGER-LIEDER



Viele Sänger empfinden beim Singen Vergnügen, wenn sie ihre gute Stimme beweisen können – bei mir ist das anders. Ich muß mich jedesmal von Neuem zurückziehen und alle unangenehmen Dinge noch einmal durchleben, wenn ich singe. Es ist meine Pflicht diese schrecklichen Lieder zu singen. Ich erfülle das Testament meiner gestorbenen Freunde und Genossen. Wenn ich nicht mehr singen würde, hätte mein Leben keinen Sinn mehr. Im Lager habe ich immer gedacht: Wenn du einmal hier herauskommen wirst, so mußt du die Lieder weiter singen, die so schrecklich und typisch für das KZ sind. Ich wollte nicht die Lagerschlager singen – sondern die Lieder des Leidens. Deswegen habe ich sie alle auswendig gelernt und meine Genossen haben mir ihre Lieder immer gebracht und mich gebeten: Alex, hast du noch Platz in deinem Kopf für dieses Lied? Ich war immer so etwas wie das lebende KZ-Archiv, weil ich alles behalten konnte. So singe ich noch heute die Lieder meiner ermordeten Genossen. Ich werde das bis zu meinem Le-



bensem tun und vor allem vor der westdeutschen Jugend, weil sie nicht so viel über die Greuel des Faschismus erfahren hat wie die Jugend in der DDR oder in Polen. Sie glaubt mir, weil ich zu ihr mit dem dokumentarischen Lied komme, nicht mit Propaganda. Ich singe auch nicht aus Rache, sondern als Mahnung für die neue Generation es besser zu machen als wir Alten. Ich singe nicht für das Geld. Mein Singen verstehe ich als Pflicht, als eine Warnung gegen Unmenschlichkeit (aller Art und aller Nationen), gegen den Krieg. Ich bewundere die große Zivilcourage der westdeutschen Jugend. Sie stellt mir vernünftige Fragen und verlangt von mir die Echtheit der KZ-Lieder, wenn sie manchmal auch nicht angenehm für das deutsche Ohr sind.“

Mit seinen Liedern zwingt Alex Kulisiewicz seine Zuhörer zur Nachdenklichkeit, nicht zu resignierenden Gedanken, sondern zur Besinnung auf die Brüderlichkeit und Nächstenliebe aller Menschen. Er selbst lebt diese tiefe Menschlichkeit vor, wenn er die Zuhörer nicht haßerfüllt anklägt, sondern sie anspricht als „Liebe Freunde“.

Industrie auch den Problemen der Arbeiterjugend?

Dr. Shehab: Nach dem Beispiel der Arabischen Sozialistischen Union soll unsere Organisation möglichst genau die Gesamtheit und die Einheit der arbeitenden Kräfte Ägyptens widerstreben. Deshalb streben wir danach, Jugendliche aus allen Bereichen zwischen 15 und 25 Jahren zu unseren Mitgliedern zu machen, Studenten, Oberschüler, junge Leute von den Universitäten und höheren Instituten, die jungen Arbeiter und die jungen Bauern. Aber ich muß auch sagen, daß leider dieses Gleichgewicht in unserer Organisation bis jetzt noch nicht erreicht ist, da der größte Anteil der Mitglieder mit etwa 40 % auf die Studenten entfällt. Wir hoffen aber, daß wir in der jetzigen Phase der Reform unserer Organisation ein Gleichgewicht erreichen, daß mit dem prozentualen Anteil der jungen Arbeiter, der jungen Bauern und der Studenten an der Gesellschaft übereinstimmt. Und wir hoffen, den Verband insbesondere für die jungen Arbeiter und Bauern noch weiter zu öffnen.

Karl Heinz Schröder: Erlauben Sie uns, eine Frage zu stellen, die auch die politische Situation in unserem Lande betrifft: In der Bundesrepublik Deutschland ist es eine beliebte These von Politikern der Regierungsparteien, im Juni 1967 habe sich Israel in einer Situation der Notwehr gegenüber den aggressiven arabischen Staaten befunden, die den Plan gehabt hätten, das jüdische Volk zu vernichten. Wie beurteilen Sie diese Behauptung? Und wie kann nach Ihrer Meinung die Konfliktsituation im Nahen Osten gelöst werden?

Dr. Shehab: Zunächst zum ersten Teil Ihrer Frage. Diese Behauptung ist falsche Propaganda, die hauptsächlich in den westlichen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, nicht wenige Anhänger gefunden hat. Die Propaganda Israels — ob sie nun direkt durch die Kräfte und Anstrengungen Israels oder durch die Zionisten erfolgt, die es auf der ganzen Welt gibt — hat ein sehr schönes und für Israel sehr günstiges Image ergeben: man hat es vor der Welt so dargestellt, als sei Israel ein Staat, der mit seinen Nachbarn gern in Frieden leben möchte und nun in einer Notwertsituation gewesen sei. Zugleich ist unsere arabische Propaganda zu einem Teil mit dafür verantwortlich, daß die Weltmeinung teilweise an diese falsche Propaganda Israels hat glauben können. Aber

ich meine, daß inzwischen, anderthalb Jahre nach dieser Aggression Israels und des Imperialismus und nach all den von Israel bezogenen Standpunkten, in denen klar und in aller Öffentlichkeit erklärt wurde, Israel werde niemals die Entscheidungen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen akzeptieren und auch die UNO-Charta nicht respektieren, sehr klar geworden ist, daß dies ein aggressiver Staat ist. Ein Staat, in dem die Tendenzen dahin gehen, noch viel mehr Territorium zu gewinnen. Israel hat die Aggression begonnen; und Israel hat sie jedes Mal begonnen, nicht nur 1967, sondern schon 1948 und 1956. Seit damals hat das Bulletin der Vereinten Nationen oft genug die Zahl der Verurteilungen Israels angeführt, der Verurteilungen durch den Sicherheitsrat und die Vollversammlung. Zu behaupten, die arabischen Länder würden Israel bedrohen, ist eine Lüge. Die Juden haben immer unter uns in den arabischen Ländern gelebt, es gab in unserer Geschichte keine Diskriminierung zwischen Juden, Moslems oder Christen. Das muß der Weltöffentlichkeit ganz klar sein: Wir sind gegen den Zionismus, weil dieser eine Bewegung ist, die die Araber von ihrem Territorium verjagen und alle auf der Welt lebenden Juden in einem Territorium der arabischen Länder ansiedeln möchte. Die Juden mögen in Palästina und in allen arabischen Ländern bleiben, das ist eine Sache, gegen die wir nichts haben, die wir für ganz vernünftig und in Ordnung halten. Aber daß der Zionismus in Israel und der Imperialismus in Amerika und anderswo Propaganda macht, indem behauptet wird, wir würden die Juden verfolgen — nein, die Juden können hier leben wie alle anderen Religionen der Welt.

Bei der Lösung des arabisch-israelischen Konflikts — damit komme ich zum zweiten Teil Ihrer Frage — muß man nach meiner Meinung zwei Dinge unterscheiden. Da ist zunächst die Aggression von 1967. Wir sind der Ansicht, daß die vom Sicherheitsrat der UNO im November 1967 angenommene Resolution eine Lösung ermöglicht, die alle Auswirkungen der israelischen Aggression beseitigen kann. Diese Resolution ist einstimmig angenommen worden, und man muß sie respektieren. Wenn ein Staat sie nicht respektiert, dann gibt es im Statut der UNO wirksame Möglichkeiten, um diesen Staat zu einer solchen Respektierung zu zwingen. So weit zur israelischen Aggression von 1967. Was aber andererseits die Grundlage des Palästina-Problems betrifft, so handelt es sich dabei nach unserer Auffassung um ein nationales Problem, das in erster Linie das palästinensische

Volk angeht und sein Recht auf sein Vaterland, sein Recht auf die Wiedergutmachung aller Schäden, die es von 1948 bis heute hat hinnehmen müssen. Das palästinensische Volk hat das Recht zum Widerstand.

Es ist notwendig, daß Israel die internationale Meinung respektiert, es ist notwendig, daß Israel sich den Entscheidungen und Resolutionen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung beugt. Tut es das nicht, so sind nicht nur die Araber, sondern alle Völker und Regierungen gezwungen, diesen Staat, der die Weltmeinung nicht respektiert, zu mahnen und zur Einhaltung der UNO-Beschlüsse zu veranlassen.

Karl Heinz Schröder: Sie haben das Recht eines Volkes auf Widerstand erwähnt. Wie beurteilt Ihr Jugendverband den amerikanischen Krieg in Vietnam? Und wie beurteilt Ihr Verband den Charakter und die Funktion der NATO in Europa?

Dr. Shehab: Zur Haltung unserer Organisation gegenüber dem amerikanischen Krieg in Vietnam: Ich glaube, daß der Vietnamkrieg die Vereinigten Staaten ganz klar als einen Staat des Imperialismus zeigt, der die Völker vernichtet will und ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht akzeptiert. Aus diesem Grunde haben wir erklärt und erklären auch weiterhin: Wir sind gegen diesen Krieg, diesen schmutzigen Krieg, den die USA in Vietnam führen. Die Jugendlichen der ganzen Welt müssen dem vietnamesischen Volk mit allen Mitteln helfen. Wir glauben aber auch, daß der Krieg in Vietnam und der Krieg gegen die arabischen Völker die gleichen Ziele verfolgt, nämlich die Ziele der USA, den Willen der Völker zu brechen, die ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung beanspruchen.

WERNER SCHWEINESBEIN,
Nürnberg

Linksorthodoxer elan

Manipulation wirft ein Leser den Redakteuren des elan vor.

Solange im BILD-Stil über die NEUE LINKE geschrieben und dabei objektiv manipuliert wird, brauchen Sie mir elan nicht zu schicken. Ich kündige hiermit das Abonnement fristlos.

Begründung: eine Jugendzeitung, die objektiv informiert, würde ich sofort abonnieren, aber die Manipulationen von linksorthodoxer Seite werde ich nicht unterstützen.

RAINER HIRSCH, Hamburg 26

Gleichberechtigung

Der Obrigkeit ein Schnippchen geschlagen haben Ersatzdienstleistende in Ostwestfalen.

Ein Erlebnis aus meiner Zeit als Ersatzdienstleistender möchte ich der Redaktion mitteilen: In einer Dienstversammlung teilte der Ersatzdienstgruppenleiter mit, daß

eine Anweisung ergehe, wonach in der Unterkunft nur drei Lokalzeitungen und zwei überregionale Blätter ausliegen dürften. Nicht darunter waren solche demokratischen Zeitungen wie „Tatsachen“, „Metall“, „Die Andere Zeitung“, „elan“ und „Deutsche Volkszeitung“.

Als man uns so die Möglichkeit nahm, fortschrittlichen Lesestoff auszulegen, schufen wir eine Wandzeitung, die sich „Standpunkte“ nannte. Hier wurden nun wieder Artikel, Fotos und Witze aus den demokratischen Zeitungen veröffentlicht.

RAINER HIRSCH, Hamburg 26

elan-Test half

Unklarheiten über die eigene Person konnten mit dem „elan-Test“ (Nr. 12/68-1/69) beseitigt werden.

Ich habe in Ihrem Test „Bin ich normal“ zwar unter 20 Punkte, bitte Sie aber doch, mir unverbindlich Anschriften von Organisatoren von Vietnamdemonstrationen, Ostermarschen und dergleichen zuzusenden. (Ist geschehen — Red.) Ich finde „elan“ einfach Klasse. Das neue Heft ist einmalig. Die Karikatur von diesem ... Nazi-Kiesinger ist treffend.

OTTO HIEBER, 888 Dillingen

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

B Briefe an elan

Briefpartner gesucht

Ungarn

Maria Pataki (16 Jahre), Kőszeg, Varkör 41 sz., Ungarn.

Polen

Mir. Ireneusz Kuziela (Mädchen), Modryce 48, pta: Otry, pow: Nowa Sol, woj: Zielona Gora, Polen.

Stanisława Fornalczyk (Mädchen), Jozefow n/ Wisla, Lublin, Polen.

Józef Fornalczyk (Junge), Jozefow n/ Wisla, Lublin, Polen.

CSSR

Libuse Sperková (16 Jahre, Mädchen), Ceska 64, Letovice, Okres Blansko, CSSR.

Jaroslava Nechutová (Frau, 27 Jahre), Hlavni 2930, Praha 4, CSSR.

Jaroslava A. Novotná (19 Jahre, Mädchen), Alber 107, P. N. Bystrice, O. J. Hradec, CSSR. (Briefwechsel in englischer Sprache)

Eva Schmiedová (17 Jahre, Mädchen), Janovice u Rymarova, Bednarska 11, CSSR.

Ludmila Maskova (16 Jahre, Mädchen), Kratosice c. 28, p. Choustnik, okr. Tabor, CSSR.

Parla und Eva Simový (Mädchen, beide 16 Jahre), ul. Boz. Nimcové c. 1394, Rakovník, CSSR. (Interessen: Reisen, Musik, Sport)

Briefpartner gesucht

Magyar Laszlo, (20 Jahre, Junge), Magyarorszag, Budapest IV. ker. Arpad-ut 142 I. 6., Ungarn.

Györgyi Jozsef (21 Jahre), Dombarvar, Arany Janos ter 10, Magyarorszag/Ungarn (er hat den Sport und die Musik als Hobbies).

Kriegsdienstverweigerung heute Männer, die die Bundeswehr nicht brauchen

Unter diesem Titel bereitet der Pahl-Rugenstein Verlag ein Buch vor, in dem Kriegsdienstverweigerer zu Wort kommen sollen. Kriegsdienstverweigerer, die an einer Mitarbeit interessiert sind, werden gebeten, uns bis spätestens zum März 1969 zu schreiben, aus welchen Gründen (politische, ethische, soziale u. a.) sie den Kriegsdienst verweigert haben oder ihn verweigern wollen. Die einzelnen Beiträge sollten ca. 3 — 5 Schreibmaschinenseiten lang sein.

Pahl-Rugenstein Vg, Köln, Barbarossaplatz 2

Jagow versichert (fast) alles — Udo Jagow Versicherungen
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Abonnenten habens besser ...

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich
Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NOETHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GOTTINGEN, Postfach 601



Weltkreisverlags
GmbH
46 Dortmund,
Dröderweg 16



Evamaria
Sonntag



Sabine
Künsemüller

Rosemaries Baby



ist ein Satansbalg, im film-inhaltlichen wie übertragenem Sinne: der Zuschauer und Kritiker tut sich entweder schwer mit der Interpretation des neuen Polanski-Produktes oder konsumiert es naiv. In beiden Fällen darf er nicht sicher sein, ihm und dem vom Regisseur Ausgesagten gerecht zu werden. Auch die Kenntnis der literarischen Vorlage, Ira Lewins Erfolgsroman gleichen Titels, hilft da offensichtlich nicht weiter, dient nur zu der Feststellung der streng stofflichen Bindung Polanskis: eine junge Frau empfängt unwissentlich und unter Ausschaltung des Willens – d. h. unter einem von ihrem Mann als Helfershelfer einer Teufelsgemeinde herbeigeführten Trancezustand – vom Satan persönlich den „Erlöser“ der Menschheit vom Prinzip des Guten, von Gott. Die blasphemische Umkehrung der Marienlegende und der Heilsverwartung steht als Extremausprägung neben den anfänglich unverständlichen Einblendungen von Kindheitserlebnissen der „negativen Helden“. Sie ist durch ihre katholische Erziehung geradezu vorherbestimmt – was ein Schlaglicht auf die Perversitäten christlicher Tugendbegriffe wirft. Die Schärfe dieser Herausarbeitung zum Beispiel ist nicht im Material gegeben, son-

dern Polanskis Umformung, seine Vorliebe für „sophistisch-schlaue Profanierung“ religiöser Vorstellungen. Vorliebe bleibt unverbindlich – es ist mehr: die Absicht, den Zusammenhang aufzudecken zwischen das Bewußtsein manipulierender Einwirkung der Gesellschaft (in ihrer Institution Kirche auf dem Sektor religiöser Vorstellungen) auf den Heranwachsenden und dem durch sie ausgeübten Terror bis in den Intimbereich – parallel arbeitsteilig durch die Nachbarn, d. h. engste Umwelt, der man nicht entrinnen kann. Was entsteht, ist ein „Teufelskreis“ der Unentzinnbarkeit vor gesellschaftlichem Einfluß.

Die Sozialkritik des Regisseurs, die nur dann als oberflächlich zu bezeichnen ist, wenn man sich an optische Details, angebliche Verzerrungen klammert, funktioniert das durch den Roman vorgegebene Material um. Das Erfolgsstreben des Ehemannes, eines Versagers, erscheint als gesellschaftlicher Anspruch, wird so gleich positiv gewertet, so daß die Unterordnung jeglicher Werte unter dieses Ziel auch vor der Erniedrigung seiner Frau zum Tauschobjekt nicht haltmacht. Ihre „Verhökerung“, ihre Verdinglichung hat ihre konkrete Parallele in der steckengebliebenen Frauenemanzipation. Neben die Elemente, die die moderne Gesellschaft begründen, den Tausch und die Verdinglichung, tritt das stabilisierende Element der Manipulation durch Werbung, der unbewußt gewordene Konsumzwang. Der Genuss all dessen, was den Menschen als glückbringend vorgegaukelt wird, ist die Prämie des Erfolgs.

Die formale Umsetzung der gradlinig verlaufenden Handlung ist durchaus nicht leicht durchschaubar. Während der Realismus der Bilder eine Einfühlung in die Personen des Films fördert, sind der Rahmen und die Überblendungen der Traum- und Vorstel lungssequenzen so illusionistisch gebaut, daß die Fiktion, das Märchenhafte den Realbezug infrage stellen. Eine strenge Scheidung beider Ebenen erscheint unmöglich – ein psychologisch eingesetztes Mittel, das den Zuschauer in den Bann schlägt, mit in den Terror des Films zieht. Ihm wie Rosemary wird Gewalt angetan, so daß er wie die Helden sich erst langsam zu einer „objektiven“ Beurteilung des Geschehens befähigt fühlt – um letztlich vom Regisseur manipuliert vor einer sich der Logik widersetzen den Schlußszene zu stehen, die die ange nommene Lösung verneint: Die „Ausgebute“ versöhnt sich aufgrund eines Instinktes, des Muttertriebs mit dem Satansprodukt, ihrem Kind.

Stunde der Hochöfen

von Fernando Solanas verbirgt hinter dem harmlosen Titel und der von ihm hervor gerufenen Industriefilm-Assoziation einen sowohl die argentinische als auch amerikanische Zensur herausfordernden Inhalt: Information und Agitation über „den Neokolonialismus, die Gewalt und die Befreiung“ in Lateinamerika. Das, was von dem vier stündigen engagierten Dokumentarmonster aufgrund einer sich in Europa befindlichen Kopie zu sehen ist, nämlich der erste Teil des Filmes ist alles zugleich: „historisches Kolleg, Analyse der Gegenwart“ – anhand einer Fülle von statistischem Zahlenmaterial – „Illustration der Unterdrückung und psychologisches Kampfmittel“. Er ist konsequenter Aufweis der Notwendigkeit der Revolution, verbindet filmisch mitreißend intellektuelle Klarheit, d. h. Entschleierung des Systems mit die Aktivität und den radikalen Veränderungswillen aufpeitschendem Agitprop. Beides zusammen läßt den Herrschenden in Argentinien – ca. 20 Familien – und ihren „amerikanischen Freunden“ keine andere Wahl, als ihn zu verbieten, weil zu gefährlich! Was die im Film entlarvte Funktion der Bewußtseinsindustrie nur negativ bestätigt.

„Die Stunde der Hochöfen“ bedeutet die Stunde der Erhebung der Unterdrückten, der von Marx skizzierte Zeitpunkt des unumgänglichen Umschlags von einem System des allesbeherrschenden Monopolkapitalismus zu befreierter Humanität durch die Kraft des Proletariats: nicht als Mythos, sondern als exemplarisch wird so „Che“ Guevaras Porträt verstanden sein wollen. Alle diejenigen, die immer noch nicht wissen sollten, was und wem die Stunde geschlagen hat, und alle, die als Internationalisten auf der Seite der Völker der sog. Dritten Welt stehen: sie sollten die Chance nutzen, diesen Film zu sehen und gemeinsam zu diskutieren. Er ist zu beziehen über die

Freunde der deutschen Cinemathek, Berlin, Schlüterstraße. Vielleicht vermag er, das Gefühl der Hilflosigkeit der konkret-Nichtbetroffenen zu übersteigen und Initialzündung zur Aktion der Sich-betroffen-Fühlenden zu sein. Sonst bliebe der Aufforderungscharakter von Solanas Transparent, das er anlässlich der Festival-Vorführung in Pesaro 1968 unter der Leinwand anbrachte – „Jeder Zuschauer ist entweder ein Feigling oder ein Verräter“ – ineffektiv und in seiner Aggressivität unverstanden.

Bullitt

ein Held und ein Film, der auf echt amerikanische Manier mal wieder die Gestalt des treuen, tapferen, im Dienst für Recht und Ordnung sich aufreibenden Polizisten verherrlicht. Die mäßig spannende Story (Gangster will mit Hilfe eines zwielichtigen Abgeordneten von seinem Chicagoer (!) Syndikat loskommen, schickt vorsichtshalber erstmal einen Doppelgänger vor, der auch prompt vom Syndikat erschossen wird; viel Blut, viele Leichen, doch – wen wundert's – trotz aller Fäfnisse klärt Bullitt den verwinkelten Fall endlich – nach anderthalb Stunden), diese Story legt die üblichen Klischees vom bösen Gangster, vom skrupellosen Politiker und vom guten Sergeant neu auf, nur etwas bunter, schöner und bösartiger (in seiner penetranten Schwarz-Weiß-Malerei). Einziger Lichtblick und Höhepunkt der ganzen Angelegenheit ist eine rasante Autojagd à la „Bonny and Clyde“ durch San Francisco. Sonst ist das Ganze ärgerlich, wegen seiner übeln Tendenz (Bullitt kämpft selbstverständlich bedenkenlos immer und überall mit dem Einsatz seines ganzen Lebens!), eher langatig als spannend, hinterläßt einen faden Nachgeschmack.



Chronik

Mit der „Chronik“ von Jean Marie Straub kommt nun doch (wider Erwarten) der ungewöhnlichste, weil ungewohnteste Film des vergangenen Jahres in die Kinos. Ungewöhnlich, weil dieser Film – im Gegensatz zu den bisher üblichen „Musikfilmen“ – die Musik J. S. Bachs nicht nur als der Handlung gleichrangig betrachtet, sondern sie kompromißlos in den Vordergrund stellt. Straub hat versucht „Musik auf die Leinwand zu bringen“ und gleichzeitig in einer breit angelegten Rückblende die Lebensgeschichte Bachs durch seine Frau Anna Magdalena zu schildern. Häufig gehen dabei der verbindende Text, chronologische Angaben, Zitate aus Briefen und Partituren in der Musik unter. Der Film ist unsentimental und nicht aufs „Geschichtenerzählen“ aus, obwohl Straub historische Kostüme und alte Instrumente verwendet. Straub will damit Kino und Musik machen für ein Publikum, dem dies im herkömmlichen Kulturbetrieb vorenthalten wird. Ein Film – gewidmet übrigens dem Vietcong – der selbst ein verzweifelter Kampf ist gegen schlechtes Kino und die Herrschaft der Filmkunstlobbyisten.



WER ODER WAS WILL DIE BUNDES FILMFÖRDERUNGSA NSTALT?

Ende vergangenen Jahres stellte sich in Bonn ein kurioser Verein vor: die Bundesfilmförderungsanstalt. Hinter diesem großartigen Titel vermutet der unerfahrene Leser wahrhaft große Dinge. Nicht zu Unrecht – die Anstalt, aus Mitteln des Bundes finanziert, hat sich die Aufgabe gestellt, „die Qualität des deutschen Films auf breiter Grundlage zu steigern.“ Ein lösliches Ansinnen! Leider nur geht man bei der Auswahl der förderungswürdigen Regisseure von den Einspielergebnissen ihrer Filme aus. Das heißt, die Basissumme von DM 150 000 für die Produktion eines neuen Films wird u. a. für die Regisseure von „Die Nibelungen II. Teil: Kriemhilds Rache“, „Liebesnächte in der Taiga“, „Helga“, und „Heimes Pflaster Köln“ vergeben. Wer oder was man durch solche Auswahlkriterien fördert will, bleibt schierhaft. Die Filmwirtschaft etwa, die durch diese und ähnliche Streifen ohnehin genug Geld verdient oder den so genannten Publikumsgeschmack?

